



# Landtag von Baden-Württemberg

108. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 15. Oktober 2014 • Kunstgebäude

Beginn: 10:01 Uhr

Mittagspause: 12:51 bis 14:00 Uhr

Schluss: 17:42 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin . . . . .	6413	3. Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – <b>Haltung der Landesregierung zur Verwirklichung eines „Flughafenbahnhofs Plus“</b> – Drucksache 15/2420 (Geänderte Fassung) . . . . .	6449
Glückwünsche zum Geburtstag der Abg. Anneke Gräner . . . . .	6413	Abg. Thaddäus Kunzmann CDU . . . . .	6449, 6456
1. Regierungserklärung – <b>Heimat, High Tech, High Speed – die Chancen der Digitalisierung für Baden-Württemberg nutzen</b> und Aussprache . . . . .	6413	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	6450, 6456
Ministerpräsident Winfried Kretschmann . . . . .	6413	Abg. Hans-Martin Haller SPD . . . . .	6452, 6457
Abg. Guido Wolf CDU . . . . .	6418, 6436	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	6452
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE . . . . .	6423, 6437	Minister Winfried Hermann . . . . .	6453
Abg. Claus Schmiedel SPD . . . . .	6426, 6438	Abg. Volker Schebesta CDU (zur Geschäftsordnung) . . . . .	6457
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP . . . . .	6429, 6439	Beschluss . . . . .	6457
Minister Dr. Nils Schmid . . . . .	6432	4. Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – <b>Versorgungssicherheit und Energiewende nicht gefährden! – Baden-Württemberg steht zum Netzausbau</b> – Drucksache 15/5863 (Geänderte Fassung) . . . . .	6458
2. <b>Regierungsbefragung</b>		Abg. Daniel Renkonen GRÜNE . . . . .	6458, 6466
2.1 <b>Hochschulfinanzierung</b> . . . . .	6440	Abg. Paul Nemeth CDU . . . . .	6459, 6466
Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE . . . . .	6440, 6442	Abg. Johannes Stober SPD . . . . .	6460, 6467
Ministerin Theresia Bauer . . . . .	6440, 6441, 6442, 6443, 6444	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP . . . . .	6461
Abg. Sabine Kurtz CDU . . . . .	6441, 6443	Minister Franz Untersteller . . . . .	6462
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP . . . . .	6441, 6444	Beschluss . . . . .	6467
2.2 <b>Löschung von E-Mails</b> . . . . .	6445	5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – <b>Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes</b> – Drucksache 15/5363	
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP . . . . .	6445	Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/5758 . . . . .	6467
Ministerin Silke Krebs . . . . .	6445, 6446	Abg. Manfred Hollenbach CDU . . . . .	6467
Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU . . . . .	6446	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE . . . . .	6467
Abg. Sascha Binder SPD . . . . .	6446	Abg. Nikolaos Sakellariou SPD . . . . .	6468
2.3 <b>Ausbauzustand der Hospiz- und Palliativversorgung in Baden-Württemberg</b> . . . . .	6447	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP . . . . .	6468
Abg. Thomas Reusch-Frey SPD . . . . .	6447, 6448	Beschluss . . . . .	6469
Ministerin Katrin Altpeter . . . . .	6447, 6448, 6449		
Abg. Dr. Marianne Engeser CDU . . . . .	6448		
Abg. Bärbel Mielich GRÜNE . . . . .	6449		

6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes</b> – Drucksache 15/5444	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/5723. ....	6469
Abg. Joachim Kößler CDU .....	6470
Abg. Wilhelm Halder GRÜNE .....	6470
Abg. Klaus Maier SPD .....	6471
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP .....	6471
Beschluss .....	6471
7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg (Baden-Württembergisches Patientenmobilitätsgesetz – BWPatMobG)</b> – Drucksache 15/5757 ...	6472
Beschluss .....	6472
8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – <b>Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen aus Anlass der Grundbuchamts- und Notariatsreform</b> – Drucksache 15/5790	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/5846. ....	6472
Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU .....	6472
Abg. Jürgen Filius GRÜNE .....	6472
Abg. Sascha Binder SPD .....	6472
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP .....	6473
Minister Rainer Stickelberger .....	6473
Beschluss .....	6473
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Mai 2014 – <b>Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 25: Kostenerstattung der Universität Heidelberg an die Klinikum Mannheim GmbH</b> – Drucksachen 15/5288, 15/5440 .....	6473
Abg. Georg Wacker CDU .....	6473
Abg. Petra Häffner GRÜNE .....	6474
Abg. Johannes Stober SPD .....	6475
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP .....	6475
Staatssekretär Jürgen Walter .....	6476
Beschluss .....	6477
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Juni 2014, Az.: 1 BvL 5/13, 1 BvL 3/14, 1 BvL 4/14 und 1 BvL 5/14 – <b>Normenkontrollverfahren gegen die §§ 31, 32 des Hochschulrahmengesetzes und die einschlägigen landesrechtlichen Vorschriften über die zentrale Vergabe von Studienplätzen im Auswahlverfahren</b> – Drucksache 15/5847	
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 2014, Az.: 1 BvR 1782/09, 1 BvR 2795/09 und 1 BvR 3187/10 – <b>Verfassungsbeschwerden gegen landesrechtliche Vorschriften zur Erfassung und zum Abgleich von Kfz-Kennzeichen (Art. 33 und 38 BayPAG, § 22 a PolG BW, §§ 14 a, 22 HSOG)</b> – Drucksache 15/5848 .....	6477
Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 10 und 11 .....	6477
Nächste Sitzung .....	6477

## Protokoll

über die 108. Sitzung vom 15. Oktober 2014

Beginn: 10:01 Uhr

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 108. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Karl Rombach erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Andreas Glück, Herr Abg. Bernd Hitzler, Herr Abg. Gerhard Kleinböck, Herr Abg. Siegfried Lehmann und Herr Abg. Peter Schneider.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Frau Staatsrätin Gisela Erler sowie ab 13:30 Uhr Herr Minister Peter Friedrich.

Frau Kollegin Anneke Graner hat heute Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen, liebe Kollegin Graner, sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute. Die Blumen kommen später.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Regierungserklärung – Heimat, High Tech, High Speed – die Chancen der Digitalisierung für Baden-Württemberg nutzen**

**und Aussprache**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Aussprache über die Regierungserklärung haben die Fraktionen freie Redezeit vereinbart.

Ich erteile Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! „ZF Friedrichshafen kauft TRW“, „Apple bringt Gesundheitsmanager fürs Handgelenk heraus“, „Taxifahrer gehen gegen Uber auf die Straße“, „Nacktfotos von Prominenten aus der Cloud gestohlen“, „Daimler baut in Immendingen Teststrecke für autonomes Fahren“ – derartige Nachrichten sind für uns mittlerweile so alltäglich geworden, dass wir sie heute oft gar nicht mehr im Gesamtzusammenhang wahrnehmen: als Zeichen eines historischen Wandels, als Ausdruck der zunehmenden Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb ist es wichtig, sich diesen Wandel in seiner Dynamik noch einmal zu vergegenwärtigen.

Im Laufe der Geschichte gab es immer wieder Schlüsselinnovationen, die alles Bestehende umgewälzt und Fortschritt gebracht haben. Manchmal kam dieser Wandel auf leisen Sohlen, manchmal mit brachialer Kraft. Denken Sie an den Buchdruck, der Wissen für alle zugänglich machte und zu einer Art „Urknall der Moderne“ führte. Oder denken Sie an die Erfindung der Dampfmaschine, die die erste industrielle Revolution einleitete.

Auch die digitale Revolution, die wir derzeit erleben, wird die Art und Weise, wie wir produzieren, wie wir konsumieren, wie wir arbeiten und wie wir leben, grundlegend verändern. Neben Arbeit, Kapital und Rohstoffen werden Daten zu einem zentralen Produktionsfaktor.

Bereits heute können wir an fast jedem Ort der Welt fast jede Information erhalten, vom Sofa aus Pizza bestellen, Geld überweisen, Reisen buchen, das günstigste Angebot für einen Gebrauchtwagen finden, gigantische Datenmengen um den ganzen Globus schicken, über Ländergrenzen hinweg gemeinsam an Projekten arbeiten.

Doch das war erst der Anfang. Der Wechsel der IP-Standards zeigt an, in welche Richtung die Reise geht: Der bisher gültige Standard sieht rund 8,5 IP-Adressen pro Quadratmeter Erdoberfläche vor. Unter dem neuen Standard wird es nach Berechnungen von Fraunhofer 667 Milliarden IP-Adressen pro Quadratmillimeter Erdoberfläche geben. Mit anderen Worten: Die Welt wird immer digitaler, die Vernetzung schreitet massiv voran, Schritt für Schritt entsteht ein digitales Abbild der Realität – und dazu noch in Echtzeit.

Inzwischen ist die Digitalisierung in der Industrie angekommen, in Branchen, für die Deutschland weltbekannt ist und bei denen Baden-Württemberg eine Spitzenstellung einnimmt. Ich spreche von Kernbranchen wie dem Automobilbau, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik, der Medizintechnik oder der Energiebranche.

Die Stichworte lauten „Internet der Dinge“ und „Industrie 4.0“ als Teil des Internets der Dinge. Dabei geht es um die Verschmelzung von Software und Hardware, um die Ausstattung von Geräten und Komponenten mit Sensoren, Funkchips, einem „digitalen Hirn“, und um deren Vernetzung.

Das bedeutet, dass alle Prozesse in und zwischen den Unternehmen „durchdigitalisiert“ und vernetzt werden, sodass die Unternehmenssoftware z. B. automatisch nachbestellt, wenn die Rohstoffvorräte schwinden. Es bedeutet, dass meine Heizung den Raum aufwärmt, wenn ich auf dem Nachhauseweg bin, dass ein Maßanzug zum Preis von Stangenware zu haben

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

sein wird oder dass ältere Menschen mithilfe autonom fahrender Autos länger als bisher selbstständig bleiben können. Manches davon ist schon Realität, anderes noch Zukunftsmusik.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg hat hervorragende Ausgangsbedingungen, um die Chancen der digitalen Revolution zu nutzen. Unser Mittelstand ist Weltspitze. In jedem zweiten Dorf gibt es bei uns einen Hidden Champion. Baden-Württemberg ist führend unter denjenigen Staaten und Regionen Europas, die die besten Voraussetzungen für die Fabrik der Zukunft bieten.

(Zuruf von der CDU: War!)

Die Unternehmen in unserem Land sind nicht nur Teil des Wandels, sie treiben ihn auch im internationalen Maßstab entscheidend voran und gestalten ihn mit.

In keinem anderen Bundesland wird so viel in Forschung und Entwicklung investiert wie bei uns.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Mit jährlichen Ausgaben von 19,5 Milliarden € investiert Baden-Württemberg mehr als ein Viertel des Investitionsvolumens ganz Deutschlands. Das sind über 5 % des Bruttoinlandsprodukts, während der Durchschnitt in Deutschland knapp 3 % beträgt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bei der digitalen Infrastruktur liegen wir zusammen mit NRW an der Spitze der Flächenländer.

(Zuruf von der CDU: Bei den Schulden auch!)

Bei den IKT-Patentanmeldungen liegen wir doppelt so gut wie der Bundesdurchschnitt. Und nun stärken wir die Hochschulen noch einmal mit zusätzlich 1,7 Milliarden € und machen den Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg topfit für die Zukunft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dennoch ist es nicht selbstverständlich, dass dies auch so bleibt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

Lothar Späth hat 1978 in einer Regierungserklärung dazu Folgendes gesagt – ich zitiere –:

*Unser Land hat eine vielseitige und gesunde Wirtschaft. Das schließt aber auch in der Zukunft Strukturprobleme nicht aus. Darauf müssen wir uns einstellen.*

Lothar Späth hat in seiner Amtszeit wichtige Impulse gesetzt, um unser Land zukunftsfähig zu halten, beispielsweise durch die Gründung des Forschungszentrums Informatik.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Für seine Verdienste möchte ich ihm an dieser Stelle meinen großen Respekt und Dank aussprechen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Seine Worte sind heute ebenso gültig wie damals. Nur die Herausforderung hat sich geändert. Heute liegt sie in der forcierten digitalen Revolution unserer Wirtschaft – oder, wie es das „Handelsblatt“ vor einigen Monaten auf eine Formel brachte, als Google den Heizungssteuerungsspezialisten Nest kaufte: „Google gegen Bosch“.

Es geht bei der Digitalisierung allerdings nicht nur um Wirtschaft und Arbeit. Es geht auch um Bildung und Wissenschaft, um die Bedeutung der digitalen Revolution für den ländlichen Raum, um ihre Bedeutung für die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, und es geht – daran hat uns der diesjährige Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, Jaron Lanier, am Wochenende noch einmal eindringlich erinnert – auch um gesellschaftspolitische und kulturelle Fragen; es geht um unsere Menschen- und Bürgerrechte und die Gefahr, einen gläsernen Menschen zu schaffen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie des Abg. Ulrich Müller CDU)

Deshalb will die Landesregierung den digitalen Wandel zum Wohle aller gestalten und nimmt ihn nicht nur als wirtschaftspolitische, sondern gerade auch als gesellschaftspolitische Aufgabe an. Die Landesregierung hat bereits im Koalitionsvertrag zentrale Leitlinien für die Gestaltung der Digitalisierung verankert, beispielsweise in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Infrastruktur. Sie hat in der Folgezeit zahlreiche Dialogprozesse mit unabhängigen Experten aus der Wirtschaft, der Wissenschaft und den Verbänden initiiert und auf dieser Basis eine Vielzahl wichtiger Konzepte und Maßnahmen entwickelt. Dafür möchte ich dem ganzen Kabinett danken.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mein ganz besonderer Dank gilt dabei meinem Stellvertreter Minister Schmid, Ministerin Bauer und Minister Bonde, die mit den Strategien Forward IT, E-Science und der Breitbandinitiative II wichtige Beiträge leisten, um unser Land auf Zukunftskurs zu halten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Nachdem diese Konzepte und Maßnahmen nun zu einem Großteil das Umsetzungsstadium erreicht haben – übrigens anders als bei der Digitalen Agenda der Bundesregierung –, ist es an der Zeit, die Gesamtstrategie der Landesregierung zu skizzieren. Dabei werde ich mich auf fünf Punkte konzentrieren.

Erstens: Sicherheit und Vertrauen. Die erste Anstrengung betrifft eine Ressource, die in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik gleichermaßen essenziell ist: Vertrauen. Das heißt, bezogen auf die Wirtschaft: Nur wenn der Unternehmer weiß, dass er seine Betriebsgeheimnisse nicht leichtfertig dem Diebstahl aussetzt, wird er die Vernetzung seiner Firma vorantreiben. Denn Industrie 4.0 heißt ja nicht nur: Alles, was in der Fabrik ist, wird vernetzt. Industrie 4.0 heißt auch: Raus aus der Fabrik.

Und es heißt, bezogen auf die Bürgerinnen und Bürger: Nur wenn die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass ihre Privatsphäre gesichert ist, dass ihre persönlichen Daten vor Missbrauch und Diebstahl geschützt sind, werden sie den digitalen Wandel auf Dauer auch konstruktiv begleiten.



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Kurz: Ohne Sicherheit gibt es kein Vertrauen und ohne Vertrauen keinen digitalen Wandel.

Je digitaler die Welt wird, desto sicherer müssen die digitalen Anwendungen und Werkzeuge sein, die wir verwenden. Zwar werden wir die Netze wohl nie richtig sicher bekommen. Doch wir können es schaffen, die Anwendungen sehr viel sicherer und einfacher handhabbar zu machen. Schritte in diese Richtung sind ein wichtiges Signal – für den Mittelstand genauso wie für die Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb bauen wir das Forschungszentrum Informatik zur anwendungsnahen IKT-Sicherheitsagentur aus. Deshalb haben wir über die Baden-Württemberg Stiftung ein Forschungsprogramm Informations- und Kommunikationstechnologien mit einem Fokus auf Sicherheitsfragen aufgelegt. Deshalb streben wir den Aufbau eines „TÜV“ für zertifizierbare Software und Sicherheitssysteme für baden-württembergische Unternehmen an. Deshalb haben wir umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität auf den Weg gebracht. Und deshalb habe ich die Initiative ergriffen, die in Deutschland vorhandenen Initiativen und Kompetenzen auf dem Gebiet der Cybersicherheit zu bündeln und zu koordinieren.

Eine Zersplitterung der Kräfte können wir uns in Deutschland gerade auf diesem wichtigen Feld nicht leisten. Wir müssen umgekehrt die Stärken des Föderalismus nutzbar machen, indem wir Schwerpunkte bilden, diese in einer nationalen Plattform zusammenführen und so zu guten Ergebnissen kommen. Denn eine Zersplitterung der Kräfte können wir uns in Deutschland auf diesem Gebiet nun wirklich nicht leisten.

Es geht aber nicht nur um Datensicherheit, es geht auch um Datenschutz und die Entwicklung eines digitalen Ordnungsrahmens.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb werde ich auf den neuen Digitalkommissar der Europäischen Union, Günther Oettinger, zugehen und ihn in seiner neuen Funktion nach Baden-Württemberg einladen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Der ist doch jede Woche dreimal da! – Abg. Peter Hauk CDU: Wenn Sie öfter im Land unterwegs wären, würden Sie ihn treffen! – Weitere Zurufe von der CDU – Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

– Die Treffen mit einem Kommissar, der ein so wichtiges Ressort hat, überlasse ich jetzt nicht dem Umstand, ob ich ihm zufällig in Baden-Württemberg einmal begegne.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Das organisiere ich schon, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie können ja mit ihm, seit der Föderalismuskommission!)

– Ja, ich kann mit ihm.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen!)

Ich verstehe mich mit ihm persönlich auch gut. Das können Sie in dem Interview nachlesen. Insofern sind dafür beste Vo-

raussetzungen geschaffen, und wir dürfen uns freuen, dass er Digitalkommissar werden wird. Alle Aussagen, er habe kein Schlüsselressort, halte ich für albern unter dem Aspekt dessen, was uns bevorsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

Ich wünsche ihm jedenfalls alles Gute und viel Erfolg, und ich hoffe, dass ich dabei im Namen des ganzen Hauses spreche.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD)

Es ist ganz klar: Die Gespräche, die wir seit Langem mit Unternehmen führen, haben klar ergeben, dass die europäische Datenschutzgrundverordnung ganz oben auf die Agenda gehört. Dabei muss es gleichermaßen um hohe Datenschutzstandards wie auch um die Ermöglichung von Wertschöpfung gehen. Zudem müssen wir in Europa diejenigen sein, die die relevanten Standards setzen. Dabei wollen wir die Chance nutzen, als Europas „Modellregion 4.0.“ gemeinsam mit der Kommission die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Auch unsere Arbeitswelt verändert sich durch die Digitalisierung stark. Es entstehen neue Anforderungen an Kommunikation, Qualifizierung und Arbeitsorganisation. Dementsprechend müssen wir unsere Arbeits- und Sozialstandards weiterentwickeln. Die Gewährleistung von guter Arbeit und sozialer Sicherheit auch in Zeiten der Digitalisierung – das ist unser Ziel.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Datensicherheit, Datenschutz, eine wirksame Bekämpfung der Cyberkriminalität und die Anpassung unserer Arbeits- und Sozialstandards an die neuen Realitäten – mit diesen Bausteinen bauen wir an einem sicheren Fundament für die digitale Welt der Zukunft.

Zweitens: Starke Wirtschaft. Es geht nicht allein um Sicherheit. Wir dürfen uns nicht in der unrealistischen Vorstellung absoluter Sicherheit einigeln. Ohne Neugier, ohne den Schritt ins Ungewisse gibt es keine Zukunft. Forscher-, Tüftler- und Unternehmergeist sind die unerlässlichen Treiber des Fortschritts. Das gilt für die digitale Revolution in besonderem Maß. Es reicht nicht aus, Technik und Geschäftsmodelle in kleinen Schritten weiterzuentwickeln.

Denken Sie an den drastischen Umbruch in der Musikindustrie: gestern noch hochrentabel, heute weitgehend von digitalen Geschäftsmodellen verdrängt. Wie viele Plattenläden gibt es noch in Ihrer Heimatstadt? Oder denken Sie an die Krise des Journalismus aufgrund kostenfreier Angebote im Internet.

Wir brauchen daher nicht nur die Anpassung an die neue Technik. Wir brauchen auch die Suche nach völlig neuen Geschäftsmodellen, und zwar nicht nur im Hinblick auf unsere Produkte, sondern auch im Hinblick auf die produktbegleitenden Dienstleistungen, die an das digitale Hirn der Geräte anknüpfen. Das „Internet der Dinge“ hängt mit dem „Internet der Dienste“ aufs Engste zusammen. Apple macht bei vielen Kunden mit produktbegleitenden Dienstleistungen bereits heute mehr Umsatz als mit dem I-Phone.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Beides ist für uns in Baden-Württemberg eine große Herausforderung. Wir denken traditionell eher von der Technik her, müssen nun aber verstärkt lernen, auch in Geschäftsmodellen zu denken. Wir schätzen das Produkt traditionell besonders hoch ein, müssen nun aber verstärkt lernen, uns auch auf produktbegleitende Dienstleistungen zu fokussieren.

Die Avantgarde der Unternehmen im Land hat die Herausforderung und die Chance, die in dieser Entwicklung liegen, klar erkannt. Ich denke an Unternehmen wie Daimler, SAP, Bosch, Trumpf, Festo oder Wittenstein.

Doch das reicht nicht. Wir müssen die Digitalisierung und die mit ihr verbundene Herausforderung in die gesamte Breite unseres Mittelstands bringen, auch in die kleinen und die mittleren Betriebe. Das ist bei diesem Thema wirtschaftspolitisch die eigentliche Herausforderung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb hat Minister Dr. Schmid die Initiative ergriffen und eine Reihe wichtiger Maßnahmen für den Mittelstand erarbeitet.

Kleine und mittlere Unternehmen auf ihrem Weg in Richtung Industrie 4.0 bestmöglich zu unterstützen, das ist unser Ziel.

Deshalb werden wir ein Leuchtturmprojekt „Cloud Computing“ auf den Weg bringen, das kleinen und mittleren Unternehmen ein integriertes Portfolio aus Infrastrukturleistungen, erweiterten Plattformdiensten und Softwareanwendungen bietet. Deshalb werden wir eine Forschungsfabrik „Campus Ost“ gründen, die in enger Kooperation mit der Fraunhofer-Gesellschaft Technologievorsprünge erarbeiten soll.

Entgegen einer Vorabmeldung heute in der Presse haben wir im Januar 2014 das Smart Data Innovation Lab mit Sitz am KIT auf den Weg gebracht, das kleine und mittlere Unternehmen bei dem Aufbau von Big-Data-Kompetenz unterstützt.

Deshalb gründet der Wirtschaftsminister derzeit gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft und der Wissenschaft eine Allianz Industrie 4.0, um das Thema in den kleinen und mittleren Unternehmen zu verankern. Vorsitzender der Allianz wird Dr. Manfred Wittenstein sein. Ich wünsche Herrn Dr. Wittenstein von dieser Stelle aus alles Gute und sichere ihm hiermit die volle Unterstützung der gesamten Landesregierung für seine wichtige Aufgabe zu.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Zur Mittelstandsoffensive kommt eine Gründeroffensive hinzu. Deshalb legen wir in Baden-Württemberg einen Venture-Capital-Fonds auf, um innovative Gründerinnen und Gründer in der Anfangsphase zu unterstützen.

Deshalb werden wir im „House of IT“ nicht nur Schwerpunkte bei der Grundlagenforschung, der angewandten Forschung und dem Wissens- und Technologietransfer setzen, sondern auch gezielt Unternehmensgründungen auf dem Feld der digitalen Wirtschaft fördern.

Dann geht es natürlich auch um eine zutiefst kulturelle Frage: Welches Bild haben wir von Menschen, die unternehmerische Wagnisse eingehen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Ich meine: Wir brauchen höchsten Respekt vor allen Menschen mit Unternehmergeist. Dieser Respekt schließt ausdrücklich all diejenigen mit ein, die mit ihrem Start-up eine Bauchlandung gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Ich wünsche mir für Baden-Württemberg eine Kultur der zweiten und dritten Chance, so wie es in den USA schon seit Langem selbstverständlich ist. In den USA steht insbesondere das Silicon Valley für eine solche Kultur. Dadurch ist es zu einem der Innovationskerne der digitalen Revolution geworden, der auch für die Wirtschaft unseres Landes von großer Bedeutung ist. Deswegen werde ich im Mai kommenden Jahres mit einer großen Wirtschaftsdelegation eine Reise mit dem Schwerpunkt „Digitalisierung der Wirtschaft“ dorthin unternehmen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum dritten Punkt: Bildung und Wissenschaft. Eine dritte Anstrengung betrifft die Felder Bildung und Wissenschaft. Dabei geht es um die Befähigung junger Menschen für die digitale Welt der Gegenwart und der Zukunft.

Wir wollen die Fähigkeiten fördern, die junge Menschen für die Jobs der Zukunft oder für die Gründung eines Start-ups brauchen. Wir wollen zu einem reflektierten Umgang mit den neuen, digitalen Kulturtechniken befähigen. Denn keine Technik kann gesellschaftlichen Zusammenhalt ersetzen.

Wer will in einer Gesellschaft leben, in der man Tausende digitale Freunde hat, aber keinen einzigen echten?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

Wer will in einer Gesellschaft leben, in der Kinder zwölf Stunden am Tag online sind, aber nicht wissen, welche Farbe eine Kuh hat?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Füreinander eintreten, aufeinander Rücksicht nehmen, Zeit für den anderen haben, unmittelbare Erfahrungen machen – all das wird in Zeiten der Digitalisierung nicht weniger wichtig, sondern wichtiger als je zuvor.

Deshalb erheben wir das Thema Medienbildung zu einer Leitperspektive des neuen Bildungsplans der allgemeinbildenden Schulen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Mit welcher Zielsetzung?)

Deshalb sorgen wir dafür, dass Medienbildung von der Grundschule bis zum Abitur zum Thema aller Fächer wird. Deshalb führen wir einen Basiskurs Medienbildung in der fünften Klasse ein. Deshalb führen wir die Initiative „Kindermedienland Baden-Württemberg“ fort, durch die die Medienkompetenz nicht nur von Kindern und Jugendlichen, sondern auch von Eltern, Erwachsenen und Senioren gefördert wird.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Deshalb erarbeiten gegenwärtig zwei Expertenkommissionen die Grundlagen für die Ingenieurausbildung der Zukunft – mit einem Schwerpunkt auf Industrie 4.0 – und die Grundlagen für die Zukunft des digitalen Lehrens und Lernens.

Unsere wissenschaftlichen Einrichtungen fit machen für die digitale Zukunft, das ist unser Ziel. Deshalb hat Wissenschaftsministerin Bauer eine E-Science-Strategie entwickelt, die Maßnahmen in den Handlungsfeldern „Lizenzierung elektronischer Informationsmedien“, „Digitalisierung von und freier Zugang zu wissenschaftlichen Dokumenten“, „Forschungsdatenmanagement“ und „Virtuelle Forschungsumgebungen“ konsequent umsetzt. Deshalb investieren wir in Hoch- und Höchstleistungsrechner und -rechenzentren und setzen uns für die Fortführung des Programms mit weiteren Partnern ein.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich komme zum vierten Punkt: ländlicher Raum. Eine der Stärken unseres Landes liegt in unserem starken ländlichen Raum und in gleichwertigen Lebensverhältnissen im ganzen Land. Sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum lässt es sich gut leben, gibt es gute Jobs und eine gute Daseinsvorsorge. Das zeigt mir jeder Besuch in einem der Stadt- und Landkreise.

Baden-Württemberg hat praktisch keine strukturschwachen Räume. Dies soll auch so bleiben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist die „schwere Erblast“!)

Deswegen wollen wir die Digitalisierung zu einem Schlüssel für den Erhalt lebenswerter ländlicher Räume machen. Unser Land hat kontinuierlich in den Breitbandausbau investiert und dabei auf Zukunftstechnologien wie das Glasfaserkabel gesetzt – im Gegensatz zu Bayern. Das war und ist richtig.

Deshalb haben wir im Vergleich der Flächenländer heute eine Spitzenposition. Bei uns haben 70 % der Haushalte Anschluss an das Hochgeschwindigkeitsinternet. Damit liegen wir deutlich vor Bayern, wo dieser Anteil bei über 50 % liegt.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Ein zukunftsfähiges Hochgeschwindigkeitsinternet überall im Land, da wollen wir hin. Deshalb haben wir die Breitbandinitiative II auf den Weg gebracht und werden die Mittel für den Breitbandausbau im kommenden Doppelhaushalt noch einmal verdreifachen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Zusätzlich zu den Landesmitteln muss aber auch der Bund seiner Verantwortung gerecht werden. Das vom Bund in der Digitalen Agenda gesetzte Ziel von 50 Mbit/s bis 2018 ist in Ordnung. Nun muss der Bund auch so seriös sein und dieses Ziel finanziell hinterlegen. Sonst würde er erneut ein selbst gestecktes Ziel beim Breitbandausbau verfehlen.

Im ländlichen Raum geht es aber nicht nur um eine exzellente digitale Infrastruktur, sondern auch um andere drängende Fragen, beispielsweise um die Anpassung an den demografischen Wandel.

Eine qualitativ hochwertige gesundheitliche Versorgung und ein selbstbestimmtes Altern in Würde sind Ziele für ganz Baden-Württemberg, für Stadt und Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Telemedizin und altersgerechte Assistenzsysteme als ergänzende Hilfestellung für Patienten und Angehörige haben gerade für exzellente Versorgungsbedingungen im ländlichen Raum eine hohe Bedeutung. Deshalb bauen wir eine landesweite Koordinierungsstelle für ein „Zentrales Innovatives Netzwerk der Telemedizin-gestützten Versorgung Baden-Württemberg“ auf und fördern Verbundforschungsprojekte zum Informationsaustausch über sichere soziale Netzwerke zwischen Ärzten, Patienten und Angehörigen sowie zur telemedizinischen Unterstützung der ambulanten Betreuung älterer Menschen.

Ich komme zum fünften Punkt: ökologische Modernisierung. Der fünfte Schwerpunkt der Digitalstrategie der Landesregierung betrifft die ökologische Frage. Wir dürfen nicht vergessen, dass unser heutiger Wohlstand noch immer massiv mit dem Raubbau an der Natur einhergeht. Wir leben über unsere ökologischen Verhältnisse. Das ist nicht nachhaltig und nicht zukunftsfähig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Digitalisierung kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, das Wirtschaftswachstum vom Naturverbrauch zu entkoppeln und unseren Wohlstand nachhaltig zu machen, wenn der ökologische Ordnungsrahmen stimmt. Intelligent wachsen, das ist das Ziel.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Hierfür möchte ich drei Beispiele nennen.

Beispiel 1 ist die intelligente Fabrik. Effizienz bei der Nutzung von Ressourcen und Energie im Produktionsprozess ist schon heute von überragender Bedeutung. Im Zuge der weiteren Digitalisierung der Industrieproduktion werden diese Faktoren noch wichtiger. Die Produktion in der intelligenten Fabrik der Zukunft muss daher auch die intelligente Nutzung von Ressourcen beinhalten und darf nicht noch größere Mengen der Stromproduktion absorbieren. Energie- und Rohstoffverbrauch auf der Basis von Industrie 4.0 erheblich zu reduzieren, das ist unser Ziel.

Deshalb fördern wir den Mittelstand im Rahmen unserer Ressourceneffizienzstrategie beim Einsatz von intelligenter Regel- und Steuerungstechnik. Der Umweltminister veranstaltet dazu jährlich einen Kongress, auf dem die Ergebnisse zusammengefasst und diskutiert werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Beispiel 2 ist die intelligente Mobilität. Die Landesregierung investiert Rekordsummen in den Erhalt und den Neubau von Straßen.

(Zuruf von der CDU: Was? – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist eine große Neuigkeit!)



(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Eine solide Infrastruktur hat für die Landesregierung Toppriorität.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD  
– Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wir können die Staus auf unseren Straßen aber nicht allein dadurch beseitigen, dass wir ihnen eine Straße nach der anderen hinterherbauen. Auch bei der Mobilität geht es darum, Hardware mithilfe von Software intelligenter zu nutzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb bauen wir Echtzeitinformationssysteme zur Stauvermeidung und im ÖPNV auf. Deshalb fördern wir das Carsharing und die optimale Vernetzung der verschiedenen Mobilitätsangebote. Deshalb machen wir Baden-Württemberg zum Vorreiter für die Erforschung, Entwicklung und Produktion des Autos der Zukunft und investieren in E-Mobilität genauso wie in I-Mobilität und autonomes Fahren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Beispiel 3 ist die Energiewende. Auch für die Energiewende hat die Digitalisierung eine zentrale Bedeutung. Es geht um virtuelle Kraftwerke und ein modernes Lastmanagement, um intelligente Steuerungs-, Sensor- und Regeltechnik wie z. B. in Form der digital vernetzten Heizungssteuerung zu Hause. Intelligente Stromnetze können dazu beitragen, immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien dezentral einzuspeisen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Deshalb haben wir die Plattform „Smart Grids“ gegründet, die die wichtigsten Akteure für den Ausbau intelligenter Stromnetze zusammenbringt und damit eine Grundlage für das Energieinternet der Zukunft schafft.

Meine Damen und Herren, die Digitalisierung ist ein zentraler Schlüssel dafür, dass unsere starke Wirtschaft auch zukünftig im globalen Wettbewerb bestehen kann, dass Baden-Württemberg ein Land mit nicht nur einem, sondern vielen Zentren bleibt und dass es Baden-Württemberg gelingt, das Wirtschaftswachstum vom Naturverbrauch zu entkoppeln. Wir haben eine sehr gute Ausgangsbasis, um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, und schon viel angeschoben. Wir sind auf einem guten Weg, dürfen in unseren Anstrengungen aber nicht nachlassen.

Deshalb werden wir gemeinsam mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, der Wissenschaft, den Umweltverbänden sowie den Bürgerinnen und Bürgern in den nächsten Jahren mit Nachdruck an der Gestaltung des digitalen Wandels arbeiten.

Um diesem Schwerpunkt Nachdruck zu verleihen, habe ich eine ständige interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, an der alle Ressorts beteiligt werden. Diese soll auf der Basis eines ständigen Reportings die zügige Umsetzung bereits begonnener Vorhaben gewährleisten und darüber hinaus weitere Maßnahmen identifizieren und auf den Weg bringen.

Intelligent wachsen, grenzenlos daheim, sicher und selbstbestimmt leben, und eine starke Wirtschaft – das sind unsere Ziele. Gemeinsam werden wir sie erreichen. Heimat, Hightech, Highspeed. Das will ich für unser Land.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungserklärung haben die Fraktionen freie Redezeit vereinbart.

Ich erteile in der Aussprache nach § 83 a Absatz 3 der Geschäftsordnung Herrn Abg. Wolf das Wort.

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

**Abg. Guido Wolf** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die digitale Revolution läutet einen tief greifenden Wandel ein. Da haben Sie recht, Herr Ministerpräsident. Sie ist keine rein technische Angelegenheit. Sie ist in gleicher Weise ein Megathema für die Wirtschafts-, Gesellschafts-, Rechts- und Bildungspolitik, und sie ist eben auch ein Thema für die innere Sicherheit.

Deshalb freue ich mich, dass ein ehemaliger baden-württembergischer Ministerpräsident dieses Thema als zuständiger Kommissar auch auf Europaebene voranbringen wird: Günther Oettinger. Er stand und steht für innovative, kluge und damit erfolgreiche Politik. Das wollen wir heute, am Tag seines Geburtstags, im Landtag von Baden-Württemberg ausdrücklich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Timm Kern  
FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, das Thema ist ihm so wichtig, dass er die heutige Debatte hier im Landtag zum Anlass nehmen wird, bereits heute Abend nach Stuttgart zu kommen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nach Ludwigsburg!)

Es wird die Gelegenheit geben, mit ihm darüber zu sprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Meine Damen und Herren, mir hat besonders gefallen – man muss damit beginnen, das Gemeinsame zu definieren, bevor man versucht, sich abzugrenzen –,

(Staatssekretär Jürgen Walter: Es ist bei dem Versuch  
geblieben!)

dass Sie, Herr Ministerpräsident, die Ausgaben Baden-Württembergs für Forschung und Entwicklung als in besonderer Weise herausragend bezeichnet haben. Mir hat besonders gefallen, dass Sie die große Anschlussdichte Baden-Württembergs im Bereich schneller Datenleitungen in besonderer Weise gewürdigt haben. Sie haben damit auch zum Ausdruck gebracht, dass das immer wieder zitierte Märchen von der Erblast schwarz-gelber Landesregierungen endgültig der Vergangenheit angehört.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von  
den Grünen und der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns in dem Ziel einig, Baden-Württemberg zur Leitregion im digitalen Zeitalter weiterzuentwickeln.

Unsere Heimat ist die Wohlstandsregion in Europa. Nicht ohne Grund sind wir stolz auf unsere in den vergangenen Jahrzehnten erarbeiteten Erfolge. Dass Baden-Württemberg heute so gut dasteht, wie Sie, Herr Ministerpräsident, es darge-



(Guido Wolf)

legt haben, ist nicht zuletzt auch der Erfolg politischer Entscheidungen früherer Landesregierungen in Baden-Württemberg. Aber darauf dürfen wir uns nicht ausruhen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wirtschaftlicher Erfolg ist kein Perpetuum mobile. Das zeigt das Beispiel Nordrhein-Westfalen. Die einstige Wohlstandsregion hatte einen entscheidenden Strukturwandel verschlafen. Das Ergebnis an Rhein und Ruhr sind eine hohe Arbeitslosigkeit, kaum Geld für Investitionen und hohe Schulden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Eine rot-grüne Regierung!)

Baden-Württemberg steht heute am Scheideweg. Wie bewältigt unser Land den sich nun anbahnenden Strukturwandel? Bleiben wir die Ideenschmiede in Europa?

(Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Oder wandern Ideen, Geschäftsmodelle, Arbeitsplätze und damit Wohlstand in andere Regionen dieser Welt ab? Kurz gefragt: Bleiben wir vorn, oder werden wir zu einem beschaulichen Museumsdorf? Darum geht es.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Angesichts dieser gewaltigen Aufgabe, die Sie, Herr Ministerpräsident, selbst beschrieben haben, wundert mich Ihre Zurückhaltung. Eine Regierungserklärung zur Digitalisierung hätten wir uns deutlich ambitionierter gewünscht. Eine kraftvolle Zukunftsoffensive sähe anders aus, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bei viel Richtigem in Ihrer Regierungserklärung – das will ich ausdrücklich betonen – war sie gleichwohl aus meiner Sicht ein Mittelding zwischen einer Zustandsbeschreibung und einer Anklageschrift Richtung Berlin. Aber wo ist die wirklich zukunftsweisende, gestaltende Handschrift erkennbar?

(Oh-Rufe von den Grünen)

Wie wollen Sie unser Land denn fit für die Zukunft machen? Wie soll die notwendige Zukunftsoffensive konkret aussehen? Mit Verzagtheit werden wir diesen strukturellen Umwälzungsprozess nicht bewältigen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit angezogener Handbremse droht Baden-Württemberg unter die Räder zu kommen.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Machen Sie einmal Vorschläge! Das sind nur Worthülsen!)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wer zuhören kann,

(Anhaltende Unruhe – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Ja, genau!)

hat die Chance, sich mit der Position des politischen Gegners auseinanderzusetzen. Diese Chance möchte ich Ihnen einräumen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Staatssekretär Jürgen Walter: Wo sind die konkreten Vorschläge?)

Herr Ministerpräsident, zu Recht loben Sie Lothar Späth. In Sachen Innovation hatten frühere Landesregierungen mehr Ideen, größere Ambitionen und wirklichen Biss. Lothar Späth brachte jeden Tag mindestens fünf Ideen ins Staatsministerium.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Luftballons!)

Mindestens zwei davon hatten die Chance, auch umgesetzt zu werden. Eine solche Ideenschmiede im Staatsministerium wünschen wir uns wieder.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Dabei geht es bei einer durchdachten Zukunftspolitik nicht um ein einfaches Höher und Weiter. Für uns muss der Fortschritt intelligent sein. Er muss dem Menschen dienen und nicht umgekehrt.

Wie die Erfindung des Buchdrucks oder der Dampfmaschine hat auch die digitale Revolution als eine revolutionäre Innovation eine enorme Sprengkraft im positiven wie im negativen Sinn. Mir ist wichtig, dass wir beide Entwicklungen rechtzeitig erkennen und für unsere Politik die Chancen im Auge behalten, damit wir sie für Baden-Württemberg nutzen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Beispielsweise können wir den Innovationsvorsprung, den das Ländle als führender Innovations- und Produktionsstandort auf dem Weg in das digitale Zeitalter hat, deutlich weiterentwickeln. Schon jetzt sind in einem Premiumauto aus schwäbischer Produktion mehr Computerchips verbaut als in einem Spaceshuttle.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Auch können wir die Innovationskraft unseres in vielen Bereichen international führenden Mittelstands weiter stärken.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Meinen Sie „Spätzleschaber“?)

– Herr Kollege, dass Sie das Wort „Spaceshuttle“ irritiert, mag ja sein. Aber lassen Sie zumindest uns über Zukunftsthemen diskutieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Bravo-Rufe von der CDU)

Im Übrigen fallen Sie mir, lieber Kollege Walter, heute durch eine extreme Leidenschaft auf. Diese Leidenschaft hätte ich mir z. B. gewünscht, als es um die Zukunftsfähigkeit der Musikhochschulen in Baden-Württemberg gegangen ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Bravo-Rufe von der CDU – Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

(Guido Wolf)

Auch können wir die Innovationskraft unseres in vielen Bereichen international führenden Mittelstands weiter stärken. Schon heute können neue Produkte wie etwa neue Motorräder durch virtuelle Simulation entwickelt werden. Das heißt, es müssen keine echten Prototypen mehr von Hand gebaut werden. Das spart Zeit und sichert damit den Vorsprung heimischer Ingenieurkunst vor billigen Imitaten.

Aber wir müssen auch die Gefahren der Digitalisierung im Blick behalten – Herr Ministerpräsident, Sie haben es angesprochen –, damit wir sie für die Menschen in Baden-Württemberg abfedern können. Die Menschen müssen in den Prozess der Digitalisierung eingebunden werden. Es dürfen keine Parallelwelten entstehen. Es droht eine gesellschaftliche Spaltung: Wer nimmt teil an den Chancen der digitalen Welt? Wer bleibt zurück? Neuerungen im gleichen Ausmaß wie etwa die Umstellung von der Schreibmaschine auf den PC wird künftig jeder in seinem Erwerbsleben – möglicherweise mehrmals – mitmachen. Wir müssen dafür sorgen, dass hierbei auch jeder und jede mitkommt.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Wir müssen für Sicherheit in der digitalen Welt sorgen. Denn auch Kriminelle nutzen das Internet. Mehr als 40 % der Unternehmen haben bereits Angriffe auf ihre IT erlebt. Aber nicht nur die Wirtschaft muss sich vor Cyberangriffen schützen. Auch unsere öffentliche Infrastruktur, z. B. die Stromversorgung, der Verkehr oder die Geldautomaten, ist zunehmend IT-gestützt.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Was tut die Bundesregierung dafür?)

Sie wird dadurch immer besser, aber auch angreifbar.

Wir wollen ein erfolgreiches, aber auch ein lebenswertes Baden-Württemberg.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sonntagsrede!)

Auch in Zukunft dürfen die Menschen weder überfordert noch gegängelt werden. Auch im digitalen Zeitalter sollen die Menschen in Baden-Württemberg gern und zufrieden leben. Ja, es soll ihnen noch besser gehen. Das muss der Anspruch einer Landesregierung sein. Wir müssen beim Thema Digitalisierung vorn dabei sein und dürfen nicht wie bisher anderen Regionen wie Bayern, Berlin, Tel Aviv oder auch Estland hinterherhecheln.

Herr Ministerpräsident, es ist fünf vor zwölf. Wir haben keine Zeit mehr zu verschenken und zu verlieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ihre Regierungserklärung kommt spät, und es ist bemerkenswerterweise Ihre erste Regierungserklärung zur Wirtschaftspolitik nach sage und schreibe dreieinhalb Jahren.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es läuft eben gut!)

Das Hauptproblem aber ist ein anderes. Ihr Politikentwurf ist zu ambitionslos – finanziell wie konzeptionell. Eine dritte industrielle Revolution kann doch nicht mit einem Forschungsinstitut oder einem Gesprächskreis bewältigt werden. Das ist alles gut und schön, aber es reicht nicht aus.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Was wollen Sie denn?)

Baden-Württemberg braucht eine Zukunftsinitiative, die den Namen wirklich verdient,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

und eine solche Offensive darf konzeptionell kein Abklatsch vergangener Offensiven sein, so erfolgreich diese auch immer waren.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Wie sieht es denn nun aus?)

– Einfach ein bisschen zuhören, Herr Walter. Wir haben freie Redezeit vereinbart; das nötigt Sie, mir noch etwas Gehör zu schenken.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die jetzt nötige Digitalisierungsoffensive unterscheidet sich maßgeblich von den vorangegangenen Innovationsoffensiven: Anders als beim Aufbau des Automobillands im 20. Jahrhundert lässt sich die Digitalisierung nicht quasi auf dem Reißbrett um einige wenige Produkte und große Industrieanlagen herum planen. Aufgrund der Innovationsbeschleunigung ist nicht absehbar, wie die digitalen Technologien und ihre Anwendungen in der Zukunft tatsächlich aussehen werden.

Anders als bei den Hightechoffensiven kann bei der Digitalisierung auch nicht einfach auf konkrete, singuläre und meist auch eher statische Leuchtturmprojekte gesetzt werden. Weltweite Exzellenz entsteht erst aus dem wirksamen Zusammenspiel und der Vernetzung unterschiedlichster Stärken in einem digitalen Ökosystem und nicht aus voneinander unabhängigen und nebeneinander existierenden Vorzeigeprojekten, wie sie uns heute präsentiert wurden. Vielmehr müssen diese im Zusammenspiel wie ein kräftiger Hebel wirken, um kreatives Wachstum und beste Ideen zu entfalten.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Beispiele wie der Niedergang von Yahoo zeigen, dass das Licht von zunächst hell scheinenden Leuchttürmen leicht erlöschen kann, wenn diese Unternehmen nicht die weltweit besten, sondern nur gut sind.

Eine erfolgreiche Digitalisierungsstrategie muss daher die baden-württembergischen Stärken analysieren und die Bereiche identifizieren, in denen unser Land bereits weltweit führend ist oder es im digitalen Zeitalter werden kann. Baden-Württemberg muss ein weltweites Alleinstellungsmerkmal besitzen. Nur so wird der gesamte Südwesten von der Digitalisierung profitieren können. Hierfür muss die Digitalisierungsoffensive die entscheidenden Impulse ganz gezielt setzen. Diesen strategischen Ansatz vermissen wir. Wir brauchen ein Gesamtkonzept, keine Gießkanne. Wir brauchen den großen Wurf und kein Stückwerk, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Guido Wolf)

Ein Gesamtkonzept muss am Anfang und nicht, wie Sie vorschlagen, am Ende von Regierungshandeln stehen. Aus meiner Sicht muss die Digitalisierungs-offensive für Baden-Württemberg umfassender aufgebaut sein. Sie muss aus vier Säulen bestehen:

Die erste Säule heißt Exzellenz. Als Herzstück der Digitalisierung muss Baden-Württemberg ein weltweites Alleinstellungsmerkmal in Schlüsselbereichen der digitalen Wirtschaft entwickeln. Hierbei haben Sie einen, aber leider halt nur einen Akzent gesetzt. Ich unterstütze Ihre Pläne zur Cybersecurity. Sie sind wichtig und richtig. Sicherheit ist eine Querschnittsaufgabe, reicht aber nicht aus. Vernetzte Mobilität, digitale Produktion, digitale Gesundheitswirtschaft und Smart Data müssen ebenfalls kraftvoll angegangen werden.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Die Digitalisierung bietet große Chancen für alle Wissenschaftler und Forscher, die bereit sind, im Verbund und im Team zu arbeiten und über den eigenen Fachbereich hinauszuschauen. Die wollen wir fördern, indem wir international führende Forschungsverbände in Baden-Württemberg etablieren, um ein allein an der heimischen Forschungsstätte orientiertes Denken zu überwinden. Wir brauchen ein digitales Kompetenzforschungszentrum, das die Forschungskompetenzen Baden-Württembergs bündelt, miteinander vernetzt und für alle Regionen unseres Landes nutzbar macht. Das muss eine „Marke Baden-Württemberg“ werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Zudem müssen wir nicht nur in der Forschung exzellent sein, sondern auch international sichtbare Anwendungsfelder in Baden-Württemberg ausrollen. Im Silicon Valley z. B. ist vernetzte Mobilität bereits gelebte Wirklichkeit, im Mobilitätsland Baden-Württemberg indes nicht. Mit intelligenten Mobilitätskonzepten sollten wir schleunigst in Pilotkommunen erproben, wie mithilfe örtlicher Daten der Verkehr vor Ort besser gesteuert werden kann.

Herr Ministerpräsident, ich muss doch noch auf einen Satz aus Ihrer Regierungserklärung Bezug nehmen. Sie haben gesagt, eine solide Infrastruktur habe für die Landesregierung eine Toppriorität.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Wir wünschen uns, dass die digitale Revolution in Baden-Württemberg für die Regierung eine Priorität erhält, die die Bedeutung der Infrastruktur nochmals toppt, wenn Sie bei dem, was Sie für die Infrastruktur in Baden-Württemberg tun, bereits von „Toppriorität“ sprechen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wir sollten eine Baden-Württemberg-Verkehrs-App entwickeln lassen, die dem Anwender anhand der Verkehrslage die Entscheidung zwischen Auto und öffentlichen Verkehrsmitteln erleichtert und

(Abg. Martin Rivoir SPD: Haben wir doch schon!)

dabei Stauzeiten oder Verspätungen bei Bus und Bahn mit einberechnet und die Verzögerungen für den Verkehrsteilnehmer somit insgesamt verringert.

Das europaweit führende Leitprojekt für vernetzte Mobilität muss in Baden-Württemberg entstehen. Ein Ausgangspunkt dafür kann der Großraum Stuttgart im Zusammenspiel mit den führenden Weltunternehmen Daimler, Bosch und Porsche und einem exzellenten Forschungsumfeld aus Uni Stuttgart, Max-Planck-Instituten und Fraunhofer-Instituten sein. Gemeinsam mit dem heimischen Mittelstand können so Wirtschaft und Wissenschaft im Land ein international sichtbares Leitprojekt zur Mobilität der Zukunft durchführen. Dieses Leitprojekt zur Mobilität der Zukunft muss baden-württembergische Handschrift tragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Gleichzeitig müssen wir bei Smart Data weiter vorankommen. Das wichtigste Produkt der Digitalisierung sind Daten, und zwar in riesigen Mengen. Aber welche Daten sind hilfreich, welche nutzlos, und welche schaden uns sogar? Wir müssen lernen, mit diesen neuen, vollkommen unstrukturierten Datenmassen umzugehen, und sie durch Analyse und Aufbereitung bestmöglich für den wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt nutzen. Baden-Württemberg soll bei der interdisziplinären Datenanalyse im weltweiten Vergleich vorn mitspielen.

Deshalb schlage ich vor, ein baden-württembergisches Big-Data-Zentrum zu gründen. Das KIT hat mit dem Informatics Innovation Center einen der führenden Hochleistungsrechner in Europa. Hier könnte das KIT gemeinsam mit der Akademie der Wissenschaften in Heidelberg ein deutschlandweit einzigartiges Kompetenzzentrum für interdisziplinäre Datenanalyse schaffen.

Drittens sollen diese Analysefertigkeiten beispielsweise mit der Medizin gekoppelt werden. Für diesen Bereich könnten etwa in den Krebsforschungszentren Tübingen und Heidelberg vom Land noch energischer unterstützt Kompetenzen aufgebaut werden, um so signifikante Fortschritte in der Krebsfrüherkennung und damit in der Krebsheilung zu erzielen.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Eine Botschaft der baden-württembergischen Digitalisierungs-offensive muss eben auch lauten: Baden-Württemberg sagt dem Krebs den Kampf an.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Ich verstehe nicht ganz, warum man eine solche Idee schlecht finden kann. Es müsste doch unser gemeinsames Ziel sein, in Baden-Württemberg auch in diesem Bereich neue Zeichen zu setzen und an der Spitze der Bewegung in Sachen Krebsforschung zu stehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Manfred Kern GRÜNE: Machen wir doch!)



(Guido Wolf)

Die zweite Säule der Digitalisierungsoffensive muss die gesamte Breite der baden-württembergischen Wirtschaft in den Blick nehmen. Baden-Württembergs Wirtschaft steht vor einem immensen Strukturwandel. Eine erfolgreiche Digitalisierungsoffensive muss die betroffenen Branchen, insbesondere mittelständische Unternehmen, dazu befähigen, die kommenden wirtschaftlichen Veränderungen frühzeitig zu erkennen und Antwortstrategien zu entwickeln. Hierfür brauchen wir im Wirtschaftsministerium eine Stabsstelle, die aufgrund des sich abzeichnenden Strukturwandels schnell auf kurzfristige Unternehmenskrisen reagieren und mittel- und langfristig eine Zukunftsvision für das Mittelstandsland Baden-Württemberg entwickeln soll.

Die dritte Säule heißt Teilhabe. Wir müssen alle Bürgerinnen und Bürger befähigen, an der Digitalisierung teilzuhaben. Die Digitalisierung hat Auswirkungen auf den Alltag eines jeden Menschen in unserem Land. Um zu gewährleisten, dass jeder an den Chancen des digitalen Aufbruchs teilhaben kann, muss Baden-Württemberg die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit jede Bürgerin und jeder Bürger mit den digitalen Möglichkeiten umzugehen lernt. Dafür brauchen wir vor allem zwei Dinge: digitale Bildung und die Verfügbarkeit von Breitband.

Herr Ministerpräsident, Sie haben heute stolz verkündet, dass die Landesregierung die Mittel für den Breitbandausbau verdreifacht. Damit kommt Baden-Württemberg jedoch nur auf ein Fünftel des bayerischen Mittelvolumens. Es hilft wenig, dass Sie auf Berlin verweisen. Fakt ist: Der Breitbandausbau muss das ganze Land erfassen, die Zentren und die Großstädte in gleicher Weise wie die ländlichen Räume. Diese Balance zwischen Zentrum und ländlichen Räumen war immer ein Markenzeichen Baden-Württembergs.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Wenn wir nicht ganze Regionen im Land veröden lassen wollen, brauchen wir in allen Kommunen den Breitbandanschluss, möglichst mit Glasfaser. Das kostet viel Geld, ist aber immens wichtig für die Entwicklung unseres Landes und für die Zukunftsfähigkeit seiner Regionen.

Sie haben Lothar Späth gelobt. Ihm ist u. a. zu verdanken, dass die Breitbandversorgung in unserem Land aktuell noch besser ist als im Nachbarland Bayern. Noch ist sie besser. Dies liegt vor allem am besseren Fernsehkabelnetz in Baden-Württemberg. In den Achtzigerjahren hatten die Grünen wie auch die Sozialdemokraten als damalige Opposition im Landtag den Aufbau des privaten Fernsehens noch bekämpft. Heute rühmen sie sich dieser Entscheidungen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo ist denn privates Fernsehen in Baden-Württemberg?)

Die Frage ist jedoch nicht: „Wie sieht die Breitbandversorgung aufgrund guter Regierungspolitik der Vergangenheit heute aus?“, sondern: „Was machen wir heute, damit jede Kommune schnelles Internet erhält?“ Daran hapert es.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Wir sind im Gespräch mit vielen Landrätinnen und Landräten. Wir kennen die Aktivitäten in Bezug auf die Gründung von Zweckverbänden; wir kennen auch viele entsprechende Überlegungen in kommunalen Gremien. Meine Überzeugung ist: Die Kommunen brauchen in dieser Frage noch mehr Unterstützung. Ich halte es für notwendig, eine weitere deutliche Aufstockung der Mittel und eine unbürokratische Unterstützung nach bayerischem Vorbild anzugehen. Nur so geben Sie dem ländlichen Raum, nur so geben Sie dem ganzen Land eine gute Zukunft im digitalen Zeitalter.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Gleichzeitig muss Baden-Württemberg stärker in entsprechende Bildungsanstrengungen investieren. Die digitale Bildung sichert Bildungsqualität. Lassen Sie uns weniger an Strukturen herumbasteln und mehr über Qualität reden. Sonst wird die wirklich entscheidende Bildungsfrage im 21. Jahrhundert verschlafen.

Wir erleben gerade eine wahre Informationsexplosion. Das weltweite Wissen wird zunehmend digital erfasst und verarbeitet. Google hat bereits heute 17 Millionen Bücher digitalisiert und damit mehr als doppelt so viele Publikationen erfasst, wie sich in den Landesbibliotheken und in den Universitätsbibliotheken im Land befinden. Allein in den USA wurden 2013 mehr als 60 000 Mal so viele Daten gespeichert, wie die größte Bibliothek der Welt in den vergangenen 150 Jahren an Informationen gesammelt hat.

Die heutigen und die künftigen Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten müssen wissen, wie man eine digitale Suchabfrage zielführend durchführt,

(Staatssekretär Jürgen Walter: Das wissen die längst!)

wie man die Verlässlichkeit von Wissen einschätzt und wie man die Informationsflut bewältigt, die heute per Knopfdruck zur Verfügung steht. Nur so wird Baden-Württemberg zum Vorreiter für digitale Bildung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Dafür müssen wir alle Schülerinnen und Schüler in unserem Land mit dem nötigen Werkzeug ausrüsten, um sie in die Lage zu versetzen, die digitalen Möglichkeiten bestmöglich nutzen zu können. Alle öffentlichen Bildungseinrichtungen müssen an ein digitales Bildungsnetz angeschlossen sein und über eine digitale Grundausstattung verfügen. Außerdem sollen alle Jahrgangsstufen ergänzend zu den klassischen Schulbüchern auf digitale Inhalte zugreifen können. Darin liegt die wirkliche Herausforderung für das Kultusministerium. Dies wäre der richtige und zielführende Einstieg in einen neuen Bildungsplan gewesen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die vierte und letzte Säule heißt „Werte und Normen“. Zumindest beim Thema „Werte und Normen“ würde ich mir wünschen, dass Sie wirklich bereit sind, diesen Weg gemeinsam mit uns zu gehen. Ich glaube, dieser Punkt hat es verdient, dass wir ihm in dieser Diskussion besondere Bedeutung geben.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)



(Guido Wolf)

Heute ist noch völlig offen, wie die Digitalisierung unseren Alltag, aber auch unser Gemeinwesen und die politischen Entscheidungen verändern wird. Ein bemerkenswerter Impuls hierzu findet sich bei Jaron Lanier in seiner Rede anlässlich der aktuellen Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche. Er ruft allen Technologen zu:

*Wenn eine neue Effizienz von digitalem Networking auf der Zerstörung von Würde beruht, seid ihr nicht gut in eurem Fach.*

Nach wertorientiertem Verständnis erwächst daraus eine besondere Verantwortung. Wir müssen den Prozess der Digitalisierung auf der Grundlage unseres Wertekanons reflektieren, müssen durchdachte Antwortstrategien entwickeln und so seinen Verlauf in unserem Sinn gestalten.

Erwin Teufel hat seine Hightechoffensiven mit Forschung zur Technikfolgenabschätzung flankiert. Ähnliches brauchen wir auch jetzt. Ich schlage vor, in einem gemeinsamen Verbund unserer Hochschulen eine Denkfabrik zum Nachdenken über die Folgen der Digitalisierung zu errichten. Dort sollen vergleichbar mit dem Oxford Internet Institute Rechts-, Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaftler gemeinsam an den digitalen Herausforderungen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft forschen.

(Vereinzelt Beifall – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Damit können wir die Digitalisierung auch weltweit mitprägen. Im Zusammenspiel mit unserer exportstarken Wirtschaft und unseren exzellenten Hochschulen kann Baden-Württemberg eine starke Stimme bei den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und rechtlichen Fragestellungen haben. Hier brauchen wir eine klare Vision und kein zaghaftes Lamentieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Ihre Regierungserklärung hat gezeigt: Es bedarf, will Baden-Württemberg nicht zurückfallen und den Anschluss verpassen, einer gemeinsamen Kraftanstrengung, um die Herausforderung der digitalen Revolution zu bestehen. Nur wenn man sich selbst herausfordert, kann man große Herausforderungen meistern.

Baden-Württemberg kann aber nicht bis zur nächsten Landtagswahl warten. Dazu sind die bevorstehenden wirtschaftlichen Umwälzungen zu gewaltig und die technologischen Entwicklungen zu schnell. Ich schlage Ihnen deshalb vor und biete Ihnen an, dass Regierung und Opposition zusammen mit Wissenschaft und Wirtschaft an einer großen gemeinschaftlichen Digitalisierungsoffensive arbeiten.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Machen wir doch schon!)

Ein derartiger Schulterchluss würde der Dimension dieser einzigartigen Herausforderung gerecht. Diesen Weg gehen wir allerdings nur mit, wenn Sie Ihren Ankündigungen jetzt auch wirklich Taten folgen lassen.

Wenn wir die digitale Revolution wirklich ernst nehmen, müssen wir ausreichend – will heißen: deutlich mehr – Mittel für eine Digitalisierungsoffensive in die kommenden Haushalte

einstellen. Gefragt ist Großmut anstelle von Kleingeist. Hier überzogen zu sparen hieße, die Zukunft dramatisch zu verspielen. Baden-Württemberg muss aus seiner Zuschauerrolle am Spielfeldrand heraustreten

(Abg. Martin Rivoir SPD: Oh, oh!)

und in der digitalen Zukunft erfolgreich mitspielen.

Die CDU-Fraktion ist dazu entschlossen und bereit.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Sehr gut!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich gestehe der CDU-Fraktion zu, dass ihr ein überraschender Einstieg in diese heutige Debatte gelungen ist.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Denn wer hätte schon damit gerechnet, dass sich ein amtierender Landtagspräsident hier als Oppositionsführer geriert?

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Klaus Herrmann CDU: Zum Inhalt!)

Es ist doch zumindest außergewöhnlich und – das gebe ich zu – durchaus irritierend, denn immerhin sind wir hier nicht auf einer CDU-Regionalkonferenz, sondern im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So etwas Unqualifiziertes!)

Es war, wie gesagt, ein überraschender Einstieg, dass die CDU in Person des Landtagspräsidenten dem Ministerpräsidenten auf eine Regierungserklärung erwidert. Aber manches war dann doch nicht so neu.

(Heiterkeit des Abg. Thomas Poreski GRÜNE – Abg. Martin Rivoir SPD: Alles war nicht neu!)

Vieles von dem, was Sie gesagt haben, Herr Wolf, haben wir hier im Haus schon öfter von der CDU gehört,

(Abg. Konrad Epple CDU: Richtiges!)

nämlich dass es nicht schnell genug, nicht weit genug gehe. Das sagen Sie bei jedem Thema – egal, worum es geht. Ich finde, das ist erstens wenig ambitioniert und zweitens sehr zögerlich, Herr Wolf.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der CDU: Wenig ambitioniert?)

Sie sagen immer nur: „Es reicht nicht.“ Ich kann sagen: Diese Aussage „Es reicht nicht“ reicht uns erst recht nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Edith Sitzmann)

Das Thema Digitalisierung hat eine herausragende Bedeutung. Wir stellen das in vielen Bereichen fest. Der Ministerpräsident hat eine Vielzahl von Bereichen angerissen, und er hat deutlich gemacht, dass Baden-Württemberg, dass die grün geführte Landesregierung sehr gut aufgestellt ist und eine Gesamtstrategie hat, die alle Ressorts einbezieht und ressortübergreifend ist. Es ist klar, wohin diese Landesregierung steuert.

Wir wollen, dass Baden-Württemberg weiterhin mit vorn dabei ist, wie es jetzt schon der Fall ist, und dass Baden-Württemberg die Chancen ergreift und sich der Herausforderungen oder Risiken, die damit verbunden sind, annimmt.

Der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen, dass vor wenigen Tagen der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erstmals an einen Internetpionier vergeben worden ist, an Jaron Lanier. Dieser hat als Internetpionier einen sehr kritischen Blick auf die Entwicklung geworfen und hat selbst eingeräumt, dass er sich früher von den technischen Möglichkeiten zu sehr hat faszinieren lassen und dass auf die kulturelle, ökonomische und gesellschaftliche Dimension zu wenig geachtet wurde.

Deshalb kann man, finde ich, deutlich sagen und als Fazit aus dieser Preisverleihung und aus den Werken dieses Internetpioniers ableiten, dass neue Basistechnologien wie die Digitalisierung und das Internet eben auch die ökonomischen und sozialen Beziehungen grundlegend ändern und deshalb neue Basiskompetenzen verlangen, meine Damen und Herren. Dessen ist sich diese Landesregierung bewusst. Deshalb hat diese Landesregierung bereits in den unterschiedlichsten Bereichen die richtigen und wichtigen Schritte ergriffen. Es ist ja nicht so, dass wir heute damit anfangen, nein, wir befinden uns bereits mitten in der Umsetzungsphase.

Gerade wenn es darum geht, die Dimension von Wissenschaft und Forschung zu beleuchten, meine Damen und Herren, dann kann ich nur sagen, dass wir, die grün-rote Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen, einen bedeutenden und wichtigen Schritt gemacht haben. Wir haben nämlich nach zwei Sparpakten der ehemaligen Landesregierung endlich einen Hochschulfinanzierungsvertrag auf den Weg gebracht, der unsere Hochschulen so ausstattet, wie es angemessen ist. Das bedeutet insgesamt 1,7 Milliarden € mehr. Baden-Württemberg ist damit als einziges Bundesland der Forderung des Wissenschaftsrats gefolgt, die Grundfinanzierung um 3 % zu erhöhen. Die baden-württembergische Wissenschafts- und Hochschullandschaft ist also unter Grün-Rot hervorragend für die Zukunft aufgestellt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, war auch dringend notwendig. Sie haben nämlich in der Vergangenheit diese Sparpakete beschlossen, und Sie haben auf die steigenden Studierendenzahlen an den Hochschulen in keinsten Weise reagiert. Hier gab es ganz enormen Nachholbedarf. Wir, Grün-Rot, haben hier angesetzt und einen zukunftsweisenden Hochschulfinanzierungsvertrag für Baden-Württemberg geschlossen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Dieser gilt für alle Hochschulen im ganzen Land: Er gilt für die neun Universitäten, für die acht Standorte der Dualen Hochschule und für die 23 Hochschulen für angewandte Wissenschaften im Land. Er gilt nicht nur für den technischen Bereich, sondern auch für alle anderen Forschungs- und Wissenschaftsbereiche. Und er gilt eben nicht nur für die Städte und für die Zentren. Wir haben in unserem Land eine dezentrale Hochschullandschaft, und die werden wir auch mit diesem Hochschulfinanzierungsvertrag weiter stärken und ausbauen, meine Damen und Herren. Das ist gut investiertes Geld.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber selbstverständlich brauchen wir auch in anderer Hinsicht Initiativen. Wir wollen nicht, dass die Digitalisierung zu einer Spaltung führt, zu einer Spaltung in städtische und in ländliche Räume. Der Ministerpräsident hat bereits ausgeführt und darauf hingewiesen, dass es die große Stärke Baden-Württembergs ist, dass wir keine strukturschwachen Regionen haben. Das ist eine Perle unseres Landes, und die werden wir sehr gut hüten. Wir werden alles dafür tun, dass das auch so bleibt. Die Chancen stehen gut.

Was den Breitbandausbau betrifft, wurde vom Ministerpräsidenten ebenfalls bereits ausgeführt, dass wir eine Breitbandinitiative II haben, die endlich da ansetzt, wo die konkreten Probleme liegen. Mit den hierfür zur Verfügung stehenden Mitteln, deren Höhe verdreifacht wurde, werden wir dafür Sorge tragen, dass in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Kreisen alle Gebiete dieses Landes mit schnellem Internet versorgt werden können. Das ist natürlich für die Bürgerschaft wichtig, aber es ist besonders auch für die Unternehmen in unserem ländlichen Raum wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die Zahlen zeigen: Mit der jetzigen Ausstattung muss sich Baden-Württemberg nicht verstecken – vor keinem anderen Bundesland, auch nicht vor Bayern. Bayern hat nämlich einen viel größeren Nachholbedarf. Das ist Fakt 1.

(Abg. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist die Erb-  
last!)

Das Zweite ist, dass Mittel dann gut eingesetzt sind, wenn sie auch abgerufen werden und einen möglichst großen Erfolg und Nutzen bringen. Genau das stellt unsere Breitbandinitiative II sicher. Insofern sind wir da auf dem aktuellen Stand. Von Zurückhaltung oder Befürchtungen, das Programm würde nicht ausreichen, kann in Baden-Württemberg keine Rede sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Klar ist: Neue Basistechnologien brauchen auch eine neue Basisausstattung, wie z. B. beim Breitbandausbau. Sie erfordern aber natürlich auch neue Kompetenzen. Das ist insbesondere ein bildungspolitisches Thema.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Digitalisierung, die digitale Revolution weder zu einer Spaltung in Bezug auf Stadt und Land noch zu einer Spaltung in internetkompetente und weniger internetkompetente Bürgerinnen und Bürger führt. Vielmehr wollen wir die Medienkompetenz in der gesamten Brei-

(Edith Sitzmann)

te der Bevölkerung fördern, meine Damen und Herren. Es ist bereits ausgeführt worden, dass Medienkompetenz eine der Leitperspektiven des neuen Bildungsplans sein wird. Wir werden Medienkompetenz in den Schulen von Anfang an fördern.

Ich will ergänzen, dass wir endlich – im Gegensatz zur ehemaligen Landesregierung – die wichtigen Weiterbildungseinrichtungen des Landes – das sind die Volkshochschulen – vernünftig ausgestattet haben. Wir werden die finanziellen Mittel für diesen Bereich mehr als verdoppeln. Auch unsere Volkshochschulen tragen dazu bei, dass wir Medienkompetenz in der Breite der Bevölkerung haben. Also: Da haben andere geschnarcht, nämlich Schwarz-Gelb, aber nicht Grün-Rot; wir gehen hier voran.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir wollen auch, dass es keine Benachteiligung und keine unterschiedliche Behandlung von Unternehmen gibt. Wir wollen nicht, dass allein große Unternehmen, Weltmarktführer über digitale Kompetenzen, über digitales Know-how, über digitale Forschung und digitale Möglichkeiten verfügen. Nein, wir wollen, dass gerade auch die kleinen und mittleren Unternehmen in Baden-Württemberg sowie auch das Handwerk in diesem Prozess mitgenommen werden.

Deshalb begrüße ich die Allianz Industrie 4.0 der Landesregierung, die zum Ziel hat, kleine und mittlere Unternehmen in die Lage zu versetzen, an dieser rasanten und wichtigen Entwicklung teilzuhaben und mit dabei zu sein. Das ist ganz entscheidend.

Wir wissen, dass heute leider nur jeder zweite Handwerksbetrieb eine eigene Website hat. Das ist zu wenig. Wir brauchen eine Offensive, die dazu beiträgt, dass das eine Selbstverständlichkeit wird. Und nicht nur das: Diese Websites müssen auch für mobile Geräte geeignet sein. Die Handwerkerschaft muss im Internet zukünftig besser vertreten sein.

Natürlich sind auch Sicherheit und Vertrauen ganz entscheidend. Deshalb – der Ministerpräsident hat darauf hingewiesen – ist geplant, genau zum Thema Sicherheit ein Forschungszentrum in Karlsruhe einzurichten und entsprechend auszubauen. Wir werden den Unternehmen in unserem Land – den kleinen und den großen – am Forschungszentrum Informatik in Karlsruhe die richtige Unterstützung geben.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen: Die Digitalisierung spielt auch bei der Ressourceneffizienz eine wichtige Rolle. Der Ministerpräsident hat auf die Initiative zum Leichtbau hingewiesen. Ich kann nur sagen: Baden-Württemberg ist auch da hervorragend und gut aufgestellt. Wir haben innovative Unternehmen, die ganz vorn sind, die bereits eine Vielzahl von Innovationen auf den Markt gebracht haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Zählen Sie doch einmal ein paar auf!)

Mit Leichtbau kann z. B. bei der Ausstattung von Flugzeugen mit Sitzen massiv Gewicht und dadurch auch massiv Treibstoff und CO<sub>2</sub> eingespart werden. Also, meine Damen und Herren: Wir sind da gut dabei. Studien von Fraunhofer-Instituten bestätigen dies.

Aber es gibt natürlich auch eine Schattenseite. Wir wissen, dass Google-Serverzentren so viel Strom wie eine Stadt mit 25 000 Einwohnern verbrauchen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Mehr IT, mehr Digitalisierung bedeutet auch mehr Energie- und Ressourcenverbrauch. Das ist ein sehr wichtiger Ansatzpunkt. Denn es wird nur dann eine zukunftsfähige Technologie, wenn wir den Ressourcenverbrauch reduzieren.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich unserem Umweltminister danken, der sich auch im Bereich „Green IT“ engagiert. Er wird dafür sorgen, dass wir bei der IT zu einer Ressourceneinsparung kommen, wie es in vielen anderen Bereichen bereits der Fall ist. Die Landesstrategie „Green IT 2020“ soll den Ressourcenverbrauch auch bei der Landesverwaltung – immerhin 30 % des Stromverbrauchs entfallen auf IT – deutlich reduzieren.

Meine Damen und Herren, wir haben es mit einer neuen Basistechnologie zu tun, wir haben es mit einer Vielzahl von Herausforderungen zu tun, wir haben es mit einer breiten Palette an Kompetenzen zu tun, die für den Umgang mit dieser Basistechnologie entscheidend sind. Die Landesregierung ist in allen Bereichen aktiv, in allen Bereichen gut aufgestellt, und sie hat eine Gesamtstrategie – der Ministerpräsident hat sie dargestellt – und nicht nur einzelne Bausteine. Es ist eine Gesamtstrategie, die Baden-Württemberg – sowohl was die Wirtschaft als auch was die Gesellschaft und die Bürgerschaft betrifft – in eine gute Zukunft führen wird.

Vieles von dem, was Sie hier angemahnt haben, Herr Wolf, findet in Baden-Württemberg bereits statt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben z. B. über den Anspruch geredet, dass wir Spitze bei der Krebsforschung werden sollen. Baden-Württemberg ist hier hervorragend aufgestellt. Wir sind Spitze bei der Krebsforschung.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wir sind Spitze! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE zur CDU: Schauen Sie einmal nach Heidelberg!)

Ich kann nur sagen: Entweder wollen Sie es schlechtreden, oder Sie sind schlecht informiert.

(Zuruf von der CDU: Wir müssen noch besser werden!)

Auch bei intelligenten Mobilitätskonzepten sind wir vorn. Das ist gut so. Selbstverständlich laufen bereits seit Jahren Projekte zu Applikationen, die eine bessere Verkehrsführung und die Vernetzung von unterschiedlichen Verkehrsträgern möglich machen. Das ist selbstverständlich ein wichtiger Baustein für die Zukunft.

Meine Damen und Herren, wir sind in Baden-Württemberg gut aufgestellt. Wir werden so weiterarbeiten, und zwar mit den Partnern aus Wirtschaft, Gesellschaft und Verbänden sowie allen anderen, die sich daran beteiligen wollen.



(Edith Sitzmann)

Wir sorgen dafür, dass mit Blick auf diese Basistechnologie auch die entsprechenden Kompetenzen im Land unterstützt und gefördert werden. Digitalisierung und Industrie 4.0 sind bei uns in besten Händen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Nachfrage des Herrn Kollegen Dr. Schmidt-Eisenlohr?

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Bitte schön.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Hat sie etwas vergessen?)

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE:** Vielen Dank, dass Sie die Frage zugelassen haben. – Frau Sitzmann, es wurden jetzt in beiden Reden die verschiedenen Felder, bei denen man noch etwas tun muss, genannt. Sie haben jetzt korrekterweise einige Beispiele dafür genannt, wo schon seit Langem etwas passiert und wofür man gar keine neuen Forderungen stellen muss.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Frage!)

Von Ihrem Vorredner wurde die Technologiefolgenabschätzung als neues großes Thema benannt. Er sagte, da müsse mehr getan werden. Sie wissen wahrscheinlich, dass das ITAS des KIT und die Fraunhofer-Gesellschaft in Karlsruhe da schon viel tun.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Frage!)

Das ist schon seit Langem ein Thema. Das einfach als Erklärung.

Im Jahr 2002 wurde beschlossen, die Akademie für Technikfolgenabschätzung zu schließen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Das FAW in Ulm auch!)

Die Frage an Sie: Ist Ihnen bekannt, welche Regierung das damals geschlossen hat und welcher Abgeordnete der Grünen sich damals vehement gegen diese fatale Entscheidung eingesetzt hat?

(Beifall bei den Grünen)

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Lieber Kollege Schmidt-Eisenlohr, ich danke Ihnen, dass Sie mich auf Aspekte hinweisen, die ich in meiner Rede noch nicht angesprochen habe. Aber ich kann mich sehr gut an die Abwicklung der Akademie für Technikfolgenabschätzung erinnern. Da war ich selbst bereits im Landtag. Es war natürlich die CDU-geführte Landesregierung,

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Aha!)

die das getan und zu verantworten hat. Es ist in diesem Zusammenhang sicherlich noch ein wichtiger Hinweis, dass Technikfolgenabschätzung ein wichtiger Baustein ist, dessen wir uns auch annehmen sollten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf einige wichtige Punkte der Regierungserklärung eingehe, muss ich einiges von dem zurechtrücken, was Sie, lieber Kollege Wolf, hier vorgetragen haben. Sie haben hier ausgerechnet das Spaceshuttle als Zukunftsprojekt angeführt,

(Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

das 2011 eingestellt wurde – übrigens gleichzeitig mit der CDU-geführten Landesregierung in Baden-Württemberg.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie haben die Forderung nach vernetzter Mobilität in der Region Stuttgart gestellt. Ich erinnere mich noch gut, dass Sie es in Ihrer Regierungsverantwortung in zehn Jahren nicht geschafft haben, die Verkehrsleitzentrale von Ludwigsburg nach Stuttgart zu verlegen. Da musste erst Winne Hermann kommen, damit das vollendet wurde.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Sie haben Bayern als „leuchtendes Beispiel“ angeführt. Diese Woche hat Minister Söder eine Pressemitteilung herausgegeben und sich dafür gelobt, dass Bayern jetzt 17 Millionen € Fördergelder unters Volk gebracht hat – 17 Millionen € bei dem bekannten Rückstand. Glückwunsch! Wenn Sie uns das als Vorbild präsentieren wollen, werden wir dem natürlich nicht nachkommen.

Ganz toll finde ich, dass Sie jetzt fordern, dass Baden-Württemberg dem Krebs den Kampf ansagen müsse. Da sage ich von dieser Stelle aus: Herzlichen Glückwunsch an den Nobelpreisträger Stefan Hell, der in Göttingen, aber auch im Krebsforschungszentrum in Heidelberg über sein digitales Mikroskop die Krebsforschung unglaublich weit vorangebracht hat, weil man jetzt genauer weiß, was in den Zellen drin ist.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was in den Zellen passiert, nicht was drin ist!)

Also, passen Sie auf, dass Sie bei all den Attacken, die Sie gegen die Regierung führen, das Land nicht schlechtreden. Das Land ist gutgestellt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der CDU: Entweder-oder!)

Meine Damen und Herren, der 27. September 1998 war ein guter Tag für Deutschland.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: War das jetzt schon alles?)

An dem Tag war Bundestagswahl, und Rot-Grün hat ein fulminantes Wahlergebnis eingefahren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: War da schon digitale Revolution?)



(Claus Schmiedel)

Das hat den schwarz-gelben Reformstau in der Bundesrepublik aufgelöst. Aber vor dem Hintergrund dieser epochalen Veränderungen in Deutschland blieb eine andere epochale Veränderung etwas unbemerkt, jedenfalls zunächst. Denn an demselben Tag ging im fernen Kalifornien Google online ans Netz, ein Garagenprojekt von wenigen – ich muss jetzt sagen: leider – jungen Männern, das nach 16 Jahren zwei Billionen Zugriffe verzeichnet, eine Milliarde Nutzer hat, 70 % des Weltmarkts abdeckt, 13 Milliarden Dollar Gewinn im letzten Jahr geschrieben hat und 60 Milliarden Dollar geschätzte Barreserven hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gigantisch!)

Wenn man Apple, Facebook, Amazon und Microsoft dazu zählt, dann sieht man: Diese fünf Unternehmen haben einen höheren Börsenwert als alle 30 deutschen DAX-Unternehmen zusammen. Das heißt, wenn man es global sieht, dann hat die Software die Hardware schon geschlagen.

Es wurde zu Recht von allen darauf hingewiesen, dass es sich dabei nicht nur um einen beispiellosen wirtschaftlichen Erfolg handelt, sondern dass es um eine epochale Veränderung geht. Die Fragen, wie wir kommunizieren, wie wir leben, wie wir arbeiten, wie wir Teilhabe pflegen, wie wir unsere Demokratie gestalten – all das ist berührt.

Wenn man es nicht mit der Erfindung des Buchdrucks, sondern mit der neueren Geschichte vergleicht, dann kann man es wohl nur mit der ersten industriellen Revolution vergleichen, die nachträglich unser Leben heute noch prägt, vor allem in Baden-Württemberg, die eine unglaubliche wirtschaftliche Dynamik entfaltet hat, aber auf der anderen Seite zunächst auch unglaubliches Elend produzierte, eine Verelendung im Bereich der Arbeit, in der Gesellschaft.

Es waren nicht zuletzt die SPD und die Gewerkschaften – weil unsere Gründung eng damit zusammenhing –, die dafür gesorgt hatten, dass wir diese negativen Seiten der Industrialisierung heute als besiegt anerkennen können, dass heute gute Arbeit zum Standard gehört, dass Baden-Württemberg als nicht früh industrialisiertes Land diese Verelendung der Arbeit bei der Industrialisierung nie erlebt hat, sondern als spät industrialisiertes Land gute Arbeit, guten Umgang, Respekt vor den Arbeitnehmern, gute Ausbildung erlebt hat, die zu einem guten Leben führten. Was Baden-Württemberg geprägt hat, das soll unser Land auch weiterhin auszeichnen.

Deshalb sagen wir: Es ist eine Riesenherausforderung, dass über diese neue Technologie nicht wieder negative Arbeitsumstände eintreten, dass es nicht zu „Clickworkern“, „Cloudworkern“ ohne feste Arbeitsstätte, ohne feste Arbeitszeit, ohne Arbeitsvertrag, ohne soziale Absicherung kommt, dass es nicht dazu kommt, dass einfach nur in der Cloud die Aufgabe gestellt wird, sich dann alle daranmachen, aber nur der, der als Erster liefert, entlohnt wird, alle anderen aber in die Röhre schauen.

Natürlich droht nicht eine Verelendung wie im 19. Jahrhundert – dafür haben wir den Sozialstaat –, aber wir wollen, dass auch unter den neuen digitalen Arbeitsbedingungen alle ihre Chance haben, gute Arbeit, gute soziale Absicherung und Respekt bei der Arbeit zu genießen. Da ist wahrlich viel zu tun.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es gibt übrigens auch noch größere Gefahren. Ich spreche sie nur an, denn der Landtag von Baden-Württemberg ist nicht die Plattform, um das zu lösen. Doch es kann natürlich nicht sein, dass diese Unternehmen, von denen ich gerade gesprochen habe, nur 1 % ihres Erlöses dort versteuern, wo die Wertschöpfung anfällt, und der Rest in Niedrigsteuerländer verschoben wird. Wir brauchen im Kartellrecht, im Steuerrecht sowie im Arbeitsrecht neue Aufstellungen. Das heißt, es gibt unglaublich viel zu tun.

Deshalb ist es gut, dass die Landesregierung mit den zuständigen Ministerinnen, Ministern und dem Ministerpräsidenten auf der nationalen Ebene, aber auch auf der europäischen Ebene dafür sorgt, dass die notwendigen neuen Rahmenbedingungen für diese digitale Wirtschaft so gestaltet werden, dass es eine soziale, vertretbare und keine ungefesselte Marktwirtschaft wird.

Wir wollen hier keine Angstdebatte führen, doch wir müssen eine sachlich kritische Debatte führen und darauf hinweisen, dass es noch viel zu regeln gibt, damit der Rahmen so gestaltet wird, dass die bewährten Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft unter diesen neuen technologischen Herausforderungen gewährleistet bleiben.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es wurden vorhin mehrfach die Gefahren der Cyberkriminalität angesprochen. Es ist wohl wahr und stimmt: Fast jedes zweite Unternehmen hatte schon einen Angriff zu verzeichnen, von Privatpersonen mal ganz abgesehen.

Deshalb ist es gut, dass die Polizei jetzt so aufgestellt ist – Vorbeugung ist immer wichtig und muss unterstützt werden, aber Vergehen müssen natürlich auch geahndet werden –, dass in allen Flächenpräsidien gewährleistet ist, dass in den Kriminaldirektionen eine schlagkräftige Abteilung Cyberkriminalität aufgestellt ist. Das war früher gar nicht möglich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Guido Wolf CDU: Fragen Sie mal die Leute!)

Ich habe im Rahmen meiner Besuche der Präsidien auch das Landeskriminalamt besucht, speziell die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich dort mit der Cyberkriminalität beschäftigen. Das ist das Kompetenzzentrum.

Ich habe an dieser Stelle eine Bitte an die Landesregierung. Wer dort arbeitet, ist wissenschaftlich hoch qualifiziert. Es sind keine Vollzugsbeamten im üblichen Sinn. Es sind Wissenschaftler, die auch in einem Forschungslabor der Industrie oder einer Universität arbeiten könnten, darunter auch Informatiker. Der Stellenkegel entspricht jedoch dem eines üblichen Präsidiums. Das wird der Aufgabenstellung nicht gerecht. Wenn wir diese hoch spezialisierten Kräfte dort halten wollen und eine Weiterentwicklung wollen, dann müssen wir, was den Stellenkegel angeht, auch diesen besonderen Herausforderungen des Landeskriminalamts gerecht werden und genau hinschauen.

Denn diese Fachkräfte schüttelt man nicht aus dem Ärmel. Das sind hoch spezialisierte Arbeitskräfte. Wenn sie woanders wesentlich mehr verdienen – das Gleiche kann man nie bezahlen –, wenn der Einkommensunterschied zu groß ist, dann

(Claus Schmiedel)

wandern sie ab, und es entsteht eine Lücke. Das können wir uns nicht leisten.

Deshalb müssen wir, so richtig die Strukturen nach der Polizeireform sind, an dieser Stelle auch nachsteuern, damit sichergestellt ist, dass das hoch spezialisierte Kompetenzzentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität voll leistungsfähig ist. Wir wollen, dass diejenigen, die Cyberkriminalität bekämpfen, mindestens genauso gut, aber, wenn es geht, noch besser aufgestellt sind als die auf der anderen Seite, die gegen Recht und Gesetz verstoßen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es wurden auch die Netze als eine ganz wichtige Voraussetzung angesprochen. Ich will die Ausführungen nur um einen Aspekt ergänzen. Die Versorgung der ländlichen Räume ist ganz wichtig, aber auch in den Städten ist etwas zu tun.

Der Ministerpräsident hat die Bedeutung von Hochleistungsrechnern angesprochen, die ausgebaut werden sollen. Wir sind absolut dafür. Es gibt bei uns aber ein Zugangsproblem für die mittelständische Wirtschaft.

Ich will ein Beispiel nennen: In Stuttgart gibt es ein Unternehmen namens M.A.R.K. 13, das sich mit digitaler Filmbearbeitung befasst; es hat 60 Beschäftigte und ist aus Kanada übersiedelt. Sie konnten die Produktion von „Biene Maja“ – übrigens ein 20-Millionen-€-Projekt, also ein ziemlich bedeutendes Projekt – erst durch die Nutzung des Hochleistungsrechners der Uni Stuttgart fertigstellen. Der Transport der Datenträger erfolgte aber über die Straßenbahn, im Aktentäschle, weil es nicht möglich war, über ein Netz zum Hochleistungsrechner zu kommen. Die großen Konzerne in Stuttgart, die den Hochleistungsrechner nutzen, haben ihre eigene Leitung, haben das Geld dafür. Ein Mittelständler kann sich das nicht leisten.

Dafür gibt es aber keine geregelte Zuständigkeit. Wer ist dafür zuständig? Ist das eine Landesaufgabe? Ist das eine kommunale Aufgabe? Soll sich der Wirtschaftsförderer darum kümmern? Sollen sich die Stadtwerke oder soll sich das Tiefbauamt darum kümmern?

Wir müssen also – das deutet darauf hin – das Netzwerk derer, die sich damit beschäftigen – von „Gesprächskränzle“, Herr Wolf, würde ich da nicht sprechen –, auch die Kommunen mit einbeziehen. Sie sind vor Ort wichtige Akteure auch bei der Frage: Wie eröffnen wir dem Mittelstand einen Zugang zum Hochleistungsrechner? Ich würde mir wünschen, dass man beispielsweise auch die Filmakademie, das Film- und Medienzentrum an den Hochleistungsrechner anschließt. Das ist jetzt Zufall, dass es in Ludwigsburg ist.

(Heiterkeit der Abg. Helmut Walter Rüeck und Guido Wolf CDU – Abg. Guido Wolf CDU: Ja, ja!)

Das gilt aber auch für Karlsruhe. Dort gibt es ähnliche Probleme für den Mittelstand, an den Hochleistungsrechner heranzukommen. Das ist auch eine Frage der Standortqualität. Wenn mindestens in bestimmten Regionen gewährleistet ist, dass jemand, der sich niederlässt, garantiert einen Zugang erhält, ist das ein ganz wichtiges Fundament für die Standortqualität für Unternehmen.

Deshalb bitte ich neben der Ausdehnung in die Fläche auch ein Auge darauf zu haben, dass in den Zentren nicht nur die großen Unternehmen, sondern auch die Unternehmen der mittelständischen Industrie angeschlossen werden.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der Worte sind genug gewechselt!)

– Ich möchte nichts wiederholen. Deshalb überspringe ich im Manuskript einiges.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass natürlich gute Rahmenbedingungen notwendig sind. Aber diese Rahmenbedingungen ersetzen nicht das, was auch Sie, Herr Ministerpräsident, angesprochen haben: Wir brauchen einen neuen Gründergeist. Wir brauchen ein neues Gefühl dafür, dass große Organisationen, große Wirtschaftseinheiten nicht vom Himmel fallen, sondern, wie viele Beispiele aus den USA zeigen, häufig aus ganz kleinen Einheiten entstehen. Deshalb brauchen wir eine neue Stimmung, und deshalb begrüßen wir ausdrücklich, dass es dieses Wagniskapital gibt und dass wir alles tun, damit auch an den Universitäten bzw. Hochschulen dieses Klima gepflegt wird.

Wenn es darum geht, den Mittelstand, die kleinen und mittleren Maschinenbaubetriebe dafür zu begeistern, ist einerseits die Sicherheitsfrage relevant, aber andererseits auch die Frage, wer es bezahlt, wenn man nicht genau weiß, in welche Richtung es am Ende eigentlich geht.

Deshalb, Frau Ministerin Bauer, unterstützen wir sehr die Initiative der Hochschulen, zusammen mit dem Fraunhofer-Institut Forschungsplattformen einzurichten, an denen Maschinenbauer, Elektrotechniker und Informatiker zusammen an Projekten für die mittelständische Wirtschaft arbeiten und dort promovieren können, um so einen leichten Zugang für die mittelständische Wirtschaft zu haben, diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Bosch stellt kurzerhand 600 Ingenieure für dieses Thema ein – kein Problem; das gilt auch für die anderen großen Unternehmen –, aber für die kleinen Betriebe müssen wir aufbauend auf der Flächenstärke, die wir mit den Hochschulen im Land haben, Forschungsplattformen schaffen, bei denen sie wirklich in der Lage sind, mit bescheidenen Mitteln die Schritte zu tun, die getan werden müssen, damit sie am Ball bleiben können, wenn sie weiterhin weltweit erfolgreich sein wollen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Herr Wolf hat noch gesagt, das sei alles noch ein bisschen wenig und sei Stückwerk. Ich habe mir einmal herausgeschrieben, was allein das Wirtschaftsministerium macht: Allianz Industrie 4.0 Baden-Württemberg, IT-Sicherheitsagentur, „House of IT“, Forschungsfabrik „Campus Ost“, Strukturstudie „Industrie 4.0 für Baden-Württemberg“, „Virtual Fort Knox“, Forschungscampus ARENA 2036, Web-Kompetenzatlas, Maschinenbaudialog. Die Aufzählung ist sicher nicht vollständig.

(Zuruf des Abg. Guido Wolf CDU)

Angesichts dessen, Herr Wolf, kann sicherlich nicht von angezogener Handbremse gesprochen werden. Das ist Highspeed.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

(Claus Schmiedel)

Sie haben den Kollegen Oettinger noch einmal ins Spiel gebracht. Er kommt übrigens nicht wegen der Digitalisierung nach Stuttgart, sondern er kommt nach Ludwigsburg, um den 1. Tanzclub Ludwigsburg zu prämiieren.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen  
– Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Heute habe ich in der „Ludwigsburger Kreiszeitung“ auf der ersten Seite gelesen: „Günther Oettinger fordert einen digitalen Masterplan für Europa.“ Wow! Da war ich doch etwas irritiert. Denn ich wähte ihn dann plötzlich in Ihren Oppositionsreihen, wo man so etwas üblicherweise fordert. Er regiert doch aber.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Noch nicht!)

Er ist doch der zuständige Kommissar. Er braucht es nicht zu fordern, sondern er soll es einfach nur machen.

(Zurufe von der CDU)

Deshalb sage ich – wir nehmen ja an, er wird es; also kann er ankündigen, dass er das macht; er soll es machen und soll es nicht fordern –: Diese Regierung hat gezeigt und zeigt weiterhin, dass sie nicht fordert, sondern dass sie macht. Das gilt gerade auf dem Feld der digitalen Herausforderungen.

Deshalb sage ich zum Schluss: So regiert man ein gutes Land.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen –  
Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Heiterkeit des Abg. Winfried Mack CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Rülke.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben sicher recht, Herr Ministerpräsident, wenn Sie sagen: Die Digitalisierung 4.0 ist eine Schlüsselinnovation. Daten werden – oder können es zumindest – eine zentrale Rolle im Produktionsprozess einnehmen. Daten werden zentraler Produktionsfaktor.

Die Frage, die sich daraus ableitet, lautet: Was heißt das für die Politik? Was heißt das auch für die Landespolitik? Heißt das eine mehr oder weniger unkritische Begrüßung eines Prozesses? Heißt das eine Begleitung? Oder heißt das eine Begleitung, die auch die Gefahren sieht? Als ich dem Kollegen Schmiedel zugehört habe, habe ich festgestellt: Er sieht schon auch die Gefahren. Insofern habe ich mich etwas über das Fazit gewundert, Herr Kollege Schmiedel: Highspeed. Denn wenn man auch die Risiken eines Prozesses sieht, dann kann es nicht unbedingt immer nur um Highspeed gehen, sondern dann braucht man eine nachdenkliche, eine abgewogene Strategie.

Wir sind sicherlich auch dafür, dass jeder – –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Keine langsame!)

– Möglicherweise sogar eine langsame Strategie.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Keine langsame!)

– Doch, möglicherweise eine langsame Strategie.

Wir sind natürlich auch der Meinung, dass wir an diesem Prozess partizipieren müssen – die Wirtschaft in Baden-Württemberg und die Menschen in Baden-Württemberg. Aber wir sehen auch die Gefahren.

Deshalb sind wir der Auffassung, dass es zunächst notwendig ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass jeder an diesem Prozess teilhaben kann – jedes Unternehmen und jeder Bürger –, der das wünscht.

Insofern gibt es drei zentrale Voraussetzungen. Die erste ist die Breitbandinfrastruktur. Da sind sich, glaube ich, alle in diesem Haus einig. Die zweite ist das Thema Bildung, dass man nämlich die bildungsmäßigen Voraussetzungen dafür schafft, dass jeder, der das wünscht, mit der Digitalisierung umgehen kann und dass auch jeder, der einen Arbeitsplatz oder eine Unternehmensgründung in diesem Bereich wünscht, dazu in die Lage versetzt wird. Die dritte ist ein Ordnungsrahmen. Ein Ordnungsrahmen kann nicht heißen, dass ich auf Teufel komm raus fördere. Sie haben ja aufgezählt, was das Wirtschaftsministerium alles macht. Auch den Ministerpräsidenten habe ich so verstanden, dass man jetzt mit Existenzgründerdarlehen, mit Subventionen die Digitalisierung fördern soll.

Herr Ministerpräsident, Sie sprachen von einer Schlüsselinnovation. Bei der Erfindung des Buchdrucks war es nicht notwendig, den Buchdruck durch Subventionen zu fördern, damit er sich durchsetzt. Es war auch im 19. Jahrhundert nicht notwendig, die Dampfmaschine durch Subventionen zu fördern, weil sie sich sonst nicht durchgesetzt hätte. So ist es auch bei der Digitalisierung. Diese Schlüsselinnovation hat eine derartige Kraft, dass sie sich natürlich in der Wirtschaft durchsetzt. Das ist ganz klar; das zeichnet sich ab. Da kann es doch nicht Aufgabe des Staates sein, noch Geld hinterherzuschmeißen und zu sagen: „Da müssen wir noch mehr fördern; das muss noch schneller werden“, sondern es ist notwendig, diesen Prozess auch ordnungspolitisch zu gestalten und eben auch die Gefahren zu sehen.

Vor diesem Hintergrund sage ich: Zu einer Strategie, wie Sie sie vorgestellt haben, sagen wir Ja – wir werden über die Strategie noch reden –, aber zu einer unkritischen Begrüßung dieses Prozesses, wie Sie sie in Ihrer Regierungserklärung über weite Strecken geliefert haben, sagen wir Nein.

(Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Abg. Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Lindlohr?

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Wenn es unbedingt sein muss.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber nicht gerade freundlich, Herr Kollege! – Unruhe)

**Abg. Andrea Lindlohr** GRÜNE: Herr Kollege, habe ich Sie recht verstanden, dass Sie sowohl die bisherigen Kapitalhilfen der L-Bank für Gründerinnen und Gründer und der Eigenkapitalagentur der L-Bank als Subventionen ablehnen als auch darüber hinaus den neuen Venture-Capital-Fonds, den die Landesregierung mit ihren Partnern auflegt, ablehnen, weil Sie keinen Bedarf für einen Anschlag beim Venture-Capital in Baden-Württemberg sehen?



**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Da haben Sie mich falsch verstanden. Frau Kollegin Lindlohr, ich sehe durchaus Bedarf bei der Anschubfinanzierung, durchaus Bedarf beim Venture-Capital, aber ich sehe keinen zielgerichteten Bedarf, um sagen zu können: Wir erkennen die Digitalisierung als Schlüsselinnovation, sodass wir genau dort zielgerichtet fördern und dafür sorgen müssen, dass sich die Digitalisierung auch möglichst schnell und möglichst in allen Bereichen durchsetzt. Da bin ich skeptisch.

Insofern war diese Regierungserklärung zum Thema Digitalisierung aus meiner Sicht für einen grünen Ministerpräsidenten fast etwas irritierend und wirtschaftsfokussiert. Denn dieser Wandel ist nicht nur ein ökonomischer, sondern ein zutiefst gesellschaftlicher. Außerdem – so wurde angedeutet, beispielsweise vom Kollegen Schmiedel – wurden die negativen Auswirkungen geflissentlich übersehen.

Internet 4.0 könnte Millionen einfacher Beschäftigungsverhältnisse vernichten. Das ist die Gefahr. Sie haben das an einem anderen Beispiel aufgezeigt. Nur ziehen Sie daraus nicht die richtigen Schlussfolgerungen. Wenn die Gefahr besteht, dass durch die Digitalisierung der Wirtschaft Millionen von einfachen Beschäftigungsverhältnissen verloren gehen, kann man nicht noch mit einem flächendeckenden allgemeinen Mindestlohn weiter daran arbeiten, dass die betroffenen Menschen nie mehr wieder in Lohn und Brot kommen. Das ist das Falsche an Ihrer Politik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Mittelstand in Baden-Württemberg ist Weltspitze, haben Sie erklärt, Herr Ministerpräsident. Da haben Sie sicher recht. In diesem Zusammenhang haben Sie aber von 19,5 Milliarden € FuE-Investitionen gesprochen. Nur leider sind diese FuE-Investitionen im Wesentlichen keine Investitionen, die aus dem Mittelstand kommen, sondern es sind zu rund 80 % Investitionen, die aus der Großindustrie kommen. Genau das ist auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung das Problem. Die „Wirtschaftswoche“ schrieb am 6. Juni 2014 – ich zitiere –:

*Fast zwei Drittel der mittelständischen Fertiger in Deutschland, Österreich und der Schweiz kennen den Begriff „Industrie 4.0“ nicht.*

Da ist also erst einmal Aufklärung notwendig, auch eine Aufklärung über Risiken und Nebenwirkungen; denn es besteht die Gefahr – gerade im Zusammenhang mit den FuE-Ausgaben wurde das deutlich –, dass wir durch die Digitalisierung und das im Grunde unkritische Begrüßen dieses Prozesses dazu kommen, dass der Wettbewerbsvorteil der Großindustrie gegenüber dem Mittelstand sogar noch gestärkt wird.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es ist doch notwendig, die Gefahren, die dem Mittelstand in diesem Prozess drohen, nicht einfach auszublenden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb habe ich mich schon etwas gewundert, Herr Kollege Schmiedel, mit welchem verklärtem Blick Sie hier die Umsatz-

zahlen, die Gewinne und die Marktmacht von einigen Big Playern der Weltwirtschaft verkündet haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Einen Gruß an die Gewerkschaften!)

Es ist notwendig, sich die Frage zu stellen: Was bedeutet das Ganze für den Mittelstand?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

Das gilt auch für das Thema Datensicherheit. Wenn man die heutigen Sicherheitsmodelle in unserer Wirtschaft, vor allem in weiten Bereichen des Mittelstands, im Embedded-Bereich auf ein Internet der Dinge übertragen würde – darum geht es ja –, wäre das ein Albtraum. Kein Mittelständler könnte jemals mehr sein Netz in der derzeitigen Situation sichern.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

In der vergangenen Woche hat der Sparkassenverband, hat der Kollege Schneider eine Tagung angeboten. Er hat u. a. Herrn Elsberg eingeladen, den Autor des Romans „Blackout“. Der Dialog dort war hochinteressant. Auch dieser Roman ist durchaus zu empfehlen. Herr Ministerpräsident, wenn Sie im Urlaub irgendwann einmal die griechischen Klassiker ausgelesen haben, wäre das durchaus ein Lesetipp. Es ist nicht nur ein Roman, sondern es ist ein Stück Wissenschaft. Manches von dem, was Elsberg schon vor einigen Jahren geschrieben hat, hat sich mittlerweile realisiert. Das ist eine wesentliche Gefahr für unsere Wirtschaft, insbesondere für den Mittelstand. Deshalb muss man diese Gefahren im Auge behalten und, Herr Kollege Schmiedel, kann man nicht nur immer „Highspeed“ sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Es geht um die Rahmenbedingungen, die Ordnungspolitik. Da wäre es doch wünschenswert, wenn beispielsweise auch in der Landesverwaltung Voraussetzungen geschaffen würden. Wo steht denn, Herr Ministerpräsident, Ihre Verwaltung bei 4.0? Sie können zwar – Sie haben das beschrieben – Ihre Pizza vom Sofa aus bestellen, aber können Sie auf diese Weise auch einen Bauantrag abgeben? Auf diesem Gebiet bekommen Sie bestenfalls ein Dokument im PDF-Format zum Ausdrucken. Man kann auf diese Weise kein Auto zulassen und auch kein Gewerbe anmelden.

Darf ich Ihnen einmal die Antwort von service-bw auf eine Anfrage eines jungen Mittelständlers, der sich selbstständig machen wollte, der ein Gewerbe anmelden wollte, als Originalzitat vorlesen?

*Die Anmeldung Ihres Gewerbes müssen Sie schriftlich bei der zuständigen Stelle vornehmen. Der Antrag kann nur handschriftlich unterschrieben oder mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen werden.*

*Für die Gewerbeanmeldung müssen Sie grundsätzlich das Formular „Gewerbe-Anmeldung (GewA1)“ verwenden.*

(Heiterkeit)

*Dieses liegt in Ihrer Gemeinde aus.*



(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Herr Ministerpräsident, sieht so die digitale Revolution in der Landesverwaltung aus?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ansonsten finden sich in Ihrer Rede altbackene Beispiele wie „Maßanzug als Stangenware“. Herr Ministerpräsident, diese Technologie gibt es schon seit dem Jahr 2002. Sie arbeitet mit Laserscannern und heißt „Cut For You“.

Zudem gab es noch die eine oder andere etwas skurrile Anregung. Wenn Herr Oettinger nach Ludwigsburg zum Tanzen kommt, soll es mir recht sein. Er ist auch sonst in Baden-Württemberg immer willkommen. Daher mutet die Einladung etwas eigenartig an. Ich darf zitieren:

*Deshalb werde ich auf den neuen Digitalkommissar der Europäischen Union, Günther Oettinger, zugehen und ihn in seiner neuen Funktion nach Baden-Württemberg einladen.*

Herzlichen Glückwunsch! Aus unserer Sicht haben Sie realistische Chancen, dass er eines Tages einmal wieder vorbeikommt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Kommen wir zu Ihrer Fünfpunktestrategie. Erstens: Sicherheit und Vertrauen. Zu „Sicherheit und Vertrauen“ habe ich schon einiges gesagt. Es geht darum – das schreiben Sie selbst bzw. haben es vorgetragen –, dass Betriebsgeheimnisse gerade auch beim Mittelstand geschützt werden müssen. Gut, aber welchen Sinn macht es bei der Verfolgung dieses Ziels, wenn die Vorsitzende Ihrer Fraktion über den Abbau von Stellen beim Landesamt für Verfassungsschutz schwadroniert? Meine Damen und Herren, wir brauchen dieses Landesamt für Verfassungsschutz auch für die Datensicherheit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Punkt 2: starke Wirtschaft. Gut, auch das ist eine ordnungspolitische Aufgabe. Aber wir stellen fest, dass die Wirtschaft von dieser Landesregierung nicht gestärkt wird, sondern dass Sie ständig nur irgendwelche Pläne wälzen, um der Wirtschaft Knüppel zwischen die Beine zu schmeißen, wie beispielweise ein Gesetz zum Bildungsurlaub. Lassen Sie ab von solchen Plänen!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

In der Großen Koalition in Berlin wird mittlerweile darüber diskutiert, dieses Paket von Grausamkeiten für die Wirtschaft zu entschärfen. Beispielsweise hat Frau Hasselfeldt von der CSU erklärt, das Vorhaben mit der Quote sollte man vielleicht noch einmal überdenken oder verschieben. Es hat ja schon eine Reihe solcher Volksbeglückungsmaßnahmen wie die Mütterrente, die Rente mit 63, den Mindestlohn etc. gegeben.

Auch Ihre eigene Partei auf der Bundesebene, Herr Ministerpräsident, hat zwar jetzt ihre Steuerpläne aus dem Bundestagswahljahr abgespeckt, aber so, wie ich es verstanden habe, soll immer noch ein bisschen was an Steuererhöhungen vertreten werden.

Zu all dem würden wir die Stimme des Ministerpräsidenten des starken Bundeslands Baden-Württemberg gern hören. Wir würden gern hören, was Sie davon halten, was die Große Koalition mit der Wirtschaft macht, und wie Sie die neuen Steuerpläne Ihrer Partei auf der Bundesebene bewerten.

Es sollen – davon sprach ich schon – gezielt Unternehmensgründungen auf dem Feld der digitalen Wirtschaft gefördert werden. Ich halte das für ordnungspolitisch höchst problematisch; ich habe das schon erläutert. Im Übrigen ist mir auch nicht klar, wo dann die Abgrenzung beginnt. Welche Abgrenzung haben Sie? Ich glaube nicht – da fällt einem wieder Ihr Unwort „Innovationspeitsche“ ein –, dass es Aufgabe der Landespolitik ist, der Wirtschaft vorzugeben, in welche Richtung sie geht. Das entscheidet sie schon selbst. Insbesondere die Digitalisierung hat eine solche Kraft, dass die Wirtschaftspolitik dort nicht hinterherzurrennen und diese durch Subventionen anzuschieben braucht. Bleiben Sie bei der Ordnungspolitik! Unterlassen Sie solche Eingriffe in den Wirtschaftskreislauf!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ihr Leuchtturmprojekt „Cloud Computing“ ist, glaube ich, keine Landesaufgabe, sondern wäre bei den Kammern deutlich besser aufgehoben.

Ihr drittes Stichwort ist „Bildung und Wissenschaft“. Da waren wir uns nach meinem Verständnis einig. Wir waren uns, glaube ich, über alle Fraktionen hinweg einig, dass es die Aufgabe der Landespolitik ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass junge Menschen an diesem Prozess der digitalen Revolution teilnehmen können. Dazu passt aber nicht gerade gut, Herr Kultusminister Stoch – vielleicht überdenkt er es ja gerade –, dass man den Abiturienten nun den grafikfähigen Taschenrechner verbietet. Ist das ein Beitrag zur Digitalisierung?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Zum Thema „Medienbildung als Leitperspektive“. Vielleicht hätte man im Land Baden-Württemberg am Anfang besser über diese Leitperspektive als über andere Leitperspektiven diskutiert. Aber wir sind ja schon zufrieden, wenn es auch andere Leitperspektiven gibt und diese anderen Leitperspektiven zumindest gleichrangig sind. Denn eine Gleichrangigkeit der Leitperspektive Medienbildung mit dem, was Sie bisher zu diesem Thema zu sagen hatten, ist immerhin schon ein Fortschritt, den wir würdigen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Im Übrigen sind wir irritiert über die Weigerung des Kultusministeriums bzw. der Landesregierung, dem Informatikunterricht mehr Gewicht im Bildungsplan zu geben. Das wäre ein positiver Beitrag. Aber wie wir feststellen, ist das Ganze bei Ihnen nur gut für Regierungserklärungen, und wenn man sich dann die Praxis betrachtet, sieht es anders aus.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Sie haben im Bildungsbereich auch an anderen Stellen die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Weshalb blockieren Sie oder zumindest die Beamten des Kultusministeriums die Bildungscloud, eine einheitliche Bildungsplattform, sowie ein Vergütungssystem für Autoren und Verlage? Eine gemeinsame Bildungsplattform von Kultusministerium und Unternehmen wurde abgelehnt, Herr Ministerpräsident. Aufgrund dessen werden in diesem Bereich am Ende nur noch die Konzerne übrig bleiben, die der Kollege Schmiedel aufgezählt hat – Amazon usw. –, und die mittelständischen Anbieter bleiben in diesem Bereich auf der Strecke. Das kann keine vernünftige Politik für unser Land Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das vierte Stichwort: „Ländlicher Raum: grenzenlos daheim“. Ich darf zitieren:

*Eine der Stärken unseres Landes liegt in unserem starken ländlichen Raum ...*

Herr Ministerpräsident, wenn das so ist, warum erzählt dann Ihr Wirtschaftsminister von zuwachsenden Tälern?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Genau!)

*Bei uns haben 70 % der Haushalte Anschluss an das Hochgeschwindigkeitsinternet. Damit liegen wir deutlich vor Bayern, ...*

Damit feiern Sie zu Recht das Land Baden-Württemberg. Aber das ist die wahre Erblast. Das haben Sie verschwiegen. Sie kommen immer nur dann auf die Leistungen der Vergangenheit zu sprechen, wenn es angeblich Lasten sind, während Sie sich zu dem, was die ehemaligen Landesregierungen geleistet haben, den Orden selbst ans Revers heften.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Er hat sich doch ausdrücklich bei Herrn Späth bedankt!)

Hier schmücken Sie sich mit fremden Federn, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Es ist klar, dass nicht die Frage zu beantworten ist, wie wir auf eine Versorgung von 70 % kommen, sondern die Frage, wie wir auf eine Versorgung von 100 % kommen. Da tun Sie – Kollege Wolf hat es schon beschrieben – eindeutig zu wenig.

Fünftes Stichwort: ökologische Modernisierung. Ich darf erneut zitieren:

*Die Produktion in der intelligenten Fabrik der Zukunft muss daher auch die intelligente Nutzung von Ressourcen beinhalten und darf nicht noch größere Mengen der Stromproduktion absorbieren. Energie- und Rohstoffverbrauch auf der Basis von Industrie 4.0 erheblich zu reduzieren, das ist unser Ziel.*

Herr Ministerpräsident, dafür brauchen Sie aber auch eine intelligente Energiepolitik. Da reicht es nicht aus, immer nur über das Aufstellen von Windrädern zu sprechen. Sie haben

in der ersten Jahreshälfte 2014 ein einziges Windrad in Baden-Württemberg eröffnen dürfen. Herzlichen Glückwunsch! Aber das ist keine intelligente Energiepolitik. Da müssen wir doch endlich einmal die Stärken unseres Landes nutzen. Anstatt über das Aufstellen von Windrädern müssen wir über Energieeffizienz und -speicherung reden. Auch das sind Voraussetzungen für die Digitalisierung im Sinne dessen, was Sie hier selbst verlangt haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Fazit, Herr Ministerpräsident: Der Kollege Mack hat in der vergangenen Woche festgestellt, dass Sie einen neuen Redenschreiber eingestellt haben.

(Zuruf von den Grünen: Jetzt kommt's!)

Das hat man dieser Regierungserklärung auch angemerkt. Die Rede war – ich habe es schon beschrieben – ein Sammelsurium einiger alter Hüte, sie beinhaltete eine ganze Reihe von Allgemeinplätzen und offenbarte eine wirklich über weite Strecken erstaunlich blinde Technikgläubigkeit, ein mangelndes Gespür für die Gefahren der Digitalisierung, insbesondere für den Mittelstand, ja am Ende im Grunde eine ausgeprägte Mittelstandsfeindlichkeit dieser Strategie. Herr Ministerpräsident, diese Regierungserklärung hat das Land Baden-Württemberg keinen Millimeter weitergebracht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Dr. Schmid.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein großer Vorteil der Digitalisierung ist: Gesagtes bleibt erhalten, und Daten sind schnell verfügbar.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Ich kann Ihnen da auch gleich ein konkretes Beispiel geben: Der Kollege Peter Hauk erklärte im Mai 2011 in diesem Haus, die neue Landesregierung – ich zitiere – „nicht an wohlfeilen Reden, sondern an harten Fakten messen“ zu wollen. Damals hat der Kollege Hauk die Arbeitsmarktzahlen und das Bruttoinlandsprodukt als Fakten genannt. Sie haben sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, harte Fakten gewünscht, und diese sollen Sie auch bekommen.

Erstens: Beim Bruttoinlandsprodukt gab es im Land ein Plus von 2,2 % im ersten Halbjahr 2014; im Bundesdurchschnitt waren es 1,7 %. Wir liegen deutlich darüber.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Trotz der Regierung!)

Zweitens: Die Arbeitslosenquote lag im September 2014 im Land bei 4 % und damit unter dem Wert zum Zeitpunkt des Regierungswechsels.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Trotz Grün-Rot! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Ich würde sagen, lieber Herr Hauk: Das sind die Fakten dank überzeugender grün-roter Politik.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Sie sehen an diesen harten Fakten:

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Diese Regierung redet nicht nur, sie arbeitet, und vor allem liefert sie Ergebnisse.

Das gilt gerade auch für das heutige Thema: die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die ganze Welt redet darüber, wir machen sie möglich.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Zuruf: Sie machen es erst möglich? – Abg. Winfried Mack CDU: „Wir machen den Weg frei“! – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle?

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Ja wohl.

**Abg. Andreas Deuschle** CDU: Vielen Dank, Herr Minister, für das Zulassen der Zwischenfrage.

Nachdem wir gerade bei Daten und Fakten sind: Können Sie mir vielleicht sagen, wie hoch die Investitionen der jetzigen Landesregierung im Bereich der Breitbandversorgung – wir sprechen ja gerade über die Digitale Agenda – in den Jahren 2013 und 2014 sind? Im Vergleich dazu: Wissen Sie, wie hoch die entsprechenden Ausgaben der alten Landesregierung in den Jahren 2008 bis 2011 waren?

(Zuruf der Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE)

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Ich wollte nachher auf diesen Punkt noch eingehen. Sie bekommen aber vorher natürlich das Ergebnis. Aufgrund des Konjunkturprogramms waren die Ausgaben in der vorigen Legislaturperiode hoch. Wir haben das Konjunkturprogramm verstetigt. Die 11 Millionen € pro Jahr, die Sie im KIF eingestellt hatten, haben wir verstetigt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bei Ihnen steckt da kein politischer Wille dahinter!)

Wir legen im Doppelhaushalt 2015/2016 noch einmal jährlich 20 Millionen € drauf. Das heißt, wir haben die Mittel für die Breitbandvernetzung verdreifacht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das ist ein weiteres Beispiel, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die Aussage: Wir reden nicht darüber, wir handeln.

Das Bezeichnende beim Auftritt des Kollegen Wolf war ja zum einen die Beschwörung der Vergangenheit. In der Vergangenheit zählen allenfalls noch Späth und Oettinger; Mapus kommt besser nicht mehr vor.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Das Zweite, das auch sehr bezeichnend war: Zum ersten Mal hat die CDU in dieser Legislaturperiode im Landtag von Baden-Württemberg das Thema Digitalisierung für sich entdeckt. Bis zum Eingang der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten am Montag haben Sie das Thema verschlafen. Keine Aktuelle Debatte, kein Fraktionsantrag, keine Große Anfrage, kein Haushaltsantrag zu dem Thema!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Volker Schebesta und Andreas Deuschle CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe eingangs gesagt: Das Gute an der Digitalisierung ist, dass man alles schnell nachlesen kann.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nach dreieinhalb Jahren!)

Der einzige Antrag der CDU zum Thema Digitalisierung, der in dieser Legislaturperiode bisher eingebracht wurde, betrifft die Digitalisierung des Bibliotheks- und Archivguts. Das ist ein wichtiger Teil, aber, meine Damen und Herren, Sie sehen: Sie haben dieses Thema verschlafen, während wir es seit 2011 angegangen sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Und welchen Antrag haben Sie eingebracht? – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU – Glocke der Präsidentin)

Deshalb, lieber Kollege Wolf, sind die vier Punkte, die Sie genannt haben, auch alle Punkte, über die man gar nicht mehr reden muss; denn daran arbeiten wir schon mächtig.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Genau!)

Als ich mir das angehört habe, kamen mir schon Zweifel, was Sie denn gemacht haben, als Sie in der letzten Zeit im Land unterwegs waren – außer Gedichte vortragen.

Gehen wir die Punkte einmal einen nach dem anderen durch.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Sie fordern großmächtig die Einrichtung eines digitalen Forschungszentrums Baden-Württemberg. Da frage ich Sie: Wissen Sie denn nicht, was das KIT schon alles leistet? Wissen Sie denn nicht, was die Fraunhofer-Institute in Karlsruhe und in Stuttgart schon leisten? Reicht Ihnen das nicht aus? Wollen Sie etwa nach dem Vorbild französischer Industriepolitik große zentrale Einheiten schaffen? Nein, ich glaube an die dezentrale Forschungsinfrastruktur, an die Clusterpolitik dieses Landes.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich bin zusammen mit der Landesregierung in der Tradition von Ferdinand von Steinbeis unterwegs,

(Staatssekretär Ingo Rust: Auch im ländlichen Raum!)

dem es nämlich darum ging,

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)



(Minister Dr. Nils Schmid)

auch bei der anbrechenden Industrialisierung in Württemberg die Dezentralität, die Anwendungsorientierung, den Mittelstand zu fördern. Genau in diesem Sinn setzen wir

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

die Digitale Agenda für Baden-Württemberg um und nicht im Sinne von irgendwelchen Leuchtturmprojekten,

(Staatssekretär Ingo Rust: Luftschlösser!)

die in der Realität dann nichts anderes als Luftschlösser sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Staatssekretär Ingo Rust: Sehr gut! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Wer war gegen Datenspeicherung und Digitalisierung? Das waren Sie!)

Ein zweites Beispiel – ein nettes Beispiel – ist die Verkehrs-App. Kollege Schmiedel hat darauf hingewiesen: Es war diese Regierung, es war der Kollege Winfried Hermann, der die Verkehrsleitzentralen in der Region Stuttgart zusammenschaltet hat,

(Abg. Peter Hauk CDU: Seitdem ist es schlechter!)

damit Sie aktuelle Informationen über die Verkehrslage in der Region bekommen. Wir gehen noch einen Schritt weiter: Diese App wird gerade erweitert um die Frage – das ist schon in der Entwicklung, schon in Auftrag gegeben – alternativer Routen und um die Frage des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks von gewählten Verkehrsmitteln. Sie sehen: Auch dies muss man uns nicht aufgeben, sondern es ist in der Mache im Rahmen unserer Landesinitiative Elektromobilität II. Auch hier handelt das Land schon.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Deuschle?

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Ja.

**Abg. Andreas Deuschle** CDU: Vielen Dank, Herr Minister, für das Zulassen der zweiten Zwischenfrage. – Nehmen Sie zur Kenntnis – –

(Abg. Martin Rivoir SPD: WLAN-Karte vergessen? – Vereinzelt Heiterkeit)

– Ich musste kurz in einen Faktencheck treten. Deshalb konnte ich meine Frage nicht sofort stellen.

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die CDU-Fraktion mit den Anträgen Drucksachen 15/4854, 15/3650 und 15/3419 aus meiner Sicht mindestens drei Anträge zum Thema „Digitale Infrastruktur“ gestellt hat? Denn Sie haben vorhin gesagt, wir hätten mit Ausnahme des Antrags zum Bibliothekswesen keinen einzigen Antrag zu diesem Thema gestellt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

**Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid:** Ich freue mich über diese weiteren Anträge zu Einzelthemen. Wir sind die Ersten – das war das Verdienst dieser Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident Kretschmann –,

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie sind ja sonst nie da!)

die in einer Gesamtschau diese digitale Strategie für Wirtschaft und Gesellschaft erarbeitet haben.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Haben Sie jetzt vorher die Wahrheit gesagt oder nicht?)

Deshalb gehe ich gern auf die weiteren Vorschläge des Kollegen Wolf ein, um deutlich zu machen, dass in dieser Gesamtstrategie das, was Ihnen wichtig ist, auch schon umgesetzt wird.

Thema Krebstherapie: Natürlich schließe ich mich auch namens der Landesregierung den Glückwünschen des Fraktionsvorsitzenden an Herrn Professor Hell für den Nobelpreis an. Aber noch viel wichtiger ist, dass wir dort, wo wir zuständig sind, die Voraussetzungen dafür schaffen werden, dass das Deutsche Krebsforschungszentrum Heidelberg ein internationales Spitzenzentrum für individualisierte Krebstherapie sein wird. Wir hatten das NCT 2.0. Da geht es um die Tumorforschung. Das ist erfolgreich gelaufen. Das Wissenschaftsministerium und mein Haus sind in der Vorbereitung einer Kabinettsvorlage für das NCT 3.0. Das wird in den nächsten Wochen auch veröffentlicht werden. Wir warten da auf die Zusage des Bundes für die entsprechende Kofinanzierung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Fehlt nur noch der Wirtschaftsminister 2.0!)

Wir stehen bereit, um genau dieses Thema in der guten Tradition der schon geleisteten Arbeit fortzusetzen. Also gilt auch hier: Wir reden nicht nur darüber, wir handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Und schließlich: Bei den Breitbandnetzen haben wir – das hat Herr Deuschle ja schon nachgefragt – die Mittel erstens verstetigt, zweitens erhöht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wer denn? – Abg. Peter Hauk CDU: Wer? – Abg. Volker Schebesta CDU: Der Haushalt ist noch nicht genehmigt!)

Unter Vorbehalt der Zustimmung des Landtags werden wir die Mittel verdreifachen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wer hat es bisher gemacht? – Weitere Zurufe von der CDU)

Wichtig ist mir dabei aber Folgendes: Es geht einerseits um den Mitteleinsatz, um die Erhöhung der Mittel. Ich bin zuversichtlich, dass zumindest die Regierungsfaktionen da mitmachen werden.

(Lachen des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Das andere ist aber – ich verweise auf den Vergleich mit Bayern –: Wir müssen auch aufpassen, dass wir in einem Punkt nicht zu unbürokratisch werden, nämlich dass wir munter Gelder für nicht ganz so zukunftsweisende Technologien wie das Kupferkabel bereitstellen. Es ist kein Selbstzweck, mit Landesmitteln irgendetwas im Breitbandbereich zu fördern, sondern wir müssen dann schon auf Glasfaser gehen.



(Minister Dr. Nils Schmid)

Deshalb bin ich dem Kollegen Bonde sehr dankbar, dass er zum einen diese Mittelaufstockung in seinem Haushalt vorhat, aber zum anderen auch, dass er zusammen mit den Kommunen und den Zweckverbänden, die sich da bilden, genau überlegt: Was sind da die zukunftsweisenden Investitionen? Denn eines ist klar: Der Einsatz von Kupferkabel wird nur eine Zwischenphase sein. Wenn wir über das Breitbandnetz der Zukunft reden, dann reden wir über Glasfasertechnologie. Deshalb muss dieses Programm auch so ausgerichtet sein, dass man nicht nur viel Geld ganz schnell raushaut, sondern dass man es auch an der richtigen Stelle in Baden-Württemberg investiert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn wir jetzt fragen, was die Stärken und die Aufgaben des Landes bei der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft sind, dann stechen zwei besonders hervor: Das eine ist die Digitalisierung der Produktion – „Industrie 4.0“ als Stichwort.

Wichtig ist dabei: Auch wenn wir da leicht von der vierten industriellen Revolution reden, ist es doch eher eine Evolution als eine Revolution, die mit einer Erfindung, einem Gerät, einer bahnbrechenden Erneuerung verbunden wäre. Deshalb ist es auch wichtig, dass wir nicht in Angstdiskurse verfallen, Herr Dr. Rülke, sondern darauf verweisen, dass diese Entwicklung schon läuft. Industrie 4.0 findet in den Fabriken des Landes schon statt.

Deshalb werden die Unternehmen im Land – und übrigens auch deren Belegschaften – von diesen Entwicklungen nicht überrollt, sondern sie haben die Chance, sie mitzugestalten. Für diese Unternehmer und Beschäftigten ist die Digitalisierung kein abstrakter Diskurs. Sie ist in der Produktionsplanung, in der Logistik, in den Werken, in den Arbeitsabläufen längst angekommen. Wenn man, wie ich es getan habe, durch die Lande reist und die Unternehmen und die Forschungseinrichtungen besucht, weiß man, dass dies schon Teil der Realität ist.

Dabei wird auch eines deutlich: Digitalisierung hilft den Unternehmen im Land dabei, ihre traditionellen Stärken weiter auszubauen – von der Produktions- und Automatisierungstechnik, dem Anlagenbau in die Anwendung von Informationstechnologie. Die Wege werden kürzer, Arbeitsschritte greifen reibungslos ineinander. Wo früher Listen und zahlreiche Handgriffe nötig waren, reicht heute ein einfaches Wischen über das Smartphone.

Dank Assistenzsystemen lassen sich Einzelteile präzise und schnell montieren. Für die Beschäftigten bedeutet das auch eine Entlastung. Das kann auch eine Entlastung von monotonen Tätigkeiten bedeuten.

Deshalb gilt unter dem Strich: Die Unternehmen in Baden-Württemberg werden effizienter, sie werden flexibler, ihre Wettbewerbsfähigkeit steigt, und vor allem: Sie können an der Schnittstelle zum Kunden auf dessen Wünsche noch besser eingehen. Damit ist eines klar: Die Digitalisierung gerade in der Produktion ist eine Riesenchance für unsere Wirtschaft.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Ausgangsvoraussetzungen sind gar nicht so schlecht. Bei uns sind die Unternehmen zu Hause, die Industrie 4.0 Wirklichkeit werden lassen. Auf der nationalen Plattform „Industrie 4.0“ gibt es 14 Akteure; acht davon sind Unternehmen aus Baden-Württemberg.

Bei uns sind auch die Ingenieure gefragt, wenn es darum geht, intelligente Lösungen für Produktionsanlagen der Zukunft zu planen und zu entwickeln. Die Maschinenbauer sind gefragt, wenn es darum geht, diese Anlagen zu bauen. Die IT-Unternehmen sind gefragt, wenn es um den Austausch von Daten und darum geht, die neuen Produktionssysteme sprechen lernen zu lassen.

Wir haben mit den Clustern – Mikrosystemtechnik BW, Photonik –, mit den anwendungsorientierten Forschungsinstituten – insbesondere den Fraunhofer-Instituten –, mit den Hochschulen – ich denke an das KIT, aber auch an andere Einrichtungen – beste Grundlagen, dass diese Digitalisierung der Produktionsverfahren aus Baden-Württemberg in die ganze Welt ausstrahlen kann. Damit ist klar: Das wird der neue Exportschlager unseres Landes werden.

Schauen wir uns an, welche Begriffe in der letzten Zeit in die englische Sprache Eingang gefunden haben. Das war vor einiger Zeit der Begriff „Waldsterben“. Dann kam „Energie-wende“ dazu. Und jetzt ist „Industrie 4.0“ in der deutschen Schreibweise gerade dabei, in die großen Weltsprachen Englisch und Französisch einzudringen.

Das zeigt doch: Das kommt aus Deutschland, das kommt aus Baden-Württemberg. Wir sind gefordert und aufgefordert, die Digitalisierung der Wirtschaft zu gestalten. Deshalb glaube ich daran: Wir müssen diese Jahrhundertchance für die Industrie und den Mittelstand in Baden-Württemberg entschlossen nutzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Damit dies klappt, brauchen wir drei Ansätze, die spezifisch auch für das Land wichtig sind. Es geht darum, den kleineren und mittleren Unternehmen Zugang zu Industrie-4.0-Themen zu ermöglichen, sie zu sensibilisieren – nicht dass sie meinen, das sei erst ein Thema für die übernächste Generation. Nein, das findet schon statt. Dieses Sensibilisieren geht am besten über Austausch, Vernetzung und Lernen von erfolgreichen Vorbildern.

Dem gilt auch die Allianz Industrie 4.0, die ich ins Leben gerufen habe, über die wir mit Workshops in Kooperation mit dem VDMA und Kammern insbesondere die kleineren und mittleren Unternehmen informieren wollen, sie gewinnen wollen – nicht über Vorträge allgemeiner Art, sondern über konkrete Anwendungsbeispiele.

Wir wollen aber auch, dass die Forschungsinfrastruktur in Baden-Württemberg, die anwendungsorientierte Forschung dieses Thema aufgreift. Da hat der Ministerpräsident die richtigen, die wichtigen Beispiele genannt. Das Forschungszentrum Informatik wird zu einer anwendungsorientierten Sicherheitsagentur insbesondere für den Mittelstand ausgebaut. Wir schaffen mit dem „House of IT“ eine Innovationspartnerschaft zwischen der Forschung und der IT-Branche.

(Minister Dr. Nils Schmid)

All dies zeigt, dass das zweite große Thema, das den Wettbewerbsvorteil von Baden-Württemberg bei der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ausmacht, auch bei uns läuft. Das ist nämlich die Sicherheit, die Verschiedene von Ihnen zu Recht angesprochen haben. Es wird darum gehen, dass gerade ein Mittelständler, der seine Produktionsdaten, seine Konstruktionspläne in einer Cloud ablegt, sicher sein kann, dass nicht andere darauf zugreifen können. Andernfalls wird er es nämlich nicht machen.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir auf europäischer Basis solche Cloud-Lösungen erarbeiten und in entsprechende Sicherheitslösungen und Sicherheitstechnologien investieren. Dafür wurden allein aus dem Etat meines Hauses von 2011 bis 2013 etwa 25 Millionen € für den gesamten IT-Bereich ausgegeben. Dafür wollen wir über den Doppelhaushalt 2015/2016 ebenfalls allein aus dem Etat meines Hauses 33 Millionen € ausgeben. Hinzu kommen erhebliche Mittel aus dem Wissenschaftsministerium für die Forschung.

Das zeigt: Wir nehmen das Thema in der Sache ernst. Wir setzen das Thema aber auch im Haushalt entlang der Vorgaben der Schuldenbremse und unter Beachtung der notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen um.

Damit ist klar: Industrie 4.0 und Sicherheitsthemen, die insbesondere hinsichtlich der Produktion eine Rolle spielen, werden die zentralen Elemente für eine wirtschafts- und industriepolitische Strategie von Baden-Württemberg sein, um die Digitalisierung in der Wirtschaft voranzubringen.

Als Drittes kommt hinzu: Die Produktion wird nicht nur effizienter, sondern es ändern sich auch die Anforderungen an die Fachkräfte maßgeblich, die Arbeitswelt ändert sich, und wir brauchen Aus- und Weiterbildung. Dafür ist das Bildungszeitgesetz gar nicht das schlechteste Instrument. Denn wir werden im Bildungszeitgesetz die berufliche Weiterbildung mit einem sehr hohen Stellenwert verankern. Jeder Unternehmer, der seinen Beschäftigten beispielsweise ein SAP-Modul zur Schulung angedeihen lässt, hat das Bildungszeitgesetz erfüllt.

Insofern ist das, was wir vorhaben, auch ein Schwung für die berufliche Weiterbildung – gerade für die Themen, die für die Beschäftigten und die Unternehmen in Zukunft besonders wichtig sein werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Deshalb haben wir neben den technologischen und den wirtschaftlichen Fragen – den Fragen der Geschäftsmodelle – die Arbeitswelt, die Qualifizierung der Beschäftigten, die Veränderungen in den Arbeitsabläufen, auch die möglichen Risiken, die dadurch entstehen können, in unsere Strategie mit einbezogen. Deshalb sitzt bei der Allianz Industrie 4.0 eben auch die IG Metall mit am Tisch. Diese Regierung betreibt Wirtschaftspolitik auf Augenhöhe – mit den Arbeitgebern, aber auch den Arbeitnehmern in guter Sozialpartnerschaft. Denn es geht darum, das, was die Stärke unseres Landes ausmacht, nämlich die Qualifizierung der Beschäftigten, auch in die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft hineinzutragen.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren: Das Land steht auch bei der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft gut da. Das belegen die harten Fakten, und das ist das Ergebnis des Zusammenwirkens von erfolgreichen Unterneh-

men, von Forschungseinrichtungen und natürlich auch des Einsatzes dieser Landesregierung.

Deshalb wollen wir diesen Kurs fortsetzen und sicherstellen, dass Baden-Württemberg die Chancen der Digitalisierung entschlossen nutzt, dass unser Land bei Industrie 4.0 Vorreiter in Europa bleibt. Denn wir wollen den digitalen Wandel gestalten, anstatt nur zu reagieren. Wir wollen die Regierung sein, die dafür sorgt, dass die Unternehmen, die Beschäftigten in Baden-Württemberg den anderen den entscheidenden Schritt voraus sind, damit wir, das Land, auch in Zukunft vorn bleiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Rede war vom Niveau her ein „Commodore 64“!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Wolf das Wort.

**Abg. Guido Wolf** CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Schmid, den bemerkenswertesten Satz, den Sie gerade gesagt haben, zitiere ich gern:

*Die ganze Welt redet darüber, wir machen sie möglich.*

Sie haben sich dabei auf die Bewältigung der Herausforderungen der digitalen Revolution bezogen.

Ich muss gestehen: Mit Blick darauf, dass dies heute nach dreieinhalb Jahren die erste wirtschaftspolitische Regierungserklärung des Ministerpräsidenten war, die auch Ihnen die Chance gegeben hat, erstmals dazu zu sprechen, fand ich diese Einschätzung etwas überheblich.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Staatssekretärs Ingo Rust)

Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sich zumindest auf Nachfrage korrigieren. Sie haben nämlich gesagt, von der CDU-Fraktion habe es keine Anfragen und keine Anträge zu diesem Thema gegeben, wir seien erst jetzt auf diesen Trichter gekommen.

Es gibt aber nachweislich Anfragen und Anträge von uns zur digitalen Infrastruktur und zu Smart Grid. Ganz aktuell gibt es den Antrag des Kollegen Felix Schreiner mit der Überschrift „Digitale Infrastruktur in Baden-Württemberg“.

Meine Damen und Herren, so ist es, wenn man nur nach Stichworten recherchiert, ohne über notwendiges Fachwissen zu verfügen.

(Oh-Rufe von der SPD)

Das zeigt, dass neben der Befähigung zum Umgang mit dem Internet in der Bildungspolitik Bildung und Wissen unersetzlich bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Verehrter Herr Minister, selbstverständlich anerkenne und respektiere ich die von Ihnen konkret genannten Punkte, die auf den Weg gebracht worden sind, wenngleich ich an dieser Stelle zu etwas mehr Demut raten möchte. Sie sagen wie auf

(Guido Wolf)

Knopfdruck, Sie hätten die Mittel verdreifacht, um dann auf Nachfrage nachlegen zu müssen: Wir planen dies für den nächsten Haushalt unter dem Vorbehalt, dass der Landtag dem zustimmen wird.

Insofern rate ich zu ein bisschen mehr Realitätssinn, ein bisschen mehr Demut sowie mehr Kraft und Engagement beim Angehen der Herausforderungen, die sich aufgrund dieser Thematik stellen. Das stünde der Landesregierung gut an.

(Beifall bei der CDU)

Verehrte Frau Kollegin Sitzmann, einen der letzten Sätze Ihrer Rede habe ich besonders gut in Erinnerung. Sie haben gesagt:

*Wir sind ... gut aufgestellt. Wir werden so weiterarbeiten, ...*

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist eine Drohung!)

Das klingt fast ein bisschen bedrohlich. Ich möchte darum bitten, dass wir Anregungen, Zukunftsentwürfe, Ideen und Konzeptionen, die über das hinausgehen, was wir heute haben, nicht immer in erster Linie als Angriff begreifen, sondern als Chance, um in diesem Land auch weiterhin Zukunft zu schreiben. Das muss die Botschaft sein.

Wenn Sie den Vorschlag im Hinblick auf die Krebsforschung stereotyp damit beantworten, wir seien in Baden-Württemberg hervorragend aufgestellt, dann kann ich nur sagen: Nur gut zu sein darf nicht unser Maßstab bleiben. Wir wollen in Baden-Württemberg bei diesen Zukunftsthemen besser werden.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe durch die Zwischenfrage des Kollegen Dr. Schmidt-Eisenlohr gern zur Kenntnis genommen, dass es zumindest in der Fraktion GRÜNE Zustimmung zu der Idee geben mag, eine Denkfabrik zu den Folgen der Digitalisierung zu errichten.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Ich halte das für einen wertvollen Ansatz, weil das Chancen für Gemeinsamkeiten ergäbe, liebe Kollegin Lindlohr.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Mit Zuhören haben Sie es nicht so!)

Sich allein darauf zu beziehen, dass früher einmal etwas passiert ist, was Sie vielleicht zu Recht kritisiert haben – Sie dürfen mir eine größere Kritikfähigkeit unterstellen, als Sie das gemeinhin tun –, öffnet nicht den Blick nach vorn. Das wäre die beste Basis dafür, zu sagen: Das ist ein guter Vorschlag; da machen wir mit. Gemeinsamkeit kann bei dieser großen Herausforderung der Schlüssel zum Erfolg sein.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Mit Blick auf Sie, Herr Minister Schmid, möchte ich in ganz besonderer Weise auf die notwendige Balance zwischen den Zentren und Großstädten einerseits und den ländlichen Räumen andererseits hinweisen. Ich nehme jetzt nicht Bezug auf frühere Aussagen von Repräsentanten dieser Landesregierung.

Es ist mir aber wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Balance zwischen Stadt und Land,

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Das ist jetzt das Pathos!)

die Tatsache, dass es in Baden-Württemberg kein Stadt-Land-Gefälle gibt, immer in besonderer Weise Bestandteil der Erfolgsgeschichte Baden-Württembergs war. Wir sind gut beraten, diese Balance auch in der Zukunft einzuhalten und zu bewahren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei dem, was ich von manchem aus den Regierungsfractionen gehört habe, überwiegt nach meinem Eindruck die Selbstzufriedenheit. Selbstzufriedenheit befördert jedoch Rückschritt, während Ehrgeiz den Fortschritt mobilisiert.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Dass Sie ehrgeizig sind, wissen wir!)

Wenn man das parteipolitische Geplänkel, das es an einem solchen Tag aus allen Fraktionen dieses Hauses auch ritualisiert geben mag, einmal ausblendet und sich darauf zurückzieht, auf das Gemeinsame zu rekurrieren, wenn wir die Kraft aufbringen, die Vorschläge der Gegenseite nicht schlechtzureden,

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Welche?)

sondern aufzunehmen und aus allem gemeinsam ein Paket zu schnüren, dann haben wir die Chance in diesem Haus, die riesengroße Herausforderung der digitalen Revolution in einer gemeinsamen Kraftanstrengung anzugehen. Dafür will ich werben und plädieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU)

Kollege Schmiedel hat dazu fast einen guten Satz geprägt. Wenn man diesen Satz etwas umstellen würde, würde er noch besser. Kollege Schmiedel hat am Schluss gesagt:

*So regiert man ein gutes Land.*

Ich wünsche mir an dieser Stelle die selbstbewusste Aussage: So gut regiert man ein Land.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Zurufe der Abg. Andrea Lindlohr und Jörg Fritz GRÜNE)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Sitzmann das Wort.

**Abg. Edith Sitzmann GRÜNE:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich stehe dazu: Baden-Württemberg ist gut aufgestellt. Das ist auch wichtig. Baden-Württemberg ist bei der Digitalisierung bzw. bei Industrie 4.0 nicht nur gut dabei, sondern unsere Wirtschaft bzw. unsere Unternehmen treiben diese Entwicklung weltweit mit voran. Das ist gut so. Daran können Sie auch nicht herumkritteln. Davon gehe ich zumindest aus.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)



(Edith Sitzmann)

Selbstverständlich ist klar, dass das eine rasante Entwicklung ist und dass man sich niemals auf dem Erreichten ausruhen kann. Das gilt für jedes Unternehmen in Baden-Württemberg.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Nur für die Regierung nicht!)

Das müssen wir aber keinem Unternehmen in Baden-Württemberg sagen. Die Unternehmen wissen das nämlich selbst. Das gilt selbstverständlich auch für die Politik, die Landesregierung.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Echt?)

Wir haben anhand einer Vielzahl von Aspekten in dieser Debatte beleuchtet, worum es bei der Digitalisierung geht. Das ist ein wirtschaftspolitisches Thema. Das ist ein Thema, das sicherlich den zukünftigen Erfolg der baden-württembergischen Wirtschaft prägen wird. Dadurch wird aber auch die Arbeitswelt komplett umgestaltet werden. Der Kollege Schmiedel hat darauf und auch auf die Gefahren prekärer Beschäftigungsverhältnisse hingewiesen.

Beispielsweise wird mit Telearbeit, die in unserer Finanzverwaltung bereits besteht, eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht. Aber es besteht das Risiko, dass man infolge der Telearbeit von einer Arbeits- und Kommunikationskultur innerhalb einer Verwaltung oder eines Unternehmens abgehängt wird. Telearbeit kann auch dazu führen, dass praktisch nie Feierabend ist. Das Thema Work-Life-Balance spielt beim Thema „Arbeitsbedingungen der Zukunft“ eine entscheidende Rolle.

All das sind Themen, die uns auch in Zukunft beschäftigen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Heute kann doch niemand behaupten, dass wir alle Implikationen, die mit dieser Revolution bzw. dieser herausragenden Entwicklung einhergehen, schon hinreichend abgedeckt hätten.

Das gilt selbstverständlich auch für die Technikfolgenabschätzung, Herr Kollege Wolf. Es gibt nach wie vor noch Technikfolgenabschätzung. Die damals CDU-geführte Regierung hat zwar die Akademie für Technikfolgenabschätzung abgeschafft, es gibt jedoch an der Uni in Stuttgart, am Fraunhofer ISI in Karlsruhe sowie am ITAS des KIT Technikfolgenabschätzung. Wir werden diese im Zusammenhang mit dieser Technologie auch in Zukunft brauchen.

Meine Damen und Herren, selbstverständlich hören wir gern, dass Sie sich für eine Balance zwischen Stadt und Land einsetzen. Das tun auch wir – dies habe ich an verschiedenen Beispielen deutlich gemacht –, und zwar sowohl bei der Struktur unserer Hochschullandschaft als auch beim Thema Breitbandinfrastruktur. Selbstverständlich gilt das auch für den gesamten Bildungsbereich. Das ist auch einer der Hauptgründe, warum wir regionale Schulentwicklung machen. Für jedes Kind, egal, wo in Baden-Württemberg es wohnt, soll ein guter Schulabschluss auf den unterschiedlichen Niveaus erreichbar sein. Unsere Stärke liegt darin, dass es in Baden-Württemberg nur strukturstarke und keine strukturschwachen Räume gibt.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Echt?)

Meine Damen und Herren, wir sind nicht selbstzufrieden, wir sind aber selbstbewusst.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das verwechseln Sie mit selbstgefällig!)

All das, was Minister Schmid aufgezeigt hat, gibt uns allen Grund dazu. Trotzdem werden wir uns auch in Zukunft nicht auf Erreichtem ausruhen. Man muss vielmehr ständig dranbleiben. Das gilt für die Wirtschaft, und das gilt für die Landespolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

**Abg. Claus Schmiedel SPD:** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Rülke, ich habe über die digitalen Riesen in den USA nicht verklärt berichtet, sondern nur versucht, die ökonomischen Verhältnisse und damit auch die ökonomische Macht, die sich hinter dieser Entwicklung verbirgt, aufzuzeigen. Da gibt es natürlich Handlungsbedarf. Diese Problematik lösen wir nicht im Landtag von Baden-Württemberg. Wir müssen jedoch darauf hinweisen.

Wenn beispielsweise der Europäische Gerichtshof urteilt, dass Google das Recht auf Vergessen zu respektieren hat, dann kann es nicht ins Belieben von Google selbst gestellt sein, was gelöscht und was nicht gelöscht wird. Es muss jemanden geben, der das regelt. Wir haben also an dieser Stelle jede Menge Regelungsbedarf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Deshalb ist eine wachsame und kritische, keine verherrlichende Diskussion über diese Entwicklung notwendig.

Man darf dabei natürlich die Chancen, die sich hinter dieser Thematik verbergen, nicht unterschlagen. Wenn es mit diesen digitalen Techniken möglich ist, dass Pflegebedürftige länger selbstständig bleiben und in ihrer eigenen Umgebung leben können, dann begrüßen wir das. Wenn es möglich ist, dass sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen, weil Arbeitsverhältnisse sich von dem gebundenen Arbeitsplatz in der Firma lösen, dann unterstützen wir das natürlich.

Dies betrifft ganz klar den Mittelstand. Niemand kommt auf die Idee, zu sagen, dass wir Bosch oder Festo helfen müssen. Wir müssen vielmehr dafür sorgen, dass die großen Player, die ihr Know-how entwickelt haben,

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

mit den Mittelständlern zusammenkommen. Die Kommunikationsstruktur, die der Ministerpräsident und Minister Schmid angesprochen haben, ist eine große Herausforderung. Wir müssen versuchen, speziell dort, wo Mittelständler einen Nachteil gegenüber den Großen haben, diesen Nachteil – nicht mit der Gießkanne, Kollege Rülke – auszugleichen,

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

(Claus Schmiedel)

sodass die Mittelständler weiter dranbleiben können. Letztlich geht es doch um die Frage: Wer hat den Hut auf?

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Wenn wir nichts unternehmen, dann bestimmt die Software auch bei denen, die klassische industrielle Produkte, die künftig intelligenter sind, herstellen. Wir wollen aber, dass sich alle Unternehmen eigenständig weiterentwickeln. Dazu brauchen sie Unterstützung. Da muss sich der Facharbeiter wiederfinden, der dranbleiben will. Aber auch ein mittelständisches Unternehmen ohne eigene große Forschungsabteilung braucht Unterstützung, damit die Forschungsarbeiten bewältigbar sind und vorankommen. Das sind die richtigen Ansätze. Deshalb können sich alle in diesem Landesprogramm bei dem, was auf Landesebene zu lösen ist, wiederfinden.

Herr Kollege Wolf, Sie haben gesagt, wir sollten nicht überheblich sein. Ich habe bewusst nicht gesagt: „So gut regiert man ein Land“, sondern ich habe gesagt: „So regiert man ein gutes Land.“ Wenn Sie aber zum Schluss der Meinung sind, dass wir das Prädikat „gut“ auch vor das Regieren stellen sollen, dann nehmen wir das dankbar an. Es ist immer besser, wenn andere einen als gut beurteilen, als wenn man dies selbst tut.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

**Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke** FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch einige wenige Anmerkungen zu dem machen, was noch hinzugekommen ist. Der Wirtschaftsminister hat euphorisch über die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts berichtet. Diese Entwicklung ist in der Tat erfreulich. Diese Entwicklung führt auch zu den Steuereinnahmen, die es Ihnen trotz hoher Ausgaben hoffentlich im Jahr 2016 ermöglichen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ist jedoch ganz sicher nicht auf das Regierungshandeln der grün-roten Koalition zurückzuführen, meine Damen und Herren,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber natürlich!)

sondern ist das Verdienst der Unternehmen in Baden-Württemberg und der Menschen, die in diesen Unternehmen arbeiten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Man kann, glaube ich, dieser Debatte für die Erkenntnis darüber dankbar sein, wie widersprüchlich Sie im Zusammenhang mit dem Ausbau der Breitbandversorgung argumentiert haben. Zunächst haben Sie erklärt: „Das machen wir schon. Die wirtschaftlichen Erfolge und die Erfolge bei der Digitalisierung sind unsere Erfolge. Denn wir geben viel mehr Geld aus als die Vorgängerlandesregierung.“ Nach der entsprechenden Zwischenfrage mussten Sie aber einräumen, dass es sich lediglich um eine Absichtserklärung handelt, vorbehaltlich der Zustimmung des Landtags. Wir gehen davon aus, dass diese kommen wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na also! Wo ist dann das Problem?)

Wenn Sie das Geld anschließend ausgegeben haben, können Sie sich auch dafür loben. Sie können hier aber nicht einerseits erklären, die Wirtschaft laufe wunderbar, das sei Ihr Verdienst, weil Sie so viel Geld für die Breitbandversorgung ausgeben, und andererseits geben Sie hinterher zu, dass dies lediglich ein Vorhaben für die Zukunft sei. Meine Damen und Herren, das ist eine unredliche Argumentation.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich bin Kollegin Sitzmann dankbar, dass sie zugegeben hat, dass es trotz der Schließung eines Standorts noch Technikfolgenabschätzung gibt. Es ist nicht entscheidend, dass jeder Standort erhalten bleibt. Entscheidend ist vielmehr, dass es die Möglichkeiten zur Technikfolgenabschätzung gibt. Ich würde mir ganz konkret wünschen, dass die Landesregierung Einfluss darauf nimmt; denn eine Folgenabschätzung für das Verhältnis von Mittelstand und Datensicherheit – das kann ich nicht oft genug wiederholen – ist notwendig.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das Thema „Mittelstand und Datensicherheit“ wird zentral sein. Wie Kollege Schmiedel eingeräumt hat, geht es nicht, dass man einfach nur vorausmarschiert und sagt: „Das wird schon alles“, wenn gleichzeitig klar ist, dass viele Mittelständler, die sich auf die Digitalisierung einlassen, möglicherweise von ihren Geschäftsgeheimnissen, von ihren Innovationen nichts mehr geheim halten können.

Herr Kollege Schmiedel, Sie haben richtiggestellt, Sie hätten die ökonomische Macht dieser Riesen nicht verklärt dargestellt, sondern Sie hätten nur auf den Sachverhalt hingewiesen. Okay. Wenn Sie jedoch auch nur darauf hinweisen, dann ist schon klar, welches Machtungleichgewicht zwischen diesen ökonomischen Riesen und dem Mittelstand in Baden-Württemberg besteht. Deshalb ist es wichtig, bei der Frage Industrie 4.0, bei der Frage der digitalen Revolution nicht nur die Chancen zu sehen – das auch –, sondern auch die Risiken.

Hierfür brauchen wir eine ausgewogene Strategie, die insbesondere berücksichtigt, dass sich die strukturelle Benachteiligung des Mittelstands gegenüber den Riesen, die Sie genannt haben, durch die digitale Revolution möglicherweise noch verstärkt. Deshalb kann es nicht die Aufgabe einer Landesregierung sein, eine Schlüsselinnovation, die ohnehin bereits mit Macht vorandrängt, noch weiter zu schieben. Sie muss vielmehr die richtigen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen setzen.

Herr Kollege Schmiedel, wenn Sie sich nun mit dem Kollegen Wolf über die Frage, ob das Land oder die Regierung gut beurteilt sind und wer was für sich in Anspruch nimmt, auseinandersetzen, kann ich Ihnen nur sagen: Es ist nicht das Entscheidende, ob Sie selbst sich gut beurteilen,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hat uns gut beurteilt!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

auch nicht, ob Kollege Wolf Sie gut beurteilt, sondern das Entscheidende ist, ob diese Regierung in der Realität gut arbeitet. Da sind Sie die Einzigen, die zu diesem Urteil gelangen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD: 62 % sagen, die Regierung arbeitet gut!)

**Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Punkt 1 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, habe ich noch einen Hinweis für Sie: Gleich im Anschluss findet in der Mittagspause der Plenarsitzung im Haus der Abgeordneten die Eröffnung des Ausstellungsprojekts „Faire Arbeitsmigration. Menschen – Herausforderungen – Ziele“ statt. Ich lade Sie hierzu sowie zu einem anschließenden Imbiss nochmals ganz herzlich ein.

Wir setzen unsere Sitzung nach der Mittagspause um 14:00 Uhr fort.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:51 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:00 Uhr)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

### **Regierungsbefragung**

Von der Fraktion GRÜNE wurde hierzu das Thema

H o c h s c h u l f i n a n z i e r u n g

angemeldet.

Ich erteile zunächst Herrn Abg. Dr. Schmidt-Eisenlohr das Wort.

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte heute gern das Thema Hochschulfinanzierung ansprechen. Anlass hierfür ist eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, über die wir in den letzten Tagen auch mehrfach in der Presse lesen konnten. Ich war sehr erstaunt über die Ergebnisse dieser Studie und über die Einschätzungen, die darin zum Ausdruck kommen.

In dieser Studie wurde für die Jahre 2000 bis 2011 sehr ausführlich analysiert, welche Veränderungen es in den einzelnen Bundesländern bei den Ausgaben für den Wissenschaftsbetrieb und für die Hochschulen gab. Es wurde dargestellt, wie der Bund und die Länder die Hochschullehre ausfinanzieren und welche Priorität der Hochschulbereich in den jeweiligen Landeshaushalten hatte.

Mit Erlaubnis des Präsidenten möchte ich aus einem Bericht in SPIEGEL ONLINE über diese Studie kurz zitieren:

*In zwölf der 16 Bundesländer wurde im Jahr 2011 weniger Geld pro Student ausgegeben als elf Jahre zuvor. ...*

*Neben Sachsen-Anhalt führen auch Baden-Württemberg, Berlin und Thüringen ihre Ausgaben pro Student deutlich zurück, jeweils um mehr als 2 000 € pro Jahr oder mehr als ein Fünftel.*

Die entsprechenden Tabellen in dieser Studie belegen dies sehr deutlich.

Ich bin darüber wirklich sehr erstaunt. Denn das Thema Wissenschaft stand bei der Vorgängerregierung doch immer an sehr prominenter Stelle; dies war angeblich einer der wichtigsten Bereiche.

Die Ergebnisse dieser Studie bestärken mich in der Einschätzung, die ich in vielen Debatten hierzu schon formuliert habe: Die Solidarpakte I und II waren im Grunde reine Sparpakete, die zulasten der Hochschulen und zulasten ihrer Substanz gingen, und es ist einzig den Universitäten und den anderen Hochschulen selbst zu verdanken, dass diese trotzdem auf ihrem enorm hohen Niveau geblieben sind, obwohl das Land bis zum Jahr 2011 die Ressourcen Schritt für Schritt zurückgefahren hat.

Für mich sind diese Ergebnisse keine Überraschung; sie bestätigen uns vielmehr in unserer Kritik, die wir bei den letzten Debatten bereits vorgebracht haben.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Wissenschaftsministerin, wie sie diese Aussagen bewertet und welchen Eindruck sie von den Zahlen hat, die für Baden-Württemberg besagen, dass zwischen 2000 und 2011 ein ausgesprochen starker Rückgang der Ausfinanzierung pro Studierendem stattgefunden hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Bauer das Wort.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die erwähnte Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung ist mir bekannt, und ich habe sie mit großem Interesse gelesen. Sie hat auch bundesweit einen erheblichen Niederschlag in der Presse gefunden.

Ich habe diese Studie in meinem Haus noch einmal prüfen lassen. In der Tat ist in dieser Studie, die in Zusammenarbeit mit einem bildungsökonomischen Institut angefertigt wurde, sauber gerechnet worden. Die Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung ist zutreffend: Das letzte Jahrzehnt war in vielen Ländern für viele Universitäten und andere Hochschulen kein Jahrzehnt des Fortschritts, sondern ein Jahrzehnt des Stillstands und teilweise auch des Rückschritts. Dies zeigt sich, wenn man die Entwicklung der Finanzierung – und zwar nicht nur der Grundfinanzierung, sondern auch der Zweitfinanzierung – betrachtet.

In besonderer Weise fällt hierbei Baden-Württemberg auf. Das letzte Jahrzehnt war für Baden-Württembergs Universitäten und andere Hochschulen ein Jahrzehnt des Rückschritts, was die finanzielle Basis betrifft. Ein Rückgang des Finanzierungsvolumens um 22 %, das ist enorm. Er belegt in der Tat, dass die Solidarpakte I und II Pakete waren, die zulasten unserer



(Ministerin Theresia Bauer)

Hochschulen gingen. Es waren die Hochschulen, von denen als Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushalts Solidarität verlangt wurde.

Ich fand es heute Morgen bemerkenswert, als unser Landtagspräsident im Zusammenhang mit dem Thema Digitalisierung gesagt hat, wie wichtig es sei, dass Baden-Württemberg die Nase vorn habe. Er fragte: „Bleiben wir vorn, oder werden wir zu einem beschaulichen Museumsdorf?“ In Bezug auf die Hochschulen muss man sagen: Das letzte Jahrzehnt war für die Hochschulen ein verlorenes Jahrzehnt. Da hat man so enorm an Dynamik und Geschwindigkeit verloren, dass wir jetzt mit dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag erst wieder Geschwindigkeit aufnehmen müssen. Wenn man ein Jahrzehnt lang auf der Bremse stand, ist dies aber nicht so leicht wiedergutzumachen.

Wir werden jetzt die Grundfinanzierung um 3 % erhöhen und nehmen hierzu auch frisches Geld in die Hand. Aber der Verlust an Dynamik, der im vergangenen Jahrzehnt eingetreten ist, ist wirklich beachtlich. Man muss der Konrad-Adenauer-Stiftung Respekt dafür zollen, dass sie den Mut hatte, dies in dieser Weise offenzulegen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Vielen Dank, Herr Präsident. – Nach dem Rückblick, den wir gerade hörten, Frau Ministerin, würde ich den Blick jetzt gern etwas stärker auf die Zukunft richten. Sie haben uns vor der Sommerpause mit den Eckpunkten der „Perspektive 2020“ beglückt, ja verwirrt, wenn nicht sogar regelrecht erschlagen. Es sind große Summen, die im Raum stehen. Zunächst einmal scheint es so, als seien dies die Summen, die das Finanzministerium zur Verfügung stellt.

Ich möchte Sie jedoch bitten, uns diese Zahlen etwas genauer aufzuschlüsseln. Dabei geht es mir um Folgendes: Es wird von zusätzlichen Mitteln für den Hochschulbereich gesprochen. Teilweise wird dies gleichgesetzt mit einer Erhöhung der Grundfinanzierung. Ich glaube aber, dass diese Begrifflichkeiten sauber zu trennen sind.

Ich wüsste gern, wie viel zusätzliches, frisches Geld nun eigentlich in das Hochschulwesen kommen soll. Dabei interessiert mich auch, aus welchen Quellen dieses Geld stammt und wie hoch der Anteil reiner Landesmittel dabei ist. Sie wollen offenbar Umschichtungen vornehmen und sprechen dabei von „Veredelungen“. Dies betrifft die Programmmittel sowie die Qualitätssicherungsmittel. Zudem bekommen Sie frei werdende BAföG-Mittel des Bundes.

Mit wie viel zusätzlichem Geld können die Hochschulen denn nun eigentlich rechnen? Vielleicht können Sie das noch einmal etwas detaillierter auffächern und dabei auch die Herkunft der jeweiligen Mittel benennen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Ich versuche einmal, einige Zahlen zu wiederholen. Allerdings habe ich nun nicht das gesamte Vertragswerk vor mir liegen.

Was die Eckpunkte betrifft, haben wir versucht, die Gesamtvolumina deutlich darzustellen. Wir werden in der Phase von

2015 bis 2020, also über die kommenden sechs Jahre, zusätzliche Landesmittel in Höhe von 1,7 Milliarden € einsetzen. Davon werden wir 600 Millionen € für den Hochschulbau verwenden. Nach unseren Berechnungen – das ist auch in der Stellungnahme zu einem entsprechenden Antrag dargelegt – sind bislang für den Hochschulbau durchschnittlich 220 Millionen € pro Jahr eingesetzt worden. Wir werden jährlich ein Plus von 100 Millionen € in den Hochschulbau stecken; das ergibt für die sechs Jahre in der Summe 600 Millionen € an zusätzlichen Mitteln.

Die übrigen 1,1 Milliarden €, die in diesem Zeitraum aufgebracht werden, sind sowohl Mittel für die Personalkosten, die auch künftig spitz abgerechnet werden – darin ist also bereits eine Personalkostensteigerung abgebildet –, als auch Mittel aus den Spielräumen, die durch Freiwerden der vormaligen BAföG-Mittel entstehen. Dabei rechnen wir mit jährlich 60 Millionen €.

Ebenfalls 60 Millionen € werden für den Schulbereich zur Verfügung gestellt.

Das ist übrigens eine sehr großzügige Berechnung der Spielräume, denn de facto sind die Spielräume, die im Landeshaushalt frei werden, erst einmal kleiner. Es sind nicht 120 Millionen €, die frei werden. Über den Betrag von 120 Millionen € werden wir tatsächlich erst im Jahr 2022 verfügen. Tatsächlich werden derzeit nur 71 Millionen € frei. Wir verteilen aber zuvor schon 60 Millionen € plus weitere 60 Millionen € in den Hochschul- und in den Schulbereich.

Alle weiteren zusätzlichen Mittel, die wir aufbringen werden, sind schlicht und einfach Steuermittel. Da zeigt sich die Prioritätensetzung, die wir zugunsten des Hochschulbereichs vornehmen.

Jenseits dieser zusätzlichen Mittel wird ein relevanter Anteil darin bestehen, dass wir bisherige Zweitmittel, wie sie im Programm „Hochschule 2012“ vorgesehen waren, sowie Qualitätssicherungsmittel sukzessive in Grundfinanzierungsmittel umwandeln. Aber das ist eben kein zusätzliches Geld, sondern das ist „Veredelung“ von Mitteln, die bislang projektgebunden waren, in Mittel für die Grundfinanzierung.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Frau Ministerin, wenn ich das jetzt richtig gehört habe, reservieren Sie 600 Millionen € für den Hochschulbau, ferner rund 400 Millionen € für Energiekosten bei den Unis und 120 Millionen € für die Medizinischen Fakultäten. Das bedeutet doch, dass keine 10 % der Gesamtmittel mehr für die für das Land so wichtigen und in der gesamten Fläche hervorragend arbeitenden Hochschulen für angewandte Wissenschaften übrig bleiben.

Ich habe den Eindruck, dass es da so ein bisschen in Richtung Brotkrümelreste geht. Es würde mich schon einmal interessieren, wie diese Verteilung jetzt konkret ausschauen soll. Vor allem würde mich interessieren, wie jetzt genau diese Aufteilung auf die einzelnen Hochschularten erfolgen soll, nach welchem Verteilerschlüssel Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Duale Hochschule, PHs, Musikhochschulen letztlich Mittel bekommen sollen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** „Brotkrümel“ ist jetzt für mich etwas Neues,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das sind ganz kleine Teile von einem Großen!)

was Sie im Zusammenhang mit dem Hochschulfinanzierungsvertrag – –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Aufteilung im Verhältnis zu den Hochschulen!)

Es gibt in Deutschland kein Land, das eine solche Kraftanstrengung wie wir unternimmt, seine Hochschulen besser aufzustellen. Deshalb können Sie gern schauen, ob Sie ein anderes Bundesland finden, wo es eine ähnliche Dimension gibt und das wirklich den Anspruch und die Empfehlung des Wissenschaftsrats umsetzt, die Grundfinanzierung jährlich um 3 % zu erhöhen. Es gibt kein anderes Land, das das tut.

Bei der Frage, wie sich das auf die einzelnen Hochschularten auswirkt, sind wir mitten im Gespräch. Wir haben eine erste Runde der Gespräche mit allen Hochschularten durchgeführt und entwickeln die Berechnungen gerade weiter. Selbstverständlich ist das keine ganz banale Frage, weil eine Universität im Verhältnis zu den Zweitmitteln und zu den Ausbaumitteln eine andere Relation in der Grundfinanzierung hat, als dies z. B. ein Standort der Dualen Hochschule hat. Die Duale Hochschule hat – so sage ich einmal – ein sehr viel ungünstigeres Verhältnis zwischen Grundfinanzierung und Ausbaumitteln. Deswegen ist die dreiprozentige Erhöhung der Grundfinanzierung für eine Universität eine andere frohe Botschaft als für einen Standort der DHBW oder auch für eine HAW.

Dies in Rechnung gestellt, werden wir selbstverständlich erstens dafür sorgen, dass Ausbaumittel und Zweitmittel auch in Zukunft zur Verfügung stehen, sodass keine Hochschulart schlechtergestellt wird als bislang, und zweitens werden wir Leistungen verstetigen, die bislang nur kurzfristig bereitgestellt wurden. Nehmen Sie als Beispiel einmal das Ausbauprogramm 2012. Ursprünglich vorgesehen war, dass es 2017 langsam zurückgebaut wird. Die ersten Rückbaulinien haben sogar schon früher eingesetzt. Wir werden den Stand des Ausbauprogramms über die gesamte Laufzeit des Hochschulfinanzierungsvertrags verstetigen. Das bedeutet auch, dass Stellen, die mit einem k.w.-Vermerk versehen waren, zumindest für einen bestimmten Zeitraum weiter verlängert werden, sodass man im Bereich der Personalpolitik andere Perspektiven als bislang hat.

Deswegen ist es wichtig – das gilt übrigens für alle Hochschulen –, dass man am Ende nicht nur schaut, wie viel frisches Geld ins System kommt, sondern dass man natürlich auch schaut, wie und mit welchen Kautelen versehen das Geld ins System kommt.

Das, was als Grundfinanzierung ankommt, ist anders zu verwenden – z. B. für eine beständige Personalpolitik – als z. B. das, was an Programmmitteln und Projektmitteln zeitlich befristet in die Hochschulen hineinfließt. Deswegen haben wir immer Wert darauf gelegt: Dass es frisches Geld gibt, ist eine wichtige und gute Botschaft, die wir mitbringen, aber die „Veredelung“ von Zweitmitteln in Grundfinanzierung ist es genauso.

Deswegen: Ich kann Ihnen zum heutigen Zeitpunkt nicht sagen, wie sich das in Zahlen genau in jeder Hochschulart niederschlagen wird, weil wir uns bei diesen Gesprächen erst am Anfang befinden. Aber ich kann Ihnen sagen, 3 % plus bei der Grundfinanzierung wird für alle gelten, und es wird eine positive Perspektive für alle und keine Schlechterstellung für irgendeine Hochschulart geben.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr das Wort.

**Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE:** Heute Morgen haben wir vom Vertreter der CDU in der ersten Runde schon einiges an Ideen gehört. Da fiel vor allem das Wort „Exzellenz“. Die Exzellenzinitiative ermöglichte ja vom Bund her einen wichtigen Finanzfluss. Es gibt auch noch andere Finanzflüsse vom Bund, die für uns relevant sind. Wenn vom Vertreter der CDU hier im Landtag so vehement gefordert wird, dass man in Zukunft noch mehr auf diesen Bereich achten müsse, würde mich in diesem Zusammenhang natürlich interessieren, wie es mit dem „Hochschulpakt 2020“ aussieht und ob es denn schon verlässliche Aussagen vom Bund dazu gibt.

Das Thema Programmpauschalen ist da ein ganz, ganz heißes Eisen. Gibt es schon irgendwelche Zeichen vom Bund, wie man mit diesem für uns sehr wichtigen Thema umgehen möchte? Ein Land wie unseres, in dem sehr gute Forschungsleistungen erbracht werden, ist hier natürlich auf eine strategische und zukunftsweisende Ansage dringend angewiesen. Können Sie dazu einiges sagen?

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Vielen Dank für diese Frage. – Ich sehe dieses Thema in der Tat mit einer gewissen Sorge. Das betrifft sowohl die Verhandlungen zur Verlängerung des „Hochschulpakts 2020“ als auch die Verhandlungen zur Zukunft der Programmpauschalen. Beim „Hochschulpakt 2020“ handelt es sich bei den Finanzierungen pro zusätzlichem Studienanfänger, ausgehend von dem Niveau des Jahres 2005, um relevante Summen. Wir hatten eigentlich auf Arbeitsebene in den Verhandlungen zwischen dem Bund und den Ländern die Fortsetzung des Modells weitgehend durchverhandelt. Dann hat der Bund aber die Fortsetzung der Verhandlungen gestoppt, weil er die Frage der Hochschulpaktförderung an die Thematik der Programmpauschalen gebunden hat.

Die Programmpauschale ist die Komponente der Overheadfinanzierung für eingeworbene Forschungsprojekte. Das sind 20 %, die bislang vom Bund für erfolgreich eingeworbene Forschungsprojekte gezahlt werden. Das ist in der Tat für Baden-Württemberg von enormer Bedeutung. Das ist auch deshalb so, weil unsere Universitäten im Wettbewerb sehr erfolgreich abschneiden. Das macht im Moment eine Summe von knapp 50 Millionen € aus, die über diese Programmpauschalen nach Baden-Württemberg kommt.

Der Bund stellt sich zurzeit auf den Standpunkt: Wir werden in Zukunft die 20-prozentige Finanzierung dieser Programmpauschalen nur fortsetzen, wenn die Länder zusätzlich 5 % der Finanzierung übernehmen.

Es wäre den Universitäten, den Hochschulen insgesamt zu gönnen, wenn die Programmpauschalen noch weiter steigen würden. Allerdings finde ich ein wenig merkwürdig, dass die

(Ministerin Theresia Bauer)

Fortsetzung der bisherigen Zahlung der Programmpauschalen daran gebunden wird, dass die Länder hier zusätzliches Geld in die Hand nehmen sollen. Sie ist in der Sache nicht begründet und bringt die Länder natürlich in eine schwierige Situation.

Union und SPD haben auf Bundesebene miteinander verhandelt, welche Spielräume sich nach der BAföG-Übernahme durch den Bund ergeben und was man mit den Geldern tun soll. Für den Hochschulbereich wurde da im Wesentlichen das Stichwort „Verbesserung der Grundfinanzierung“ genannt. Jetzt kommt der Bund hinterher und sagt: „Ihr müsst das Geld aber nehmen, um die Erhöhung der Programmpauschalen mitzufinanzieren; sonst streichen wir unsere 20-prozentige Overheadfinanzierung.“

Das ist eine enorme Verunsicherung, die da in unseren Universitäten zu spüren ist, und ich würde Sie, insbesondere die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion, hier mit Blick auf die Große Koalition im Bund bitten, darauf hinzuwirken, dass man die entsprechenden Bremsen lockert, die wohl auch in den Regierungsfractionen im Bundestag wirken. Hintergrund für diese Blockade ist ein Gutachten des Bundesrechnungshofs, das etwas älter als ein Jahr ist. Der Bundesrechnungshof hat infrage gestellt, ob der Bund diese Programmpauschalen überhaupt zahlen darf. Es handle sich dabei um eine versteckte Grundfinanzierung, und das sei deshalb nicht verfassungskonform.

Inzwischen hat die Bundesregierung freundlicherweise ein Gutachten von Prognos eingeholt, das nachgerechnet und belegt hat, dass diese 20-prozentigen Programmpauschalen keine Grundfinanzierung sind, sondern real entstehende Overheadkosten abdecken. Deshalb haben wir kein Verfassungsproblem, und es wäre sehr schön, wenn die Haushalter in den Regierungsfractionen in Berlin die entsprechenden Vorbehalte zurücknehmen würden, damit unsere Hochschulen und wir alle miteinander Sicherheit hätten. Die 20-prozentige Programmpauschale muss weitergeführt werden, und der „Hochschulpakt 2020“ muss endlich auch grünes Licht bekommen, damit wir wissen, woran wir im nächsten Jahr und in den kommenden Jahren sind.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Kurtz das Wort.

**Abg. Sabine Kurtz** CDU: Frau Ministerin, wir sehen an diesem Beispiel, dass da noch einiges im Argen ist und Sie nicht genau wissen, wie viel Geld Sie tatsächlich haben und wie viel Geld Sie ausgeben müssen. Wenn dieser 5-%-Anteil des Landes an den Programmpauschalen kommt, dann sind das auch noch einmal 2,5 Millionen €, die Sie aus dem vorhandenen Geld quasi herausschwitzen müssen.

Deswegen meine Frage: „Perspektive 2020“ läuft ab 2015. Für den jetzigen Doppelhaushalt ist ja, wenn ich das richtig verstanden habe, eine Ermächtigung vorgesehen, weil Sie bis zur Vorlage des Haushaltsplanentwurfs mit den Verhandlungen mit den Hochschulen noch nicht fertig sein werden. Das heißt, wir werden in diesem Doppelhaushalt wohl noch keine konkreten Zahlen lesen können. Bis wann kann man denn damit rechnen, dass die dreiprozentige Erhöhung der Grundfinanzierung an den einzelnen Standorten wirklich wirksam wird?

In diesem Zusammenhang eine weitere Frage: Bis wann wird das Gesetz für die Qualitätssicherungsmittel geändert worden sein, sodass es möglich sein wird, diese Mittel in die allgemeine Finanzierung zu überführen? Denn diese Mittel sind im Augenblick für die Lehre und an die Mitsprache der Studierenden gebunden. Da haben Sie noch einiges vor sich.

Also: Bis wann kann man damit rechnen, dass bei den Hochschulen wirklich Geld ankommt, wie es in den Eckpunkten avisiert wurde?

Wenn ich noch Fragen zum Bauprogramm anschließen darf: Haben Sie vor, eine Art Priorisierung vorzunehmen, ein landesweites Bauentwicklungsprogramm für den Hochschulbereich aufzulegen? Oder geht das, wie wir es bisher beobachten, ad hoc oder nach Dringlichkeit? Wie wollen Sie sicherstellen, dass die verschiedenen Hochschularten von den Baumitteln verhältnismäßig gleich profitieren? Gibt es eine Priorisierung der Baumaßnahmen, die anstehen?

Danke schön.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Lassen Sie mich dazu Folgendes festhalten:

Das, was ich bezogen auf den Finanzierungsvertrag gesagt habe, und das, was die Unsicherheiten hinsichtlich des Bundes angeht, sind zwei verschiedene Baustellen; sie hängen nicht zusammen. Wir werden den Hochschulfinanzierungsvertrag unabhängig von den Unwägbarkeiten auf Bundesebene umsetzen, und zwar mit den Eckpunkten, die wir festgelegt haben.

Wir machen in unseren weiteren Verhandlungen und bei der Umsetzung des Vertrags nichts davon abhängig, wie sich der Bund entscheidet. Das ist etwas, was zusätzlich gebraucht wird und was notwendig ist und womit die Hochschulen fest rechnen; dies hat aber nichts mit unserem Finanzierungsvertrag zu tun.

Wir werden mit der dreiprozentigen Steigerung der Grundfinanzierung im nächsten Jahr beginnen; denn die Laufzeit des Hochschulfinanzierungsvertrags startet 2015.

Wir werden den Vertrag aber nicht vor der Verabschiedung des Haushalts unterzeichnen können, und zwar nicht, weil wir bis dahin nicht fertig wären. Wir sind mit unseren Verhandlungen vollkommen im Zeitplan. Ich erwarte, dass wir sehr zeitnah nach der Verabschiedung des Haushalts den Vertrag unterzeichnen können und dann auch schnellstmöglich die Details umsetzen. Dass wir nicht noch schneller sind, liegt daran, dass wir aus Respekt vor dem Haushaltsgesetzgeber – so habe ich auch Ihre früheren Interventionen verstanden – zunächst einmal mit dem nächsten Doppelhaushalt den Rahmen durch das Parlament beschließen lassen.

Dann wird es auch Zahlen geben. Die Zahlen werden aber nicht bis auf die Ebene der einzelnen Hochschulen heruntergebrochen sein. Das können wir schlicht und einfach in dieser Kürze der Zeit nicht erledigen. Wir werden aber die allgemeinen Finanzvolumina – hoffentlich mit Ihnen zusammen – bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts mit verabschieden.



(Ministerin Theresia Bauer)

Für das Herunterbrechen der Grundfinanzierung auf die einzelnen Haushalte und auch das Verändern der Stellenpläne, was damit verbunden ist – das ist ziemlich viel Arbeit, da wir dabei alle Hochschulen mit abbilden müssen –, brauchen wir ein wenig Zeit. Wir haben vorgesehen, dafür den Ersten Nachtragshaushalt zu nutzen. Aber wir tun dies, wie gesagt, nicht deshalb erst dann, weil wir den Vertrag bis dahin nicht fertig hätten, sondern weil wir einfach einen Schritt nach dem anderen gehen müssen. Mit der Verabschiedung des Haushalts werden die Volumina festgelegt. Im Nachtrag wird dann das Herunterbrechen auf die einzelnen Haushaltspositionen erfolgen.

Jetzt habe ich, glaube ich – –

(Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

– Die Baupriorisierungsliste. Das Thema Bauen ist natürlich hochkomplex. Ich habe dabei viele Überraschungen erlebt – ich glaube, Herrn Rust ging es im MFW nicht anders –, wie bislang Baulisten und Bauvorhaben reif wurden oder nicht reif wurden, wie sie priorisiert wurden.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Wir haben ein Geflecht, ein Dickicht vorgefunden, was es für uns nicht immer ganz einfach gemacht hat.

Die Federführung für dieses Thema liegt nicht bei meinem Haus, sondern beim MFW. Wir haben aber – dafür bin ich Herrn Staatssekretär Rust und den Mitarbeitern im MFW insgesamt sehr dankbar – jetzt versucht, ein Verfahren aufzusetzen, das ein bisschen mehr Transparenz und Rationalität in die Entscheidungsprozesse hineinbringt, welche Verfahren umgesetzt werden können, welche Bauvorhaben auch auf mittlere Sicht vielleicht realisierungsreif sind. Dafür haben wir ein Verfahren aufgesetzt, das versucht, verschiedene Kriterien und Bewertungsmaßstäbe nachvollziehbar darzustellen.

Zu den Vorhaben im Bereich Hochschulbau wird das Wissenschaftsministerium immer nach seiner Beurteilung und Prioritätensetzung unter hochschulpolitischen und wissenschaftspolitischen Gesichtspunkten gefragt. Daneben gibt es aber auch andere Gesichtspunkte – z. B. Brandschutz oder sonstige Dringlichkeiten – und eben die Haushaltsspielräume. Mit dem Verfahren werden diese Kriterien erfasst, nebeneinandergestellt und in einer richtigen Weise verschränkt sowie die richtigen Prioritäten erarbeitet. Dieses Verfahren haben wir jetzt zum ersten Mal aufgesetzt. Das war eine mühsame Übung. Ich glaube aber, dass beide Häuser viel dabei gelernt haben und dass wir uns jetzt in einem Prozess befinden, der es uns ermöglicht, in Zukunft weniger subjektiv oder zufallsgebunden – oder wie auch immer die Entscheidungen früher gefallen sind – zu agieren.

Die Prioritätenliste wird also nicht in meinem Haus, sondern am Ende im MFW gemacht werden. Aber das Wissenschaftsministerium ist mittlerweile in einer ganz anderen Weise an der Erarbeitung der entsprechenden Kriterien und Beurteilungen beteiligt, als dies früher der Fall war.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Für die FDP/DVP-Fraktion erhält Herr Abg. Dr. Bullinger das Wort.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger** FDP/DVP: Frau Ministerin, Sie haben vorhin gesagt, die letzten zehn Jahre seien verlorene Jahre gewesen. Dabei schließen Sie sicherlich Ihre dreieinhalb Jahre Regierungszeit mit ein.

(Vereinzelte Heiterkeit)

Ich sehe einen Widerspruch. Denn Sie sagten auch, in den letzten zehn Jahren – einschließlich der dreieinhalb Jahre; beim Positiven kann man es auch einschließen – sei toll ausgebaut und weiterentwickelt worden. Deshalb möchte ich das einfach nicht so stehen lassen. Sie können sicherlich noch eine Begründung oder eine Ergänzung dazu liefern, wie Sie das gemeint haben.

Ich möchte vor allem eines noch einmal nachfragen: Gerade die Hochschulen für angewandte Wissenschaften haben beim Hochschulausbau sehr aktiv mitgewirkt. Deshalb befürchte ich, dass gerade diese unter dem Verteilerschlüssel leiden. Die Hochschule Heilbronn hat die Zahl ihrer Studierenden in den letzten Jahren von 4 000 – plus Campus Künzelsau und Schwäbisch Hall; Sie waren ja auch beim Jubiläum in Künzelsau – fast verdoppelt. Meine Frage: Werden diese Hochschulen für diese tolle Entwicklung nicht möglicherweise abgestraft? Was wollen Sie tun, damit das nicht erfolgt?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer:** Die Aussage mit den verlorenen Jahren bezieht sich auf das letzte Jahrzehnt, in dem wir bekanntlich leider noch nicht in der Regierung waren.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Studie bezieht sich im Wesentlichen auf den Vergleich der Jahre im Zeitraum 2000 bis 2011. Aber in der Tat, was die Grundfinanzierung anbelangt, läuft der Solidarpakt – das wissen Sie auch – noch bis Ende dieses Jahres. Wir haben den Solidarpakt nicht gekündigt und daher in der Tat in den letzten drei Jahren in diesem Punkt noch nicht korrigieren können,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

aber wir arbeiten daran.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ansonsten kann ich nur sagen: In meinem Haus haben wir versucht, diese Studie noch einmal sehr kritisch zu begutachten und zu prüfen: Ist das übertrieben? Warum geht die Konrad-Adenauer-Stiftung mit Baden-Württemberg so hart ins Gericht? Wir haben in der Tat den Eindruck, dass die Zahlen weitgehend belastbar sind.

Man kann eines relativierend hinzufügen – das möchte ich Ihnen nicht vorenthalten –: Dass sich die Ausgaben pro Studierenden in Baden-Württemberg relativ gesehen so ungünstig entwickelt haben, hat auch etwas damit zu tun, dass in Baden-Württemberg die Zahlen der Studierenden besonders stark gestiegen sind, auch weil die Duale Hochschule Baden-Württemberg im Laufe des letzten Jahrzehnts in die Statistik aufgenommen wurde. Das kann man sicher relativierend sagen; es verändert aber die Bewertung in der Gesamtbilanz nicht.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Keine Benachteiligung? Sehr stark gewachsen!)

(Ministerin Theresia Bauer)

Ein weiteres Thema: Sie haben die Befürchtung geäußert, dass bei der Umsetzung unseres künftigen Hochschulfinanzierungsvertrags diejenigen Hochschulen benachteiligt werden, die besonders stark gewachsen sind. Wir werden alles dafür tun, dass dies nicht passiert. Wir halten die Schwerpunktsetzung, die auch in den Ausbaujahren vorgenommen wurde und dazu beigetragen hat, dass nämlich die HAWs und die Duale Hochschule in einer besonders starken Weise gewachsen sind, für richtig. Wir wollen dies nicht korrigieren, sondern wir halten die Schwerpunktverlagerung für richtig und auch für beispielgebend für andere Länder. Deswegen werden wir z. B. Kapazitäten nicht zurückverlagern von den Hochschulen für angewandte Wissenschaften hin zu den Universitäten. Vielmehr wollen wir diese Gewichtung beibehalten.

Wir werden sicherlich Lösungen finden müssen für die besonderen Personalprobleme, die sich bei diesen beiden besonders stark gewachsenen Hochschularten ergeben haben. Ich kann Ihnen noch nicht im Detail erklären, wie wir diese Probleme lösen werden; das ist auch Gegenstand der Gespräche mit dem Finanzministerium. Aber klar ist: In den Hochschularten, die besonders gewachsen sind, ist im Bereich der Sekretariate und der Verwaltung insgesamt – es betrifft übrigens sehr viele nicht wissenschaftliche Arbeitsverhältnisse – die Befristungsproblematik besonders groß bzw. die Situation besonders prekär.

Für diese Hochschulen müssen wir eine besondere Regelung finden. Das ist aber darstellbar, das ist regelbar. Das braucht einen gewissen Mut. Wenn man am Ende die Summen zieht – ich möchte Sie nicht schimpfen hören, dass wir in Baden-Württemberg in diesem Bereich Stellen ausweiten –, werden die Zahlen nicht klein sein, die nötig sind, damit wir da erkennbar Korrekturen einbauen können. Sie sind nötig, sie werden eine gewisse Kreativität und auch Vertrauen in unsere Hochschularten verlangen.

Lassen Sie sich versichert sein: Ich finde, die Differenzierung unserer Hochschullandschaft ist hervorragend. Ich glaube, dass die Schwerpunktsetzung, die getroffen wurde, richtig ist. Wir werden diese fortsetzen. Wir schätzen jede unserer Hochschularten auf ihre eigene Art. Keine soll abgestraft werden, sondern jede soll eine positive Perspektive bekommen. Wir werden die unterschiedlichen Ausgangslagen in der Abbildung des Vertrags berücksichtigen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Damit ist das Thema im Landtag ausreichend behandelt. – Vielen Dank, Frau Ministerin.

Wir kommen zum zweiten Thema, angemeldet von der FDP/DVP-Fraktion:

L ö s c h u n g v o n E - M a i l s

Ich darf Herrn Abg. Dr. Kern ans Rednerpult bitten.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe insgesamt drei Fragen an die Landesregierung:

Erstens: Nach Medienberichten hat die Landesregierung einen Rechtsanwalt mit der Erstellung eines Gutachtens zur Abwägung der Rechte des Landtags gegen das Recht des Minis-

terpräsidenten a. D. Mappus auf Datenschutz betraut. Sodann entschied die Landesregierung, die E-Mails des Ministerpräsidenten a. D. zu löschen, das Urteil des VGH Mannheim umzusetzen. Wie viele Seiten umfasst das Gutachten, und was hat das Gutachten gekostet?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Dr. Kern, jetzt haben Sie noch weitere Fragen in diesem Duktus angekündigt. Vielleicht ist es klug, ausnahmsweise schon jetzt die zwei weiteren Fragen zu stellen, damit man im Kontext eine Antwort bekommen kann, wenn Sie jetzt solche Nachfragen an die Regierung richten. Vielleicht ist das klüger. Ansonsten wäre es ein dauerndes Hin und Her. Es ist vielleicht besser, Sie machen es in einem Zug.

**Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP:** Das mache ich selbstverständlich gern, Herr Präsident.

Zweite Frage: Warum hat die Landesregierung nicht die qualifizierten Juristen im Justiz- oder im Staatsministerium zur Begutachtung herangezogen?

(Beifall des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Dritte Frage: Wie wird die Landesregierung nun mit den E-Mail-Postfächern des Referatsleiters a. D. im Staatsministerium, Dr. Michael Pope, des Leiters a. D. der Abteilung I im Staatsministerium, Michael Kleiner, des Medienberaters Dirk Metz, der Ministerin a. D. Tanja Gönner und des Ministerialdirektors a. D. Bernhard Bauer verfahren?

Ganz herzlichen Dank.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Krebs das Wort.

**Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Abg. Dr. Kern! Zu Ihrer ersten Frage: Ich kann Ihnen nicht sagen, wie viele Seiten das Gutachten umfasst und wie viel es gekostet hat. Ich habe das Gutachten selbst nicht gelesen. Das hat bei uns die zuständige Abteilung gelesen. Ich kenne eine inhaltliche Zusammenfassung der Ergebnisse. Auch die Kosten sind mir nicht bekannt.

Zu Ihrer zweiten Frage: Die Entscheidung, wie mit dem Gerichtsurteil umgegangen wird, ist bei uns auf der Arbeitsebene in der zuständigen Abteilung I gefällt worden. Der Staatssekretär war über die Entscheidung informiert. Ich persönlich war daran nicht beteiligt

(Abg. Manfred Hollenbach CDU: Das gibt es ja nicht! – Weitere Zurufe von der CDU)

und kann Ihnen deshalb zum Entscheidungsverlauf zwischen Justizministerium und Gutachtenerteilung keine Auskunft geben.

Ich kann Ihnen zu Ihrer dritten Frage sagen, dass die Frage, wie mit den Postfächern ehemaliger Mitarbeiter zu verfahren ist, auf der Grundlage des Urteils derzeit geprüft wird. Zu den Postfächern von Frau Gönner und Herrn Bauer kann ich Ihnen nichts sagen. Das fällt nicht in die Zuständigkeit des Staatsministeriums.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Ministerin, können wir so verfahren, dass die Antworten auf die Fragen zum Umfang und zu den Kosten schriftlich nachgereicht werden?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hat Herr Drautz immer so gemacht!)

**Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs:** Gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Nun hat für die CDU-Fraktion Herr Abg. Dr. Löffler das Wort.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Frau Ministerin, Sie haben, nachdem Sie das Gutachten von Herrn Professor Birk gelesen hatten, gesagt, am 29. dieses Monats solle die Löschung der Daten erfolgen. Dann haben Sie gesagt, am 17. dieses Monats solle die Löschung erfolgen.

Jetzt fällt mir auf, dass ein ehemaliger Richter, der bei Ihnen im Staatsministerium aus- und eingeht, der rechtswidrig Informationen zum Untersuchungsausschuss „Schlossgarten II“ bekommt – rechtswidrig deshalb, weil ihm die Informationen nach dem UIG nicht zustehen; so steht es im Beschluss des VG Stuttgart –, vor dem VGH Mannheim Beschwerde gegen diesen Beschluss eingelegt hat. Über diese Beschwerde wird wahrscheinlich am Donnerstag entschieden. Jetzt warten Sie bis zum 17. dieses Monats ab.

Steht Ihre Entscheidung, dass die Löschung am 17. zu erfolgen hat, in irgendeinem Zusammenhang mit der Beschwerde des ehemaligen Richters gegen den Beschluss des VG Stuttgart?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich habe gerade vor wenigen Minuten gesagt, dass ich das Gutachten nicht gelesen habe, sondern lediglich eine inhaltliche Zusammenfassung der Ergebnisse kenne. Dann fragen Sie mich: Haben Sie das Gutachten gelesen? Ich weise darauf hin: Ich habe das Gutachten nicht gelesen, und ich habe keine Löschungstermine oder Ähnliches angekündigt – nur um das noch einmal richtigzustellen.

Ich kann Ihnen trotzdem etwas zu der Terminlage sagen. Die Löschung war ursprünglich für den 29. September angekündigt. Dazwischen kam die Anfrage aus dem Untersuchungsausschuss nach Herausgabe der Informationen, dann die Prüfung mit der Einschaltung des Rechtsanwalts Professor Dr. Birk. Das Ergebnis wurde uns am 6. Oktober von Professor Dr. Birk übermittelt. Danach gab es die Entscheidung, jetzt die Löschung umzusetzen. Der Termin wurde zuerst auf den 29. Oktober 2014 gelegt. Das war der frühestmögliche Termin wegen einer Delegationsreise des zuständigen Abteilungsleiters.

Nachdem von den Rechtsanwälten des ehemaligen Ministerpräsidenten Mappus angekündigt wurde, gegen diesen Termin wiederum rechtlich vorzugehen, hat der Abteilungsleiter die Delegationsreise abgesagt. Es geht um die Delegationsreise nach Wien. Die Löschung ist nun auf den 17. – ich glaube, das ist der Freitag dieser Woche – terminiert.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Binder das Wort erteilen.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Frau Ministerin, ist es richtig, dass die Landesregierung angeboten hat, dieses Gutachten dem Untersuchungsausschuss zu übergeben, und es dann die Möglichkeit gibt, die Anzahl der Seiten zu zählen?

**Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs:** Ich weiß jetzt nicht, ob es eine Ankündigung gab, das Gutachten weiterzugeben. Ich weiß nur, dass der zuständige Regierungsbefragte, der den Auftrag hat, dem Ausschuss zur Verfügung zu stehen, umfangreiche und vollständige Informationen angekündigt hat und dem selbstverständlich nachkommen wird. Ich werde ihn gern noch einmal darauf hinweisen, dass es ein Interesse an der Seitenzahl des Gutachtens gibt.

(Zuruf: Und an den Kosten!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Löffler das Wort.

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Frau Ministerin, auch auf die Gefahr hin, dass Sie meine Frage wieder nicht beantworten: Sie haben diesem ehemaligen Richter Unterlagen zum Untersuchungsausschuss „Schlossgarten II“ übermittelt, angeblich weil das Umweltinformationsgesetz Sie dazu ermächtigt.

Jetzt sagt das VG Stuttgart, Sie sind gar nicht aktenführende Stelle und dürfen gar keine Unterlagen zum Untersuchungsausschuss „Schlossgarten II“ herausgeben. Sie dürfen auch keine Privatkorrespondenz des ehemaligen Ministerpräsidenten Mappus herausgeben. Sie haben das dennoch gemacht, und Sie haben damit auch gegen § 9 Absatz 3 UIG verstoßen, wonach Sie erst erfragen müssen, ob die Informationen über personenbezogene Daten in diesen Akten zulässig sind.

Werden Sie auch künftig Informationen zum Untersuchungsausschuss „Schlossgarten II“ an Privatpersonen herausgeben und das UIG nicht beachten, oder werden Sie künftig dem Beschluss des VG Stuttgart folgen, wonach Sie überhaupt keine Informationen mehr herausgeben dürfen, weil Sie nicht aktenführende Stelle sind?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin im Staatsministerium Silke Krebs:** Herr Abg. Löffler, auch auf die Gefahr hin, dass Sie mir wieder nicht zuhören: Ich habe keine Informationen herausgegeben. Das war die zuständige Abteilung I. Mein Wissensstand zu der Thematik ist,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wer ist da politisch verantwortlich? Der Abteilungsleiter?)

dass gerade geprüft wird, wie das Umweltinformationsgesetz gehandhabt worden ist. Ich kenne noch keine Ergebnisse. Sie scheinen Sie zu kennen. Wie gesagt: Mir liegen keine Ergebnisse vor. Deswegen kann ich Ihre Bewertungen wiederum nicht bewerten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Politische Verantwortung hört sich anders an!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gibt es weitere Fragen zu diesem Thema? – Nein.

Vielen Dank, Frau Ministerin.



(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Dann kommen wir zum dritten Thema:

### Ausbaustand der Hospiz- und Palliativversorgung in Baden-Württemberg

Dieses Thema wurde von der SPD-Fraktion benannt.

Ich gebe Herrn Abg. Reusch-Frey das Wort.

**Abg. Thomas Reusch-Frey** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Frage zum Themenkomplex „Ausbaustand der Hospiz- und Palliativversorgung in Baden-Württemberg“ greift die in unserer Gesellschaft ganz aktuell geführte Debatte um die Sterbehilfe auf. Konkret geht es auf der einen Seite um die aktive Sterbehilfe und auf der anderen Seite um den assistierten Suizid. Die Grundfrage lautet: Sollen die bestehenden rechtlichen Grundlagen, die für das Ende des Lebens gelten, verändert werden? Besteht Handlungsbedarf? Und wenn Handlungsbedarf besteht: Wie sollen diese rechtlichen Grundlagen neu geregelt werden?

Auf Bundesebene ist ein intensiver Meinungsbildungsprozess im Gang. Über die Fraktionen hinweg bilden sich unterschiedliche Positionen heraus, die vor allem religiöse, wertorientierte, weltanschaulich orientierte Positionen widerspiegeln. Primär ist der Bund zuständig, aber in einem Punkt sind wir auf der Länderebene gefragt, wenn es nämlich darum geht, wie der aktuelle Stand hinsichtlich der Palliativmedizin und der Versorgung mit Hospizangeboten aussieht. Diese beiden Punkte – die Palliativmedizin in Verbindung mit den Hospizangeboten – nehmen das Thema auf, weil das Ende des Lebens oft mit Schmerzen, mit Leiden, mit Leid verbunden ist. Deshalb ist das auch mit einer Antwort auf die angesprochene aktuelle Diskussion.

Der Frau Sozialministerin gilt ein großes Lob dafür, dass sie die Hospiz- und Palliativ-Versorgungskonzeption für Baden-Württemberg vorgelegt hat. Frau Ministerin, meine Frage geht nun in die Richtung: Kann die Hospiz- und Palliativversorgung in Baden-Württemberg als angemessen betrachtet werden? An welchen Stellen gibt es Nachbesserungs- und Handlungsbedarf? Welche weiteren Schritte gedenkt die Landesregierung an dieser Stelle zu gehen?

Vielen Dank.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Altpeter das Wort.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich zu der Beantwortung der Frage komme, voranstellen, dass die Debatte um Sterbehilfe, wie sie im Moment im Bund geführt wird, zunächst einmal gar nichts mit unserer Hospiz- und Palliativversorgung zu tun hat. Hier handelt es sich um zwei komplett unterschiedliche Dinge mit einer ganz unterschiedlichen Intention.

In der Debatte um die Sterbehilfe – ob nun aktiv oder passiv oder als Hilfe zum Suizid –, wie sie zurzeit aus den Reihen des Bundestags heraus geführt wird, werden verschiedene An-

sichten, die in der Regel mit den grundlegenden ethischen, möglicherweise auch religiösen Auffassungen der jeweiligen Abgeordneten zu tun haben, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einer Fraktion vertreten. Es gibt hierzu im Bund keinen Fraktionszwang, und das halte ich auch für richtig. Das ist eine Auffassung, die ich nach wie vor vertrete, die für mich gilt, und nur für mich kann ich in dieser Situation sprechen.

Auf alle Fragen, die mit dem Beginn oder dem Ende des Lebens zu tun haben, muss jeder und jede Einzelne für sich selbst eine Antwort finden. Jeder muss in seiner Einbindung entscheiden, welche Modelle, welche Art und Weise er bevorzugt, ob er für oder gegen Sterbehilfe ist, ob er für Sterbehilfe unter bestimmten Bedingungen ist oder nicht.

Für mich – das bestimmt auch die Politik meines Ministeriums in Baden-Württemberg – gilt, dass wir uns nicht damit auseinanderzusetzen haben, ob es eine generelle Erlaubnis zur Sterbehilfe gibt, ob es die Erlaubnis gibt, zum Sterben vielleicht in die Schweiz zu fahren, oder ob es die Erlaubnis gibt, Vereine zu gründen, die Menschen anscheinend beim Sterben helfen. Vielmehr geht es für mich und uns darum, dass wir unheilbar kranken oder sterbenskranken Menschen so weit wie möglich ein schmerz- und beschwerdefreies Leben im Kreis von ihnen vertrauten und nahestehenden Menschen gewährleisten wollen.

Da geht es mitnichten um Fragen der Sterbehilfe. Vielmehr geht es darum, welche Möglichkeiten es gibt, Menschen, die von starken Schmerzen geplagt sind, die aber unheilbar krank oder auch sterbenskrank sind, zu helfen, mit diesen Schmerzen zu leben und dann zu gehen, wenn ihre Zeit gekommen ist, wenn es für sie so weit ist – und nicht etwa durch einen Eingriff von außen.

Zwei Drittel der Menschen äußern den Wunsch, zu Hause zu sterben. Im Gegensatz dazu versterben aber in der Bundesrepublik rund 70 % aller Menschen in Krankenhäusern und Pflegeheimen und nur etwa 25 % zu Hause.

Angesichts der demografischen Entwicklung, aber auch vor dem Hintergrund sich ändernder Familienstrukturen – die Zahl der kinderlosen Familien, der Singlehaushalte usw. nimmt zu – kommen auf die palliativmedizinischen und hospizlichen Versorgungs- und Ausbildungssysteme erhebliche Herausforderungen unter medizinischen, pflegerischen, aber auch psychosozialen und spirituellen Aspekten zu.

Vor diesem Hintergrund hat der Landesbeirat Palliativversorgung eine Hospiz- und Palliativ-Versorgungskonzeption für Baden-Württemberg erarbeitet, in der neben einer Istanalyse und einer Bedarfsbeschreibung die Ziele für eine Weiterentwicklung der Hospiz- und der Palliativversorgung in Baden-Württemberg beschrieben werden.

Der Ministerrat hat von der Hospiz- und Palliativ-Versorgungskonzeption in seiner Sitzung am 16. Dezember 2013 Kenntnis genommen und das Sozialministerium beauftragt, gemeinsam mit dem Landesbeirat Palliativversorgung ein Arbeitsprogramm zur Umsetzung der Hospiz- und Palliativ-Versorgungskonzeption zu erstellen, die Öffentlichkeit verstärkt über die gegebenen Versorgungsmöglichkeiten im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung zu informieren und dem Ministerrat im ersten Quartal 2015 hierüber zu berichten.

(Ministerin Katrin Altpeter)

In der Konzeption werden die derzeitigen Versorgungsangebote in Baden-Württemberg dargestellt. Das sind zunächst die ambulanten Versorgungsangebote – die allgemeine ambulante Palliativversorgung durch die Hausärzte, die spezialisierte ambulante Palliativversorgung durch Palliative Care Teams, die Brückenpflegeteams für Patienten mit Krebserkrankungen, die ambulanten Hospizdienste und die Hospizwohnungen –, aber auch die stationären Hospize, die wir in Baden-Württemberg haben. Daneben gibt sie einen Überblick über die stationären Versorgungsangebote – das habe ich schon gesagt –, die stationären Hospize, aber auch die Palliativstationen, die Palliativbetten und die palliativmedizinischen Konsiliardienste in Krankenhäusern sowie in den Einrichtungen der stationären Altenpflege mit palliativmedizinischer und pflegerischer Versorgung.

Nun haben Sie gefragt, Herr Abgeordneter, wie es weitergehen soll.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Frau Ministerin, ich muss Sie leider unterbrechen. Bei der Regierungsbefragung darf eine Antwort höchstens fünf Minuten dauern, ...

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Ach so. Entschuldigung, Herr Präsident.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** ... sonst kommen wir mit den weiteren Fragen nicht hin. Wir kommen wahrscheinlich sowieso nicht hin, wenn ich sehe, dass nur eine Stunde für die Regierungsbefragung vorgesehen ist. Wenn die Zeit nicht reicht, muss man überlegen, wie man das Thema sinnvollerweise anderswo diskutiert.

Ich habe jetzt eine Wortmeldung von der Fraktion der CDU für eine Frage. – Frau Abg. Dr. Engeser, bitte.

**Abg. Dr. Marianne Engeser** CDU: Frau Ministerin, Herr Präsident! 67 % der Deutschen – das ist das Ergebnis einer Altbach-Studie – sind für aktive Sterbehilfe. Gestern fand der Deutsche Hospiztag statt – das ist immer der 14. Oktober –, der eigentlich alle diese Energien und die Hospizbewegung bündelt, die eine Alternative zur aktiven Sterbebegleitung bieten. Deswegen finde ich, dass das Konzept der Landesregierung sehr zu begrüßen ist; ich habe es studiert. Dort ist alles Notwendige eingebunden.

Meine Frage zielt darauf: Wir haben in 21 Städten SAPV-Teams. Diese werden von Städten und Kreisen gut angenommen. Wie können wir dies – ich sage ausdrücklich „wir“, weil ich denke, dass das eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist – in allen Kreisen, besonders auch im ländlichen Raum, leisten? Wie können wir die allgemeine ambulante Palliativversorgung angesichts der zurückgehenden Hausärztezahlen leisten? Gibt es finanzielle Möglichkeiten? Das ist meine Frage an die Regierung.

Danke schön.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Vielen Dank, Herr Präsident. – Frau Engeser, wenn 67 % der Deutschen eine aktive Sterbehilfe befürworten, dann befürworten sie das meist an einem Punkt, an dem sich diese Frage noch gar nicht stellt.

Wir müssen immer noch unterscheiden. Wenn Menschen tatsächlich sehr krank sind oder auch große Einschränkungen erleiden müssen, stellt sich manches noch einmal anders dar. Deswegen auch vielen Dank für Ihre Aussagen.

Deshalb ist es für uns so wichtig, hier eine Alternative zu bieten, durch die Palliative Care Teams die Versorgung anzubieten, sodass niemand Schmerzen erleiden muss. Im Allgemeinen sind das keine Situationen, die man als schön empfindet. Ich glaube, das wissen wir alle. Aber dass jemand nicht zusätzlich schwere Schmerzen erleiden muss und entsprechend begleitet werden kann, ist für uns viel wichtiger als die Frage nach aktiver Sterbehilfe.

Sie haben gesagt, wir haben in 21 Städten eine spezialisierte ambulante Palliativversorgung. Es geht darum, wie das weiter auszubauen ist, insbesondere im ländlichen Raum. Sie haben recht: Das wird in der weiteren Umsetzung sicherlich eine Herausforderung darstellen. Denn wir müssen davon ausgehen, dass sich im ländlichen Raum nicht die Frage stellt, ob eine singuläre Gemeinde sozusagen eine Palliativversorgung vorhalten kann. Vielmehr werden sich vor allem bei der Zusammenstellung der Teams zwangsläufig räumliche Kooperationen ergeben müssen – nicht nur wegen der Frage der Hausärzte, sondern auch wegen einer guten Zusammensetzung der entsprechenden Teams. Diese bestehen ja nicht nur aus Hausärzten, sondern sind interdisziplinär zu verstehen. Das ist auch richtig so.

Vielen Dank für Ihr Angebot, mit uns gemeinsam aus der Arbeit im Sozialausschuss heraus die Themen weiterzuentwickeln, speziell in Bezug auf die Problemlagen und Herausforderungen, die dann vor Ort bestehen.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Weitere Fragen? – Ja.

Bitte, Herr Abg. Reusch-Frey.

**Abg. Thomas Reusch-Frey** SPD: Frau Dr. Engeser hat wertschätzende Worte gefunden, die wir von der SPD-Fraktion dick unterstreichen dürfen. Herzlichen Dank für die Wertschätzung der Arbeit des Sozialministeriums.

Welche hohe Verantwortung Krankenschwestern und Krankenpfleger haben, ist, denke ich, an diesen verschiedenen Feldern deutlich geworden. Deshalb frage ich: Welcher Ausbildungsstand ist in Baden-Württemberg gegeben, und welcher Handlungsbedarf besteht?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Sehr geehrter Herr Abg. Reusch-Frey, wir müssen insbesondere bei der Spezialpalliativversorgung davon ausgehen, dass eine Pflegekraft mindestens eine Fachkraftausbildung und eine entsprechende Weiterbildung in palliativer Versorgung benötigt. Denn in der Tat ist hier eine hohe Verantwortung gegeben und sind auch immer ethische Fragen zu bedenken.

Zu Ihrer Frage, ob das ausreicht: Ich denke, das kann vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der im Durchschnitt älter werdenden Bevölkerung sicher nicht genug sein. Deswegen werden wir in diesem Bereich immer einen Bedarf haben.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank. – Es gibt keine weiteren Fragen.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Doch, doch!)

– Doch. – Strecken Sie einfach, dann rufe ich Sie auf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bemerkbar machen!)

Bitte, Frau Abg. Mielich. Ihre Wortmeldung von vorhin wurde gestrichen.

**Abg. Bärbl Mielich GRÜNE:** Ja, das ist schon richtig. Ich habe jetzt aus dieser Diskussion heraus eine Zusatzfrage. Daher stimmte das mit dem Streichen.

Ich möchte gern noch einmal auf die interdisziplinären Palliative Care Teams für Kinder eingehen. Sie haben deutlich ausgeführt, Frau Ministerin, wie insgesamt die Situation für Menschen ist, die zu Hause sterben wollen, die älter sind oder alt sind, die chronisch krank sind. Aber es gibt auch den Bedarf an Palliative Care Teams für Kinder. Da stellt sich ganz besonders die Schwierigkeit, dass sie interdisziplinär zusammengesetzt sind. Auch gibt es Schwierigkeiten, diese Care Teams insgesamt überhaupt zu bilden.

Ich möchte gern wissen: Gibt es Initiativen der Landesregierung, die Sie planen, um das zu fördern?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte, Frau Ministerin.

**Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter:** Das ist in der Tat eine ganz wichtige Frage. Im Bereich der Palliativversorgung von Kindern und Jugendlichen gibt es ein sehr gutes Netz, gute ambulante Kinderpflegedienste, Kinder- und Jugendhospizdienste, die Familien und Betroffene begleiten und im Alltag Unterstützung bieten. Dort werden die Aufgaben von Ehrenamtlichen geleistet, die von qualifizierten Fachkräften ausgebildet werden und durch die deren Arbeit koordiniert wird.

Stationäre palliativmedizinische Versorgung findet in Kinderkliniken statt. Spezialisierte stationäre Versorgungssysteme wie Kinderpalliativstationen oder Kinderhospize gibt es in Baden-Württemberg bislang nicht – genauso wenig wie pädiatrische Palliativbetten. Um diesem Versorgungsbedarf gerecht zu werden – vor allem für lebensbedrohlich erkrankte Kinder –, bedarf es deshalb einer spezialisierten ambulanten Palliativversorgung, die sich speziell auf den Patienten Kind konzentriert. Deren Aufgabe wäre es, schwerstkranken Kinder und deren Angehörige rund um die Uhr zu betreuen.

Aus der Erhebung heraus wissen wir, dass für Baden-Württemberg Bedarf für vier bis fünf solcher Teams besteht, weil man das in der Tat in größeren regionalen Zusammenhängen sehen muss, wie ich vorhin ausgeführt habe. Unsere Aufgabe ist es, uns aus dem Bedarf heraus mit der Hospiz- und Palliativ-Versorgungskonzeption auf den Weg zu machen und alles daranzusetzen, dass wir mit den Beteiligten, den Leistungserbringern und den Kostenträgern in entsprechende vertragliche Situationen kommen und das auf den Weg bringen können; denn wir können nicht einfach einen Teil ausblenden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Weitere Zusatzfragen kann ich nicht mehr zulassen, weil genau jetzt eine Stunde vorbei ist und auch keine Antwort von der Ministerin mehr zugelassen werden kann. Deswegen hat es keinen Sinn, eine Frage zu stellen. – Vielen Dank, Frau Ministerin.

Damit ist die Regierungsbefragung vorbei und Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur – Haltung der Landesregierung zur Verwirklichung eines „Flughafenbahnhofs Plus“ – Drucksache 15/2420 (Geänderte Fassung)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung dieses Antrags erteile ich Herrn Abg. Kunzmann von der CDU-Fraktion.

**Abg. Thaddäus Kunzmann CDU:** Verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Filderbahnhof steht jetzt die letzte große Infrastrukturmaßnahme im Rahmen von Stuttgart 21 zur Entscheidung an. Auf den Fildern entsteht dann das größte Verkehrs- und Infrastrukturherz Deutschlands, vielleicht sogar Europas. Der Flughafen und die Messe, der Nah-, der Regional- und der Fernverkehr, der Fernbusbahnhof – alles ist dann an einem Ort. Es entstehen Tausende neue Arbeitsplätze, und täglich werden Zehntausende Menschen – Pendler und Reisende – diesen Knoten nutzen.

Was jetzt gebaut wird, hat für 50, 70 oder noch mehr Jahre Bestand. Was jetzt gebaut wird, kann dann auch nicht mehr korrigiert werden. Der neue Bahnhof muss neue Perspektiven für den Nah- und den Regionalverkehr eröffnen.

Die Antragstrasse, vorgestellt von der Bahn, eröffnet diese neuen Perspektiven. Erstmals werden alle Regional- und Fernzüge, die Stuttgart anfahren, auch am Flughafen halten. Damit ist Baden-Württemberg direkt an den Flughafen und an die Messe angebunden. Zudem ergeben sich neue Fahrbeziehungen, z. B. vom Neckartal zum Flughafen oder vom Flughafen in den Wirtschaftsraum Böblingen.

Die Antragsvariante hat aber auch gravierende Nachteile: die langen Fußwege, bedingt durch die ungünstige Lage des Filderbahnhofs, die Doppelnutzung des bisherigen S-Bahnhofs durch die Gäubahn mit der Gefahr, dass damit die S-Bahn nicht nur auf den Fildern aus dem Takt kommt.

Es gibt aber auch eine Antwort auf diese Probleme,

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

nämlich den „Filderbahnhof plus“. Er behält die Vorteile der Antragstrasse. Alle Verbindungen nach Stuttgart führen dann weiterhin zum Flughafen. Durch seine Lage verkürzt er die Fußwege. Er bündelt den Regional- und Fernbahnhof am neuen Bahnhof – also auch für die Gäubahn. Die S-Bahn wird damit nicht gefährdet.



(Thaddäus Kunzmann)

Die Vorteile sind sehr deutlich. Ich kann nur auf die Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag aus dem Jahr 2012 verweisen, der die Grundlage unseres heutigen Beschlussantrags darstellt. Nicht umsonst haben wir zur Begründung die Antwort fast Wort für Wort wiederholt.

Der „Filderbahnhof plus“ ist also die richtige Antwort auf die noch offenen Fragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau!)

Die CDU hat sich von Beginn an hinter diese Variante gestellt.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das sieht man! – Gegenruf des Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: An der Anwesenheit!)

Wenn es nach uns gegangen wäre, hätten wir schon 2012 entschieden. Die Landesregierung hat diese Diskussion damals abgeblockt. Das Zeitfenster wird jetzt immer enger, die Entscheidung steht an. Jetzt müssen die Projektpartner die richtigen Entscheidungen treffen – jetzt, oder es ist zu spät.

Ich möchte mich ausdrücklich bei den Fraktionen der CDU, der SPD, der Freien Wähler und der FDP in der Regionalversammlung des Verbands Region Stuttgart bedanken, die sich klar zur S-Bahn, aber auch zum Gäubahnanschluss am Flughafen bekannt haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Der Dank geht auch an die SPD Stuttgart, die deutlich gemacht hat, dass die Diskussion um den Filderbahnhof keine Ersatzschlacht mehr für Stuttgart 21 ist. Denn das ist das, was die Grünen wollen. Für sie ist der Filderbahnhof das verbliebene Tummelfeld nach der verlorenen Volksabstimmung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau so ist es!)

Deshalb agieren sie taktisch. Da wird der Filderdialog ins Leben gerufen und genauso wieder fallen gelassen – immer so, wie es den Grünen und Verkehrsminister Hermann beliebt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Die Grünen spielen mit der Idee, mit der Gäubahn gar nicht den Flughafen anzufahren – so, als hätte es die Volksabstimmung gar nicht gegeben.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Aha!)

Jetzt hält es die Landesregierung für taktisch sinnvoller, zu schweigen. Die Grünen kümmern sich um jeden Käfer im Schlossgarten,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

aber auf den Fildern hört und sieht man sie nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Das muss einmal gesagt werden!)

Man sieht auch nicht den Verkehrsminister und auch nicht Ministerpräsident Kretschmann, der immerhin Kandidat in dem betroffenen Wahlkreis ist.

(Zuruf des Ministers Franz Untersteller)

Dabei geht es dort nicht um Käfer, es geht um Menschen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Das Schweigen der Landesregierung wird von den Menschen auf den Fildern nicht verstanden. Sie lässt die Pendler und die Reisenden im Stich.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Was wollen wir? Wir wollen die Gäubahn an den Flughafen führen. Wir wollen die S-Bahn in der Region Stuttgart ausbauen, und dazu gehört ein leistungsfähiger S-Bahnhof am Flughafen.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Wir wollen einen Bahnhof, der für die Pendler und Reisenden kurze Wege bietet. Wir wollen, dass die Landesregierung jetzt die Initiative dazu ergreift

(Zuruf des Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE)

im Sinne eines zukunftsfähigen und leistungsfähigen Bahnhofs, der auch noch in 50, 70 oder 100 Jahren den Ansprüchen genügt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist der Punkt! – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schwarz.

(Minister Franz Untersteller zu Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sag ihnen einmal, dass Herr Kretschmann dort nicht Wahlkreiskandidat ist!)

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann unsere Position vorwegnehmen: Es ist klar Aufgabe der Deutschen Bahn AG, Stuttgart 21 – dazu gehört der Flughafenbahnhof, dazu gehört die leistungsfähige Anbindung auf den Fildern – so zu planen, dass der Regional- und der S-Bahn-Verkehr nicht beeinträchtigt werden.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Rainer Hinderer SPD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jawohl!)

Punkt 2: Der Lenkungskreis, in dem alle Projektpartner zusammentreten, ist in unseren Augen der richtige Ort, um über betriebliche und verkehrliche Punkte im Zusammenhang mit Stuttgart 21 zu reden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Andreas Schwarz)

Jetzt noch einmal der Reihe nach. Herr Kunzmann, Sie haben gesagt, die Antragstrasse habe gravierende Nachteile. Das sind ganz neue Worte aus Ihrem Mund.

(Zuruf des Ministers Franz Untersteller)

Bislang habe ich immer gelesen, die Antragstrasse sei die beste Variante – so noch am 27. März 2013 aus dem Mund der Deutschen Bahn AG.

(Zuruf des Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE)

Ich finde es interessant, dass Sie jetzt sagen, die Antragstrasse habe Mängel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er spricht für die CDU, nicht für die Bahn! – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ich bin nicht Sprecher der Bahn!)

Es ist interessant, dass die CDU-Fraktion jetzt sagt, die Antragstrasse habe Mängel, da gebe es Optimierungsbedarf, der Mischverkehr – also langsame Regional- und S-Bahn-Züge, schnellere Regional- und Fernzüge – im Abschnitt zwischen der Rohrer Kurve und dem Flughafen sei betrieblich nicht optimal. Herr Kunzmann, Frau Razavi, das ist überhaupt nichts Neues. Sowohl in der Schlichtung zu Stuttgart 21 als auch im Filderdialog, den die Landesregierung initiiert hat, ist diese Thematik ausreichend diskutiert worden. Ich finde es schön, dass Sie das jetzt auch so erkannt haben.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt zu Ihrem Änderungsantrag. Dieser Antrag ist in meinen Augen ein Blankoscheck für die Deutsche Bahn AG. Sie fordern, die Landesregierung solle sich dafür aussprechen, den „Filderbahnhof plus“ zu verwirklichen. Damit verknüpfen Sie, das Land solle noch einmal Geld für die Deutsche Bahn AG bereitstellen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das steht nicht drin!)

Das ist die konkludente Forderung, die Sie stellen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist Ihre!)

Da muss ich sagen: Es ist nicht die Aufgabe des Landes, das Planungschaos bei der Deutschen Bahn AG auszubaden.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Hans-Martin Haller SPD)

Die Deutsche Bahn AG hat die Pflicht, eine genehmigungsfähige Planung vorzulegen und keine Kosten auf das Land abzuwälzen.

Ich stelle mir die Frage: Warum gehen Sie mit dieser Forderung nicht auf die Deutsche Bahn AG zu? Warum gehen Sie mit dieser Forderung nicht auf den Träger der Deutschen Bahn AG, den Bund, zu? Sie rühmen sich ansonsten immer mit guten Verbindungen ins Bundesverkehrsministerium. Aber wo bleibt Ihr Engagement, um in diesem Bereich auf die Bahn oder ihren Träger zuzugehen?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wollen Sie die beste Lösung oder nicht?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wo bleibt Ihre Forderung an die Deutsche Bahn AG, einmal die Alternativen zum Antragsbahnhof, zur Antragstrasse seriös durchzurechnen und zur Planreife zu bringen? Man braucht doch eine gemeinsame Geschäftsgrundlage,

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

über die man auch reden kann. Wo bleiben Ihre Initiativen, Ihre Aufforderungen an die Bahn, das zu machen? Fehlanzeige, Totalausfall bei der CDU-Fraktion.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollen anscheinend nicht die beste Lösung!)

Die Deutsche Bahn AG will bauen. Sie ist Bauherrin bei dem Vorhaben. Sie ist verantwortlich dafür, eine Lösung zu präsentieren, die für den Fernverkehr zu Verbesserungen führt und die den S-Bahn-Takt nicht durcheinanderbringt. Das ist ganz klar die Aufgabe der Deutschen Bahn AG.

Für uns, für meine Fraktion ist klar: Wir wollen auf den Fildern eine gute Lösung im Rahmen des Möglichen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen die beste Lösung!)

Wir werden die Deutsche Bahn AG dazu treiben, die Alternativen und Änderungen, die jetzt noch machbar sind, aufzuzeigen und durchzurechnen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Dann müssen Sie ja zustimmen!)

Ich sage: Wir sind ganz klar vertragstreu, wir stehen zum Regelwerk, und wir stehen zum Kostendeckel. Die Deutsche Bahn AG weiß, dass das Kabinett am 13. September 2011 den Kostendeckel beschlossen hat. Der Landtag hat sich mehrfach zum Kostendeckel bekannt. Den Kostendeckel machen wir heute auch nicht auf. Die Deutsche Bahn AG muss eine genehmigungsfähige Planung vorlegen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Abg. Schwarz, gestatten Sie eine Nachfrage der Frau Abg. Razavi?

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Bitte schön.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Bitte.

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Herr Schwarz, ist Ihnen bekannt, dass der „Filderbahnhof plus“ nicht Bestandteil des Finanzierungsvertrags ist und damit auch nicht Bestandteil des sogenannten Kostendeckels, sondern – so, wie Ihr Koalitionspartner, nämlich die SPD, schon vor anderthalb Jahren auch festgestellt hat – über einen extra Finanzierungsvertrag zu regeln wäre? Hören Sie also auf mit dieser Mär vom Kostendeckel.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU)

**Abg. Andreas Schwarz GRÜNE:** Frau Kollegin, ich antworte Ihnen mit einer Gegenfrage:

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist schlecht!)

(Andreas Schwarz)

Ist Ihnen bekannt, dass für die Planung von Stuttgart 21 die Deutsche Bahn AG zuständig ist, dass die Deutsche Bahn AG beim Eisenbahn-Bundesamt eine genehmigungsfähige Planung einzureichen hat? Weder die SPD noch die Grünen noch der Verkehrsminister müssen eine genehmigungsfähige Planung einreichen. Es ist allein Aufgabe der Deutschen Bahn AG, das zu tun. Daran will ich Sie erinnern.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Also bestätigen Sie, dass Frau Razavi recht hatte, wenn Sie das nicht beantworten? Nur für das Protokoll! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Jetzt sind wir gespannt!)

**Abg. Hans-Martin Haller** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Nicole Razavi CDU: So weit richtig!)

Stuttgart 21 ist voll im Bau – entgegen allen Unkenrufen ein erfreulicher Zustand.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

Unten wird gebaut. Oben auf den Fildern befinden wir uns noch in einer Planfeststellung, dort, wo der zentrale Mobilitätsknoten fast schon für Europa entstehen soll: Flughafen, Schnellverbindungen, Nahverkehrsverbindungen, Autobahn – also ein zentraler Mobilitätsknoten für Europa. Deswegen muss diese Sache intensiv überprüft werden. Dazu stehen wir auch.

Die Nachteile der Antragstrasse dort oben sind seit Längerem bekannt. Sie sind aber jetzt im Rahmen der Anhörung zum Planfeststellungsverfahren, glaube ich, nochmals intensiviert und potenziert worden.

(Beifall der Abg. Nicole Razavi und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich erinnere nur an das, was Professor Heimerl gesagt hat: Die Abfolge mehrerer eingleisiger Abschnitte begünstigt das Aufschaukeln von Verspätungen und kann zu schwierigen Situationen führen. Auf diese Frage muss die Deutsche Bahn eine verlässliche Antwort geben, denn sie hat sich im Vertrag zu Stuttgart 21 verpflichtet, den Nahverkehr und den Regionalverkehr zu verbessern. Es ist ihre ureigenste Aufgabe, hierfür Vorschläge zu erarbeiten.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE – Heiterkeit)

– Vielen Dank, Herr Schwarz. Man sieht eben die Kollegialität unter den verkehrspolitischen Sprechern.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Der Kollege Haller hat es auf den Punkt gebracht! – Minister Winfried Hermann: Die Kollegen sind aufgewacht! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Die DB ist gefragt. Wenn die DB sagt: „Wir kommen mit dem jetzigen Bahnhof nicht zurecht; eine Alternative hat viel bessere Optionen“, dann ist sie der Maßnahmenträger. Sie ist der Vorhabenträger, der auf die anderen Beteiligten zukommen muss. Die DB AG ist in vollem Umfang am Zuge, und darauf bestehen wir.

Wir, die SPD, haben schon 2012 erklärt, dass der „Filderbahnhof plus“ viel Gutes für sich hat – genauso wie die Trasse dorthin. Man könnte sie fast schon „Drexler-Trasse“ nennen, denn von ihm ging ja die Initiative aus.

(Beifall bei der SPD)

Ich meine damit unseren Abgeordneten. Wir waren sehr offen. In der damaligen Diskussion hat der Landesvorsitzende der SPD sogar eine Zahl in den Raum gestellt. Das alles ist aus verschiedenen Gründen Makulatur geworden. Die Kernfrage ist: Kommt nochmals Bewegung in dieses Spiel? Das ist die große Frage.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ganz genau!)

Wir sind hier völlig gesprächsoffen. Wir sind natürlich auch in dauerndem Gespräch mit der DB AG. Das ist der Lenkungskreis, der dafür zuständig ist. Dort müssen diese Fragen zunächst besprochen werden, Optionen geklärt werden, bevor man überhaupt in Verhandlungen eintritt.

Dass man so etwas erlebt, dass wie beispielsweise im Filderdialog die Rahmenbedingungen festgezurrert sind und sich nichts mehr bewegt, das ist des Aufwands und der Mühe nicht wert. Deswegen muss die DB sagen, was sie denn will. Wir waren gesprächsbereit, und wir sind immer gesprächsbereit. Unsere Haltung in dieser Frage weist eine ganz klare Kontinuität auf. Jetzt warten wir darauf, was die DB uns in dieser Angelegenheit zu sagen hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

**Abg. Jochen Haußmann** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schwarz, Sie hatten angedeutet, dass diese Thematik doch im Lenkungskreis und nicht hier im Plenum zu besprechen sei. Es ist richtig, dass sich die beteiligten Partner im Lenkungskreis treffen. Aber ich glaube, es ist durchaus auch für die Öffentlichkeit wichtig, dass dieses wichtige und zukunftsweisende Thema öffentlich besprochen wird. Ich darf daran erinnern, dass wir das Thema allein im November 2012 drei Mal hier im Plenum besprochen haben. Ich glaube, das ist ein wichtiges öffentliches Thema.

Ich halte es für sehr wichtig, weil wir eine Entscheidung treffen, die die Region Stuttgart über viele Jahrzehnte bewegen wird. Ich glaube, dass es deswegen richtig ist, über dieses Thema hier und heute zu diskutieren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)



(Jochen Haußmann)

Das Erörterungsverfahren für das Planfeststellungsverfahren für den Flughafenbahnhof bringt jetzt Themen auf die Agenda und in die Öffentlichkeit, die im Grunde nicht neu sind. Es bringt zum Ausdruck, dass die Antragstrasse nicht dieselben Vorteile bietet wie ein Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße, der zu dem Zeitpunkt, als man dieses Projekt geplant hat, so noch nicht möglich war. Das muss man vielleicht auch einmal in Bezug auf die Historie dazusagen.

Ich glaube, die Grünen haben jetzt die Hoffnung: Es wird schon nicht klappen mit diesem Planfeststellungsverfahren. Auf diese Karte setzen sie.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Und dann, Herr Kollege?)

Ich glaube, dass die Antragstrasse am Ende des Verfahrens, Herr Kollege Schwarz, planfeststellungsfähig sein wird, so dass man sie dann auch wird bauen können. Damit tragen Sie natürlich auch mit die Verantwortung.

Kollege Kunzmann hat die Vorteile des Flughafenbahnhofs unter der Flughafenstraße dargestellt: die Trennung des Mischverkehrs zwischen der S-Bahn und dem Regional- und Fernverkehr, die besseren Umsteigebeziehungen. All diese Dinge sind ja bekannt und auch im Filderdialog durchaus zur Sprache gekommen.

Insofern muss ich mich schon wundern, dass das Staatsministerium im Zusammenhang mit der Regierungsbefragung am 11. April letzten Jahres hier schriftlich mitgeteilt hat:

*Das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur kam deshalb zur Einschätzung, dass die nur geringen Vorteile für den Bahnbetrieb und die Kundenfreundlichkeit eine Mitfinanzierung des Landes nicht rechtfertigen könnten.*

Das ist insofern überraschend, als die Vorteile dieses Bahnhofs unter der Flughafenstraße inzwischen allgemein bekannt sind und im Grunde gar nicht mehr in der Diskussion sind.

Wir waren eigentlich schon ein Stück weiter. Ich darf daran erinnern: Am 6. November 2012 hat der Ministerpräsident erklärt: „Wir sind ja keine Fundis“ und hat signalisiert, man könne sich durchaus eine Mitfinanzierung, eine Beteiligung an den Mehrkosten vorstellen. Die SPD hat das im November 2012 noch einmal eindrücklich unterstrichen. Insofern waren wir, glaube ich, in dieser Diskussion durchaus schon einen Schritt weiter, als wir es heute sind.

Über die Zweifel an den Kosten hatten wir auch in der Plenarsitzung am 15. November 2012 diskutiert. Verkehrsminister Hermann sagte, das Ministerium habe nachgerechnet und bestätigt, dass die Lösung mit dem Bahnhof unter der Flughafenstraße deutlich teurer sei als die Antragstrasse. Es wurde von mindestens 150 Millionen € gesprochen. Insofern haben wir, glaube ich, diese Thematik bereits vor zwei Jahren sehr intensiv diskutiert.

Ich sehe es jetzt so: Wir haben nun die letzte Chance, das Thema noch einmal aufzugreifen. Wir haben die letzte Chance, jetzt noch einmal umzusteuern. Es geht, wie es auch der Kollege Kunzmann gesagt hat, um eine Entscheidung, eine Baumaßnahme, die, wie es auch Herr Heimerl gesagt hat, unsere Kinder und Enkel betrifft, die über mehrere Generationen ze-

mentiert ist. Die Verantwortung tragen Sie als Regierungsfraktionen, als Partner im Lenkungskreis. Diese Verantwortung tragen Sie, und das sollten Sie mit in die Lenkungskreisgespräche hineinnehmen. Wir können Ihnen die Verantwortung für dieses Thema nicht nehmen.

Deswegen haben CDU und FDP/DVP den vorliegenden Änderungsantrag gestellt. Wir bitten Sie noch einmal, Ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Wir rufen hier auch Herrn Ministerpräsident Kretschmann zu, dass er die Verantwortung dafür übernehmen sollte, dieses Thema jetzt noch einmal aktiv anzugehen. Der Stuttgarter Oberbürgermeister Kuhn hat zumindest einmal signalisiert, dieses Thema im Lenkungskreis noch einmal aufzugreifen.

Deswegen kann ich nur an Sie appellieren, sich mit diesem Thema, der Antragstrasse, nicht in die Geschichtsbücher einzutragen. Setzen Sie ein Fanal der Hoffnung, ein Leuchtfener als Signalgeber.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Änderungsantrag von CDU und FDP/DVP ist in gewisser Weise schon überraschend. Denn Sie fordern die Landesregierung auf,

*sich im Sinne eines zukunfts- und leistungsfähigen Bahnknotens am Flughafen Stuttgart für den Filderbahnhof Plus ... auszusprechen und diesbezüglich die Verhandlungen mit der DB AG ... aufzunehmen.*

Warum ist das überraschend? Weil Sie das gesamte Projekt über viele Jahre öffentlich damit verkauft haben, dass Sie immer wieder gesagt haben, der Zweck dieses Projekts sei, eine zukunftsfähige Infrastruktur in dieser Region zu schaffen. Sie haben übrigens jede Kritik daran – von wem auch immer – stets abgeburstet nach dem Motto: „Das ist alles in bester Hand, und es ist bestens geplant“ – übrigens auch auf den Fildern.

(Zuruf des Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE)

Herr Kunzmann, ich war auch überrascht, als Sie jetzt gesagt haben, im Filderdialog hätte man das gar nicht richtig besprochen, nicht ernst genommen. Es war ja gerade der Filderdialog, den wir vor dem Planfeststellungsverfahren nach der Volksabstimmung gemacht haben, weil wir gesagt haben: Mit der Volksabstimmung wurde in der Sache grundsätzlich entschieden.

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

Jetzt gehen wir in den Bereich, der noch nicht planfestgestellt ist, zu dem noch kein Verfahren begonnen wurde, zu dem seit zehn Jahren nichts Vernünftiges vorliegt, zu dem es genügend Kritik gibt. Lasst uns im Vorfeld schauen: Gibt es bessere Möglichkeiten und Varianten?

(Minister Winfried Hermann)

Ich erinnere daran: Es waren Sie, die bei jedem Verbesserungsvorschlag sofort gesagt haben: „Das geht nicht. Das ist nicht vertraglich abgesichert, das ist nicht Teil der Finanzierungsvereinbarung.“ Irgendwann einmal haben Sie letztlich einen Vorschlag gut gefunden, aber alles andere haben Sie abgelehnt.

Ich erinnere daran, dass eine klare Mehrheit gesagt hat: „Das eigentliche Problem entsteht durch die Anbindung der Gäubahn am Flughafenbahnhof. Das macht die komplizierte Bau-situation und die Störung der S-Bahn aus. Deswegen muss man da anders denken.“ Das haben Sie immer abgelehnt. Jetzt tun Sie so, als müssten wir endlich lernen, dass man einmal über den Flughafenbahnhof nachdenken müsste. Das ist doch lächerlich.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Nikolaus Tschenk  
GRÜNE: Sehr, sehr seltsam!)

Sie haben vielleicht vergessen, dass Sie einen Vertrag abgeschlossen haben, in dem Folgendes steht: Die Knoten Stuttgart und Ulm

*beeinflussen die Angebotsplanung sowie die Qualität und Stabilität der Betriebsabwicklung wesentlich. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, ... einen zuverlässigen und pünktlichen Betriebsablauf zu gewährleisten, um keine negativen Wirkungen in das weitere Netz einzutragen.*

Im Weiteren heißt es, das ganze Projekt diene dazu, insgesamt Fernverkehr, Regionalverkehr und S-Bahn-Verkehr in der Region besser zu machen. Besser zu machen! Sogar Versprechungen, die Leistung zu verdoppeln, haben Sie in Broschüren und öffentlichen Reden immer wieder vertreten.

Jetzt sagen Sie plötzlich: „Das ist ganz schlecht. Wir müssen den Flughafenbahnhof umplanen. Das ist überhaupt nicht zukunftsfähig.“ Sie spielen uns, der Landesregierung, jetzt die schlechte Planung in die Füße, und wir sollen nun retten, was zuvor alles schiefgelaufen ist. Das ist doch absurd!

(Beifall bei den Grünen – Zuruf von den Grünen:  
Sehr seltsam!)

Im Filderdialog wurden wirklich ernsthaft Alternativen erarbeitet, und die Bahn hatte alle Möglichkeiten, diese Verbesserungsvorschläge aufzunehmen.

Ich habe auf höchster Ebene mit Bahnvorständen geredet in dem Sinn, wenigstens auf den Fildern das Ganze besser zu machen und zu optimieren. Es war für mich eine der unangenehmen Erfahrungen, die ich gemacht habe, dass im Ergebnis alles so geblieben ist wie vorher. Die haben nichts, nicht einen einzigen Vorschlag – das gilt übrigens auch für den „Filderbahnhof plus“ – aufgenommen. Sie sind mit der alten Planung – völlig unverändert – in das Planfeststellungsverfahren gegangen. Da braucht man sich doch nicht zu wundern, dass dann, wenn eine öffentliche Erörterung stattfindet, Bürgermeister, Abgeordnete, Bürgerinnen und Bürger und Bürgerinitiativen all diese Mängel, die jetzt über Jahre auf dem Tisch liegen, noch einmal ansprechen.

In der Tat ist nicht ein einziger Punkt neu angesprochen worden – nicht einer! Im Stresstest wurde das öffentlich angesprochen, beim Schlichtungsverfahren davor wurde es öffentlich

angesprochen, im Filderdialog wurde es öffentlich angesprochen. Sie können mir glauben: Es gab zahlreiche Gespräche jenseits dieser öffentlichen Veranstaltungen, bei denen man all das angesprochen hat, und es hat nichts gefruchtet. Stattdessen ist man mit dieser schlechten Planung in das Planfeststellungsverfahren gegangen.

Jetzt verlangen Sie von der Landesregierung, sich in einem laufenden Planfeststellungsverfahren öffentlich politisch einzumischen. Wenn ich das getan hätte, hätten Sie mir zuerst gesagt: „Das darf die Regierung gar nicht. Das ist ein Eingriff ins Verfahren. Das ist ein Missbrauch der Macht.“

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das ist doch Quatsch mit Soße! – Gegenruf des Abg. Nikolaus Tschenk GRÜ-NE)

– Nein. – Das Verfahren ist ganz eindeutig. Die Bahn ist Auftraggeber und will dieses Projekt realisieren. Sie stellt den Antrag und muss in einem Planfeststellungsverfahren nachweisen, dass ihre Planung funktioniert,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

dass ihre Pläne und Berechnungen stimmen, und die Landesregierung hat sich da herauszuhalten.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Die eigentliche Arbeit liegt beim Regierungspräsidium, das Ganze förmlich korrekt durchzuführen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das stimmt doch nicht!)

Das haben wir getan, und das ist auch richtig so.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Politische Entscheidungen müssen im politischen Raum getroffen werden – aber nicht während des Planfeststellungsverfahrens und auch nicht ins Planfeststellungsverfahren hinein.

(Abg. Peter Hauk CDU: Weil Sie es nicht so wollen!)

– Nein. – Das ist auch Teil eines rechtsstaatlich geregelten Verfahrens. Da einzugreifen wäre eine ziemlich schräge Nummer, und das hätten Sie sofort moniert, wenn ich das getan hätte.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Sie greifen ja nicht ein! – Abg. Peter Hauk CDU: Sie greifen doch nicht ein! Es gibt eine bessere Lösung! Dann sind Sie sogar verpflichtet einzugreifen!)

Jetzt hat die Technische Universität Dresden in einem umfangreichen Gutachten festgestellt: Der S-Bahn-Verkehr sowie der Regional- und Nahverkehr werden in erheblicher Weise tangiert, es kommt zu einem Verspätungsaufbau, es wird schlechter. Es bleibt also nicht gleich, es wird nicht besser, sondern es wird schlechter.

Ärgerlich ist auch, dass Ihnen die Bahn noch nicht einmal aktuelle Zahlen gegeben hat. Wo gibt es denn so etwas?

Aber man kann annehmen, dass die Kritik im Prinzip stehen bleibt und auch nicht durch die kleineren Zahlenkorrekturen

(Minister Winfried Hermann)

noch verändert wird. Die Gefährdung des S-Bahn-Verkehrs ist also offenkundig.

Jetzt ist es an der Bahn und nicht an der Landesregierung, zu zeigen, dass sie in der Lage ist, mit diesem Projekt einen besseren S-Bahn-Verkehr, einen besseren Regionalverkehr und einen besseren Fernverkehr zu organisieren. Das ist deren Job und nicht unserer.

(Beifall bei den Grünen)

Dass wir, die Landesregierung und die Fraktionen, immer wieder Einfluss darauf nehmen, dass das Projekt besser wird, können Sie uns wirklich glauben. Ich habe kein Interesse daran, ein Projekt für die nächsten 100 Jahre in schlechtester Form zu realisieren. Natürlich haben wir ein Interesse daran, möglichst vieles besser zu machen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das wird Ihr Vermächtnis sein!)

– Jetzt bin ich auch noch schuld, dass es gebaut wird. Das ist ja wunderschön.

(Heiterkeit – Zuruf von der CDU: Dass es schlecht gebaut wird!)

Wenn dieses Projekt umgesetzt wird, dann ist es unsere Pflicht, möglichst viele Verbesserungen durchzusetzen. Das ist das klare Versprechen der Landesregierung.

Es muss aber auch klar sein, dass in der Finanzierungsvereinbarung geregelt ist, dass die Bahn für dieses Geld einen funktionierenden Bahnbetrieb gewährleisten muss, der besser ist als heute. Das ist die Verpflichtung der Bahn. Das muss sie für dieses Geld erbringen.

Ich erinnere noch einmal daran – vielleicht haben Sie es vergessen –: 930 Millionen € zahlt das Land für dieses Projekt freiwillig. Baden-Württemberg ist damit das erste Bundesland, das Geld für den Umbau eines Bahnhofs gibt. Der Hamburger Bahnhof, der Frankfurter Bahnhof und der Leipziger Bahnhof sind modernisiert worden. Der Berliner Hauptbahnhof ist neu gebaut worden. Sämtliche Projekte sind ohne Landesmittel realisiert worden. Baden-Württemberg hingegen hat freiwillig 930 Millionen € gezahlt. Das ist genug.

(Beifall bei den Grünen)

Es sollte nicht vergessen werden, dass die Flughafengesellschaft, die sich in der Hand der Stadt und des Landes befindet, 360 Millionen € zusätzlich für einen Halt am Flughafen zahlt. Ferner zahlt das Land 950 Millionen € für die Neubaustrecke, damit das alles kommt.

Das beruht alles auf Ihren Entscheidungen. Mit anderen Worten heißt das: Das Land Baden-Württemberg zahlt für ein Projekt, für das es eigentlich nicht zuständig ist, insgesamt 2,4 Milliarden €.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das zahlt die Bevölkerung!)

Ich sage: Wenn das Land freiwillig 2,4 Milliarden € gibt, um etwas Besseres zu machen, dann muss es aber auch gut sein.

Die Bahn muss in der Lage sein, mit dieser Summe zuzüglich der 4 Milliarden €, die vom Bund und teilweise aus Eigenmitteln kommen, einen ordentlichen Bahnhof zu bauen – auch auf den Fildern. Das ist das Mindeste, was man erwarten kann.

(Beifall bei den Grünen)

Abenteuerlich wäre es, wenn der Landtag sozusagen aus der Lamäng heraus entscheiden würde, einen „Filderbahnhof plus“ zu wollen. Im Erörterungsverfahren – da haben Sie wohl nicht so genau aufgepasst – sind auch die Vor- und Nachteile eines „Filderbahnhofs plus“ erörtert worden. Vorteile ergeben sich insbesondere für Fußgänger. Als Aufsichtsratsvorsitzender erkenne ich auch Vorteile für den Flughafen. In verkehrlicher Hinsicht ist das aber keine wirkliche Verbesserung; denn der Mischverkehr im S-Bahn-Bereich bleibt. Auf der S-Bahn-Strecke fahren weiterhin der Regionalexpress und der IC, der aus der Schweiz kommt. Damit wird der S-Bahn-Verkehr gestört.

Zudem wird ein neuer Zwangspunkt geschaffen. Auch das ist herausgearbeitet worden. Jetzt steht der Regionalzug nicht mehr auf dem S-Bahn-Halt, sondern er steht auf dem Fernbahnhof-Halt und schafft eine neue Zwangsstelle bzw. muss eine Lücke im Fernverkehr auf der Neubaustrecke finden. Das ist ein neues einschränkendes Element.

Deswegen hat ein Teil der Bahningenieure gesagt, das sei die schlechtere Lösung. Eine ganze Reihe von Problemen, die sich nur aufgrund der Verschiebung des Bahnhofs ergeben, sind nicht gelöst.

Am Ende kam hinzu – wir haben das verfolgt –, dass die Bahn gesagt hat, das koste mindestens 220 Millionen € mehr. Das ist aber nicht in der Finanzierungsvereinbarung enthalten. Sollen wir nun deshalb, weil die Bahn nicht in der Lage war, für das viele Geld etwas Richtiges zu planen, noch einmal 200 Millionen € zur Verfügung stellen, damit die Bahn noch einmal etwas Besseres, etwas Schlechteres oder was auch immer macht?

Dazu kann ich nur sagen: Das können wir uns nicht leisten. Das sollten wir uns auch nicht leisten. Wir müssen die Bahn in die Pflicht nehmen, dass sie für dieses Geld etwas Ordentliches plant und baut.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Razavi?

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Bitte schön.

**Abg. Nicole Razavi** CDU: Herr Minister, sind Sie sich bewusst, dass die Deutsche Bahn AG, wenn die Antragstrasse genehmigungsfähig sein sollte – davon müssen wir derzeit noch ausgehen –, den „Filderbahnhof plus“ gar nicht in Alleinregie planen und bauen darf, sondern natürlich die Projektpartner dafür braucht? Sind Sie sich dessen bewusst?

**Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann:** Ich bin mir dessen bewusst.

(Abg. Winfried Mack CDU: Immerhin!)



(Minister Winfried Hermann)

Wir werden das in diesem Bewusstsein am kommenden Montag im Lenkungskreis diskutieren. Wir werden das auch sagen.

Es ist völlig klar, dass die Bahn, wenn sie umplanen will, wenn sie aus dem Vertrag herauskommen will, natürlich mit uns reden muss. Sie haben von uns immer Vertragstreue eingefordert. Wir sind vertragstreu. Wir wollen von diesem Vertrag etwas sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Kommen wir zur Genehmigungsfähigkeit dieser Trasse. Es gibt viele Einwände, die zum Teil auch vorgebracht worden sind. Ob das Eisenbahn-Bundesamt oder das Regierungspräsidium die Antragstrasse für genehmigungsfähig halten, weiß ich nicht. Das müssen wir abwarten.

Zu einem Punkt kann man aber jetzt schon eine Antwort geben. Obwohl die Bahn seit über einem Jahr weiß, dass sie ein Gutachten zum Lärmschutz machen muss, dass sie den Lärmschutz in die Planfeststellung einbeziehen muss, hat sie das nicht gemacht. Jetzt muss sie nacharbeiten. In einem Erörterungsverfahren im kommenden Jahr wird dann der Lärmschutz bearbeitet. Auch an dieser Stelle hat die Bahn wieder einmal nicht zugehört und nichts dazugelernt.

Ich finde das schade und bedauerlich. Ich ärgere mich auch, weil ich finde, dass man ihr genügend Zeit gegeben hat. Die Bahn hat lange genug geplant und hätte das also tun können.

Ich komme zum Schluss. Meine Damen und Herren, die Probleme auf den Fildern sind offenkundig geworden. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass man es besser machen muss. Man kann es auch besser machen. Nun ist es an der Bahn, Vorschläge zu machen, Fernverkehr, Nahverkehr und S-Bahn-Verkehr besser zu gestalten, als dies bisher geplant war. Sie und niemand anders ist am Zug.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Kunzmann das Wort.

**Abg. Thaddäus Kunzmann** CDU: Herr Minister Hermann, das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja! Genau!)

Wir sind Befürworter von Stuttgart 21, sehen aber auch die damit verbundenen Probleme. Wir suchen konstruktive Lösungen für diese Probleme.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl!)

Herr Minister Hermann, Sie und mit Ihnen die grüne Landtagsfraktion sind Gegner von Stuttgart 21, sind jetzt aber in der misslichen Lage, diesen Bahnhof bauen zu müssen.

(Minister Winfried Hermann: Nein!)

Jetzt sind Sie in diesem ideologischen Konzept verhaftet: „Wenn wir schon bauen müssen, dann wenigstens schlecht.“ Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Wir bauen doch gar nicht! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Die Bahn baut!)

Was machen Sie denn, wenn die Antragstrasse genehmigungsfähig ist und genehmigt wird? Dann wird der Filderbahnhof so, wie er jetzt geplant ist, auch gebaut, und zwar mit allen Problemen. Es reicht nicht, zu sagen: „Meine Telefonnummer ist bekannt.“

(Zurufe von den Grünen)

– Ruhig bleiben. Nicht aufregen. – Es reicht nicht, dass Sie bei der Bahn Ihre Telefonnummer abgeben und sagen: „Wenn Sie eine neue Lösung haben, dann können Sie mich anrufen.“ Herr Hermann, Sie regieren. Es ist in unser aller Interesse – auch im Interesse der Landesregierung, egal, von wem sie gestellt wird –, dass es da oben zu einer guten Lösung kommt. Insofern ist die Landesregierung in der Pflicht, aktiv zu werden. Wer denn sonst?

(Beifall bei der CDU)

Sind Sie interessiert an einer guten Lösung, oder sind Sie nicht interessiert an einer guten Lösung?

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Das ist die Frage! – Zurufe von den Grünen)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich bedaure es außerordentlich, dass Sie unserem Antrag heute nicht Folge leisten wollen, wie ich es herausgehört habe. Wir haben großen Respekt vor der SPD in der Regionalversammlung und vor der SPD in Stuttgart. Diese lassen Sie heute im Stich, und das müssen Sie verantworten.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Schwarz das Wort – ganz kurz.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier eine künstliche Erregung und ein künstliches Theaterspiel der CDU erlebt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nein! Wir sind empört!)

Damit kein falscher Eindruck entsteht, sage ich es noch einmal ganz deutlich: Bauherrin ist die Deutsche Bahn AG.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das haben Sie schon einmal gesagt!)

Sie muss zu einem vernünftigen Konzept beitragen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir wollen aber gute Lösungen für die Menschen!)

Alle verkehrlichen und betrieblichen Details – das haben Herr Haller, der Herr Minister und auch ich ausgeführt – werden im Lenkungskreis besprochen. Ihre Vorwürfe fallen wie ein Kartenhaus zusammen.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

**Abg. Hans-Martin Haller SPD:** Ich möchte einmal klarstellen, warum hier die Diskussion aufkocht. Bis 2012 ist diese Lösung nach meinem ungesicherten Kenntnisstand gar nicht möglich gewesen. Deswegen war die Bahn letztlich immer gezwungen, den Antragsbahnhof zu wählen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Denn bis dahin hatte die Flughafengesellschaft, die diese Straße besitzt, diese nicht offeriert und war dazu nicht bereit. Seither sind wir in einer neuen Qualitätsdiskussion und hat sich die Diskussion nochmals intensiviert.

Herr Kunzmann, wir lassen die Kollegen keinesfalls im Stich. Wir sind nämlich gesprächsbereit. Wir sagen aber klipp und klar – ich wiederhole mich –: Wir sind an einer guten Lösung interessiert.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wir bauen aber keinen Bahnhof. Wir sind nicht der Antragsteller. Wenn der Antragsteller gewährleistet haben will, dass der S-Bahn-Verkehr oder der Nahverkehr nicht schlechter, sondern besser wird – das ist der entscheidende Punkt –, muss er sich ernsthaft überlegen, wo er im Augenblick steht, und dann auf uns zukommen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir sind nicht diejenigen, die sich im Moment bewegen müssen. Verhandlungen haben immer etwas mit Geld zu tun. Wir sind der Überzeugung, dass es bessere Lösungen gibt. Aber die DB muss jetzt wissen, was sie will.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Er ist für bessere Lösungen!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/2420 (Geänderte Fassung). Hierzu liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/5872, vor.

Der Geschäftsführer der CDU-Fraktion bittet hierzu um das Wort. – Bitte schön.

**Abg. Volker Schebesta CDU:** Wir beantragen namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag Drucksache 15/5872.

(Lachen bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Zu dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/5872, liegt jetzt ein Antrag auf namentliche Abstimmung vor. Hat dieser Antrag die gemäß § 99 Absatz 1 der Geschäftsordnung vorgeschriebene Unterstützung von mehr als fünf Abgeordneten? – Das ist der Fall.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer dem Änderungsantrag Drucksache 15/5872 zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte die Schriftführerin, Kollegin Dr. Engeser, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben R.

Ich bitte Sie, die Gespräche einzustellen, damit die Schriftführerin hört, wer Ja, Nein oder „Enthaltung“ sagt. – Bitte, Frau Kollegin.

(Namensaufruf)

Ist jemand im Saal, der noch nicht abgestimmt hat? – Dies ist nicht der Fall. Die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte die Schriftführer, das Ergebnis festzustellen.

(Auszählen der Stimmen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an der namentlichen Abstimmung haben 127 Kolleginnen und Kollegen teilgenommen.

*Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt,  
mit Nein haben 67 Abgeordnete gestimmt.*

Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

\*

Mit J a haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Thomas Blenke, Elke Brunnemer, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Dr. Marianne Engeser, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Klaus Herrmann, Dieter Hillebrand, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Kößler, Thaddäus Kunzmann, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Dr. Reinhard Löffler, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Bettina Meier-Augenstein, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Claus Paal, Günther-Martin Pauli, Matthias Pröfrock, Werner Raab, Dr. Patrick Rapp, Helmut Rau, Nicole Razavi, Wolfgang Reuther, Karl-Wilhelm Röhm, Helmut Walter Rüeck, Volker Schebesta, Dr. Stefan Schefold, Jutta Schiller, Viktoria Schmid, Felix Schreiner, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Dr. Monika Stolz, Gerhard Stratthaus, Stefan Teufel, Alexander Throm, Karl Traub, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Dr. Ulrich Goll, Jochen Haußmann, Dr. Timm Kern, Niko Reith, Dr. Hans-Ulrich Rülke.

Mit N e i n haben gestimmt:

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Beate Böhlen, Sandra Boser, Jürgen Filius, Josef Frey, Jörg Fritz, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Manfred Kern, Daniel Andreas Lede Abal, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärbli Mielich, Dr. Bernd Murschel, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Wolfgang Raufelder, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Alexander Salomon, Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Alexander Schoch, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Sckerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Nikolaus Tschenk, Franz Untersteller, Jürgen Walter.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Thomas Funk, Reinhold Gall, Anneke Graner, Gernot Gruber, Rosa Grünstein, Hidir Gürakar, Hans-Martin Haller, Helen Heberer, Walter Heiler, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Klaus Käppler, Ernst Kopp, Klaus Maier, Georg Nelius, Thomas Reusch-Frey, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ingo Rust, Nikolaos Sakellariou, Dr. Nils Schmid, Claus Schmiedel, Rainer Stichelberger, Johannes Stober, Andreas Stoch, Hans-Peter Storz, Florian Wahl, Sabine Wölfle.

\*

Nun kommen wir zum ursprünglichen Berichtsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/2420 (Geänderte Fassung), der für erledigt erklärt werden kann. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

**Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Versorgungssicherheit und Energiewende nicht gefährden! – Baden-Württemberg steht zum Netzausbau – Drucksache 15/5863 (Geänderte Fassung)**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich für die Fraktion GRÜNE Herrn Abg. Renkonen. – Bitte, Herr Abgeordneter.

**Abg. Daniel Renkonen** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass ich heute im Namen der Fraktion der SPD, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP eine gemeinsame Bundesratsinitiative für den zügigen Netzausbau in Deutschland einbringen darf.

Wir bedauern es außerordentlich, dass die größte Fraktion in diesem Haus, die Fraktion der CDU, sich diesem Antrag nicht angeschlossen hat. Denn wenn man heute Morgen die Reden über Digitalisierung und Zukunftsfähigkeit gehört hat, hätte man eigentlich erwarten können, dass sich die CDU zum Netzausbau bekennt. Stattdessen hat sie einen Änderungsantrag eingebracht, dem wir in dieser Form nicht zustimmen wollen.

Lassen Sie mich etwas zum Thema sagen. Wir stehen zu unserer Verantwortung für die Energiewende in Baden-Württemberg und für die Verbesserung der Versorgungssicherheit. Wir sagen aber auch ganz klar, dass die Energiewende nicht zum Nulltarif und nicht ohne Eingriffe zu haben ist. Damit meinen wir den zwingend notwendigen Bau der SuedLink-Stromtrassen, also von zwei Stromtrassen: der Nord-Süd-Stromautobahn von Brunsbüttel nach Großgartach bei Heilbronn und die andere Variante von Wilster in Schleswig-Holstein – nördlich von Hamburg – nach Grafenrheinfeld bei Schweinfurt. Diese Trassen sind für die Energiewende unerlässlich. Denn wer den Ausstieg aus der Atomkraft und die Energiewende will, der kann nicht Nein zum Ausbau dieser Netze sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Bisher gibt es für die SuedLink-Leitung einen etwa 800 km langen Trassenkorridor, der derzeit konkretisiert wird. Ich möchte ausdrücklich betonen: Es ist nicht Aufgabe des Landtags von Baden-Württemberg, sich über konkrete Trassen zu unterhalten, sondern es geht mit dieser Initiative um eine Absichtserklärung, dass wir den zügigen Netzausbau auf Bundesebene brauchen und ihn nicht länger blockieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Diese sogenannte Gleichstromhöchstspannungsleitung soll vor allem den Windstrom von der Nord- und der Ostsee in den Süden transportieren, um die Versorgungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft in Baden-Württemberg und natürlich auch im benachbarten Bayern zu sichern. Allein an der Nord- und der Ostsee sind Windparks mit einer Gesamtleistung von knapp 24 000 MW genehmigt worden. Damit diese Leistung auch in den Süden durchfließen kann, wäre es unverantwortlich, den Netzausbau zu stoppen oder zu torpedieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir halten es für absurd, wenn diese Anlagen wegen der fehlenden Transportnetze zu den Wirtschaftsstandorten auf Kosten der Stromkunden sogar abgeregelt werden müssten, meine Damen und Herren. Wir wollen, dass diese Anlagen CO<sub>2</sub>-freien, klimafreundlichen Strom liefern. Dazu ist die neue SuedLink-Stromtrasse unerlässlich, weil sie die Transportkapazität erhöht und das schwankende Stromangebot aus Wind- und Solarenergie auspendeln kann, um für Netzstabilität zu sorgen.

Das Land Baden-Württemberg wird die beiden zuständigen Übertragungsnetzbetreiber TenneT und TransnetBW daher bei ihrer Trassenfindung im Sinne der umweltfreundlichsten und wirtschaftlichsten Lösung begleiten. Um die Akzeptanz der betroffenen Bürger für das Projekt zu erhöhen, plädieren wir für den Bau der Gleichstromleitung in besonders sensiblen Gebieten auch in Form von Erdkabeln. Ich möchte ausdrücklich sagen: Die Entscheidung über die Verlegung und über die Varianten – ob Freileitungen mit 70 m hohen Masten, vor denen sehr viele Bürger Angst haben, oder Erdkabel – ist eine Entscheidung der Genehmigungsbehörden und vor allem der Bundesnetzagentur. Wir sagen aber auch: Die Erdkabelverlegung muss als Planungsvariante anerkannt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wir begrüßen den weiteren Netzausbau aus der Verantwortung für die kommenden Generationen und weil wir zum endgültigen Ausstieg aus der Atomkraft bis zum Jahr 2022 stehen. Durch diesen Konsens sind in Süddeutschland bereits vier Atomkraftwerke mit einer Leistung von zusammen über 3 000 MW vom Netz gegangen. Das entspricht umgerechnet 8 000 Fußballfeldern, bestückt mit Freiflächenfotovoltaikanlagen – um sich ein Bild davon zu machen, mit welcher Strommenge wir es hier zu tun haben. Bis zum Jahr 2022 werden in Süddeutschland jedoch noch weitere sechs Atomkraftwerke abgeschaltet – mit annähernd der dreifachen Leistung, nämlich rund 8 300 MW. Das entspricht übrigens 22 000 Fußballfeldern, bestückt mit Fotovoltaikanlagen.

Um den Ausfall der Atomkraft zu kompensieren, geht es gar nicht anders, als beim Ausbau der Stromtrassen keine Zeit zu



(Daniel Renkonen)

verlieren. Aus diesen Gründen halten wir das Agieren der Bayerischen Staatsregierung – das sagen wir ausdrücklich – beim geplanten Netzausbau für verantwortungslos und populistisch.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Niko Reith FDP/DVP)

Aktuell sind 3 000 km neue Stromtrassen im Bedarfsplan vorgesehen. Davon sind von bayerischer Seite – wohlgermerkt von der Staatsregierung – rund 800 km strittig gestellt worden. Deutschland hat sich trotzdem in einem breiten politischen Konsens für die Energiewende entschieden, und deshalb sollte das Kirchturmdenken keinen Raum bekommen. Wir Grünen fordern daher Herrn Ministerpräsident Seehofer auf, seine Bierzeltretorik zu beenden und zur Sachpolitik zurückzukehren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Denn jede Verzögerung beim Leitungsausbau gefährdet die Versorgungssicherheit in Süddeutschland.

Lassen Sie mich noch etwas zu dem Antrag, den die Fraktionen gemeinsam – auch auf Anregung der CDU – auf den Weg gebracht haben, sagen. Hierbei geht es um eine Querleitung von Bünzwangen nach Goldshöfe. Wir sagen ausdrücklich: Wir respektieren, akzeptieren und begrüßen es, dass es eine Bedarfsüberprüfung dieser Leitung gibt, und dazu stehen wir auch. Deshalb haben wir diesen Passus mit in den Antrag aufgenommen und wundern uns, dass die CDU-Fraktion trotzdem nicht zustimmt. Aber was nicht ist, kann noch werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Nemeth.

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Versorgungssicherheit und Energiewende nicht gefährden“ – wir, die CDU-Fraktion, haben gleich nach Fukushima in unserem Energiekonzept gesagt: Wer aussteigt, muss auch einsteigen; wer A sagt, muss auch B sagen.

Baden-Württemberg war schon immer Stromimportland. Trotz des Ausstiegsbeschlusses beziehen wir heute immer noch 37 % unseres Energiemixes aus der Kernkraft. Die Kernkraft schalten wir ja gemeinsam bis 2022 ab. Bis dahin – das ist völlig klar; wer A sagt, muss auch B sagen – brauchen wir neue Leitungen. Das haben wir in unserem Energiekonzept von Anfang an gesagt, und die CDU-Fraktion steht auch zu dieser Aussage.

(Beifall bei der CDU)

Denn wir reden hier, meine Damen und Herren, über ein zutiefst wirtschaftspolitisches Thema. Wie Sie wissen, gibt es in Baden-Württemberg etwa 500 000 Betriebe und über zehn Millionen Bürgerinnen und Bürger, die auf diesen Strom angewiesen sind. Der Strom wird nicht in erster Linie in den Haushalten verbraucht, sondern zu über 70 % in Gewerbe und Industrie, in der Wirtschaft.

Wenn diese neuen Leitungen nun nicht kommen, haben wir ein riesiges Problem. Ich würde sogar so weit gehen, zu sagen: Dann ist die Energiewende gescheitert. Denn dann passiert Folgendes: Im Norden Deutschlands stehen – gebaut auch mit Geld aus Baden-Württemberg – bereits heute über 20 000 Windräder, und es werden dort noch einmal 6,5 GW aus Offshorewindkraft hinzukommen. Das entspricht der Leistung von 6,5 Kernkraftwerken. Dann ist die Produktion im Norden angesiedelt; der Bedarf besteht jedoch im Süden.

Daraufhin wird Folgendes passieren: Das Land wird ein Stück weit auseinanderfallen. Wir werden zwei Preiszonen haben. Es gibt Wissenschaftler, die das wollen. Ich muss Ihnen jedoch sagen: Wir, der Landtag, müssen alles dafür tun, dass diese neuen Leitungen kommen. Denn es darf nicht sein, dass Baden-Württemberg die Energiewende zu wesentlichen Teilen mitfinanziert, dafür aber zur Strafe noch höhere Strompreise hinnehmen muss, als wir sie schon jetzt in Süddeutschland haben. Das muss unbedingt verhindert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Neue Leitungen sind auch deshalb sinnvoll, weil hierdurch das Speicherproblem, das bei uns eindeutig besteht, etwas entschärft werden kann. Alle Gutachten sagen: Leitungen sind günstiger als Speicher. Wir haben ja das Problem, dass die Preise tendenziell noch immer steigen. Auch wenn die EEG-Umlage jetzt fällt, werden die Preise weiter steigen, weil für den Ausbau des Leitungsnetzes noch Milliardenbeträge nötig sind.

Zur Wahrheit gehört bei der Energiewende also, dass die Strompreise tendenziell weiter steigen. Das ist so. Wenn wir in Berlin und in Stuttgart in den letzten zwei, drei Jahren etwas weniger auf Grün und Rot gehört hätten, wäre der Strompreis niedriger. Sie haben es zu verantworten, dass der Strompreis immer weiter steigt und höher ist, als es volkswirtschaftlich notwendig wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wer regiert denn in Berlin?)

Wir haben, meine Damen und Herren, nun einen eigenen Antrag eingebracht. Denn wir stehen zum Netzausbau in Deutschland. Dass dieser Ausbau für Baden-Württemberg notwendig ist, habe ich begründet. Allerdings haben Sie in Ihrem Antrag – Herr Renkonen, Sie haben es selbst gerade erwähnt – einige wichtige Punkte schlichtweg vergessen. Wir sind der Meinung, dass wir – das würde ich in erster Linie der SPD empfehlen – die Schreiben von Bundeswirtschaftsminister Gabriel ernst nehmen sollten insofern, als die Notwendigkeit von Leitungen hier teilweise noch geprüft werden muss.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das machen wir doch!)

Denn wir alle wollen nicht, dass sich Bürgerinnen und Bürger – die für das Thema inzwischen sensibilisiert sind – Sorgen wegen des Baus neuer Leitungen machen müssen, wenn diese sich als gar nicht notwendig herausstellen.

Deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht, der die Berliner Diskussion auf den neuesten Stand bringt und der ganz klar formuliert, wie wichtig es ist, auf die tatsächlichen Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen. Wir stehen zur Energiewende, und wir stehen zum Netzausbau. Wir wundern uns

(Paul Nemeth)

allerdings, dass Sie doch etwas schlampig gearbeitet haben. Der Antrag, den wir nun eingebracht haben, ist besser, und deshalb möchten wir, dass Sie unserem Änderungsantrag zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stober.

**Abg. Johannes Stober** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 20. März dieses Jahres hat sich der Umweltausschuss des baden-württembergischen Landtags auf einen Antrag der CDU-Fraktion hin mit dem Thema Netzausbau beschäftigt. Einen Tag später gab es eine Pressemitteilung zur gemeinsamen Haltung dieses Ausschusses, aus der ich mit Erlaubnis des Präsidenten gern zitieren möchte. Ich habe mich nämlich sehr gefreut, dass es zu dieser Gemeinsamkeit kam. Ich zitiere:

*Umweltausschuss steht hinter Plänen für neue Stromleitungen und -speicher*

*Stuttgart. Die vier Fraktionen des Landtags sind sich einig: Die Pläne der Bundesnetzagentur und der EU zum Ausbau der Stromnetze in Baden-Württemberg verdienen die politische Unterstützung aller Verantwortlichen im Land.*

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Weiter unten heißt es:

*Die Mitglieder des Umweltausschusses hätten kein Verständnis für die politische Diskussion in Bayern, in der sowohl die Bayerische Staatsregierung als auch Kommunalpolitiker und der BUND eine sehr kritische Haltung zum Leitungsausbau einnahmen. ...*

*Ebenfalls kritisch gesehen worden sei im Ausschuss die Position des hiesigen Landesverbands des BUND, der Mitte Februar geäußert habe, dass für ihn Stromleitungen, in denen kein grüner Strom fließe, ein Dorn im Auge seien.*

*Das sei eine falsche Beurteilung, weil bei Stromleitungen nicht unterschieden werden könne, aus welchen Kraftwerken der Strom komme. Die Leitungen seien aber auch deswegen nötig, weil zu der schwankenden Stromproduktion aus Wind und Sonne der grundlastfähige Strom gerade aus konventionellen Kraftwerken im Interesse der Stromkunden im Land hinzukommen müsse. Diese Leitungen sicherten die Energiewende ab und stünden nicht im Widerspruch zu ihr, so*

– der Ausschussvorsitzende –

*Müller.*

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Bravo! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Alles richtig!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich hätte mich sehr gefreut, wenn wir heute ebenfalls gemeinsam einen solchen Antrag hätten verabschieden können. Wir hatten bis zum Montagmorgen noch einen Konsens. Ich frage mich, warum Sie ausgeschert sind, Herr Hauk.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich frage mich, was hier passiert ist.

Jetzt legen Sie einen eigenen Antrag vor. Dieser Antrag weist aber einen ganz zentralen Unterschied zu dem der anderen drei Fraktionen auf. Er nimmt nämlich nicht mehr Bezug auf das, was Bundestag und Bundesrat zum Thema Netzausbau entschieden haben – so, als würde hier in Deutschland jetzt alles von vorn losgehen. Das ist der Punkt, den wir nicht akzeptieren können.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist Herr Seehofer!)

– Das ist Seehofer pur. – Wir haben einen langen Diskussionsprozess hinter uns und sind zu einer Entscheidung gelangt. Wenn nun so gehandelt wird, wundere ich mich schon. Am Freitag erhielten Sie von uns den Entwurf für einen gemeinsamen Antrag, mit dem die bestehende Gemeinsamkeit nur noch einmal bekräftigt werden sollte. Und nun bekommen wir heute einen solchen Antrag von Ihnen vorgelegt. Ich verstehe das nicht. Herr Nemeth, Sie drehen Ihre Pirouetten fast noch schneller als Herr Seehofer.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So sieht es aus! – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Ich kann nur sagen: Mit Wirtschaftskompetenz hat das nicht mehr viel zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es! – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Aber eines ist auch klar – auch das steht in den entsprechenden Gesetzen –: Wir bauen nur die Trassen, die wirklich notwendig sind. Deshalb haben wir hierfür in Deutschland auch klare Verfahren. Die Betreiber der Übertragungsnetze machen Vorschläge für einen Netzentwicklungsplan. Diese werden dann von der Bundesnetzagentur bestätigt – oder auch nicht. Anschließend wird der Bundesbedarfsplan alle drei Jahre vom Gesetzgeber – Bundestag, Bundesrat – fortgeschrieben.

Im letzten Jahr war es beispielsweise so, dass von 90 Maßnahmen, die die Betreiber der Übertragungsnetze vorgeschlagen hatten, von der Bundesnetzagentur gerade einmal 56 genehmigt worden sind. Wir haben also tatsächlich funktionierende Strukturen, um überzogenen Vorstellungen der Netzbetreiber einen Riegel vorzuschieben. Wenn die Bundesnetzagentur hier der TransnetBW immer wieder einmal auf die Finger haut, ist das ganz richtig, und das ist auch gut so.

Das gilt natürlich auch für die Trasse, über die jetzt groß diskutiert wird, nämlich für die Trasse Bünzwangen–Goldshöfe. Die steht übrigens auch gar nicht im Bundesbedarfsplangesetz, sondern im EnLAG, im Energieleitungsausbaugesetz, das im Jahr 2009, also vor dem Atomausstieg, beschlossen wurde. Bei den darin aufgeführten Maßnahmen muss heute

(Johannes Stober)

natürlich nochmals hinterfragt werden, ob diese Trassen wirklich notwendig sind oder ob man z. B. durch HGÜ-Trassen, die kommen sollen – Kollege Renkonen hat gerade SuedLink angesprochen –, nicht auf andere Maßnahmen, die schon im EnLAG stehen, verzichten kann.

Genau das passiert ja auch beim EnLAG. Danach erfolgt alle drei Jahre ein Überprüfungsprozess.

Aus Baden-Württemberg sind die Maßnahmen 22 bis 24 in diesem EnLAG. Welche Situation haben wir da? Wir haben eine Netzverstärkung von Großgartach nach Mühlhausen. Der Planfeststellungsbeschluss steht. Die Maßnahme kommt.

Wir haben eine Trasse von Villingen nach Weier. Dazu hat man festgestellt, dass man die nicht braucht. Die Trasse wurde beiseite gelegt, ist aus dem EnLAG heraus.

Die Trasse Bünzwangen–Goldshöfe ist zurzeit zurückgestellt, es läuft eine Elektrizitätswirtschaftliche Bedarfsanalyse, die meines Erachtens auch ein recht eindeutiges Ergebnis gebracht hat. Der Bundesgesetzgeber wird dann abschließend entscheiden, ob diese Trasse im EnLAG bleibt oder nicht.

Ich glaube, Herr Kollege Nemeth, wir sollten unseren Bundestagsabgeordneten – gerade den Bundestagsabgeordneten von SPD und CDU in der Großen Koalition – durchaus vertrauen, dass sie da eine korrekte und verantwortungsbewusste Entscheidung treffen. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass wir hier guten Mutes in die Zukunft blicken können und mit diesem Antrag, den Grüne, SPD und FDP/DVP gemeinsam eingebracht haben, auch absolut auf dem richtigen Weg sind.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Haußmann das Wort.

**Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im September hat das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt gemeinsam mit der Universität Stuttgart eine Studie erstellt, aus der hervorgeht, dass dann, wenn die Trassen nicht so realisiert werden, in Baden-Württemberg und in Süddeutschland eine Stromlücke droht. Minister Untersteller hat diese Studie auch sehr ernst genommen und sie entsprechend kommentiert. Dafür sind wir dankbar. Denn nach unserem Eindruck war das in der Vergangenheit nicht immer so.

Bei einigen Aussagen haben wir uns schon die Frage gestellt, ob man den Ernst der Lage denn wirklich erkannt hat. Dabei reicht das kleine Einmaleins, um zu sehen, dass in Süddeutschland mehrere Tausend Megawatt gesicherte Leistung fehlen werden, wenn bis 2022 die restlichen Kernkraftwerke vom Netz gehen und gleichzeitig Investitionen in moderne Gaskraftwerke ausbleiben, weil diese wirtschaftlich aus dem Markt gedrängt werden.

Natürlich kann ein planungsrechtlich, technisch und politisch so anspruchsvolles Vorhaben wie der Ausbau der Nord-Süd-Leitungen auch einmal ins Stocken geraten. Deshalb wäre es hilfreich gewesen, wenn die grün-rote Landesregierung das Problem nicht jahrelang verniedlicht hätte und nicht erst jetzt aufgewacht wäre, wenn es sozusagen fünf vor zwölf ist.

Die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke in Süddeutschland bei einem gleichzeitig unvollendeten Ausbau der Nord-Süd-Trassen ist eine Operation am offenen Herzen der Energieversorgung. Deshalb ist die unverantwortliche Blockadetaktik, die die Bayerische Staatsregierung unter der Führung von Ministerpräsident Seehofer betreibt, ein brandgefährliches Spiel.

(Beifall bei der FDP/DVP, den Grünen und der SPD)

Obwohl Bayern, Baden-Württemberg und Südhessen im Vergleich zu den nördlichen Transitländern von den Trassenführungen weniger betroffen sind, sind sie die Hauptprofiteure dieser wichtigen Infrastruktur. Jegliche Blockadehaltung und Verzögerungstaktik verbietet sich daher.

Das sollte eigentlich selbstverständlich sein, ist es aber nicht, weil die CSU in Bayern diffuse Ängste in Teilen der Bevölkerung vor einem zukunftssträchtigen Technologie- und Infrastrukturprojekt anheizt und auf dieser Grundlage bestehende Rechtsgrundlagen infrage stellt, um daraus politisch Kapital zu schlagen.

Wir brauchen die im Bundesbedarfsplangesetz als vordringlich eingestuften Übertragungstrassen. Auch wenn Ministerpräsident Seehofer dies nicht einsehen will: Der zeitnahe Ausbau der Übertragungstrassen von der windreichen Küste in den wirtschaftsstarken Süden ist unerlässlich, weil das Bundesbedarfsplangesetz, das noch unter der Union – also auch der CSU – und der FDP verabschiedet wurde, geltendes Recht ist. Er ist unerlässlich, weil dieses Bundesgesetz die energiewirtschaftliche Notwendigkeit und den vordringlichen Bedarf der Trassen verbindlich feststellt. Er ist unerlässlich, weil eine Stromlücke selbst dann, wenn sie nur eine erhöhte Zahl kurzfristiger Stromausfälle mit sich brächte, volkswirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe auslösen und mittelfristig zu massenhaften Produktions- und Arbeitsplatzverlagerungen führen würde.

Letztlich ist der Ausbau auch deshalb notwendig, weil wir den Windstrom dort erzeugen müssen, wo das ohne die heutigen Milliardensubventionen über die Ökostromumlage wirtschaftlich ist, das heißt dort, wo eben ausreichend Wind weht. Das ist an der Küste und perspektivisch, sofern die Offshorewindkraft ihre Stromgestehungskosten bis 2020, wie geplant, senken kann, vor der Küste, aber nicht im Südwesten. Im Südwesten kommen die Windräder durchschnittlich auf gerade einmal 1 200 Volllaststunden; in Schleswig-Holstein sind es mehr als 2 000 und auf See sogar mehr als 4 200.

Ein allzu hoch erhobener Zeigefinger steht daher aber auch den Grünen nicht gut an. Anstatt – wie wir es natürlich auch tun – in Richtung Bayern zu schimpfen, ist es wichtig, dass die Landesregierung mit gutem Beispiel vorangeht. Deswegen fordert die FDP/DVP-Fraktion – erstens – die Landesregierung auf, im Bundesrat Druck auf den Bund auszuüben, damit für die Erdkabellösung endlich eine ausreichende Rechtsgrundlage geschaffen wird.

Zweitens: Verstärken Sie die Dialoge über die möglichen Standorte für den Hochspannungs-Gleichstrom-Konverter am Trassenendpunkt in der Region Philippsburg.

Drittens: Bereiten Sie in enger fachlicher, räumlicher und zeitlicher Abstimmung mit den betroffenen Übertragungsnetzbe-



(Jochen Haußmann)

treibern und einem neutralen Verband einen modernen Bürgerdialog vor. Man muss dieses Rad nicht neu erfinden. Schleswig-Holstein und die Deutsche Umwelthilfe haben beim Bürgerdialog zur Westküstenleitung vorgemacht, wie man den Dialog mit den Bürgern im Dienste einer Verfahrensbeschleunigung nutzen kann.

Unser Eindruck ist: Die Übertragungsnetzbetreiber erwarten vom Umweltminister jetzt endlich konkrete Schritte.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Konrad Epple CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Umweltminister Untersteller das Wort.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Die Diskussion über die Notwendigkeit des Stromnetzausbaus schlägt, wie wir alle wissen, seit geraumer Zeit Wellen. Grund dafür sind vor allem die – jedenfalls aus meiner Sicht – unverantwortlichen Äußerungen des bayerischen Ministerpräsidenten vor etwa anderthalb Wochen, der den Bau der äußerst wichtigen Maßnahmen zum Ausbau des Übertragungsnetzes von Nord nach Süd grundsätzlich infrage gestellt hat und stattdessen den Bau von subventionierten Gaskraftwerken in Bayern fordert.

Ich halte dies für eine verantwortungslose Politik – das will ich an dieser Stelle ausdrücklich sagen – auf Kosten der Versorgungssicherheit hier in Süddeutschland, und ich halte es im Kern auch für einen Angriff auf die Energiewende. Man schadet damit den Unternehmen hier in Baden-Württemberg, man schadet damit übrigens auch den Unternehmen in Bayern, die auf eine sichere Energieversorgung angewiesen sind, und man schwächt mit einer solchen Politik den Wirtschaftsstandort hier in Süddeutschland.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, eine solche Politik, die nur auf kurzfristige Beliebtheitswerte in der Wählerschaft ausgerichtet ist, ist mit mir nicht zu machen. Deshalb freut es mich, lieber Herr Kollege Nemeth, dass man sich hier heute über alle Fraktionen hinweg im Grundsatz sehr einig war. Es freut mich auch, dass sich der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Herr Hauk, mit deutlichen Worten gegen die Haltung Seehofers ausgesprochen hat.

Ich will noch einmal aus der Presse vom 7. Oktober zitieren:

*CDU-Fraktionschef Peter Hauk ging sogar schärfer mit dem Unions-Mann ins Gericht. „Ich halte den Kurs von Herrn Seehofer für gemeingefährlich“, sagte er der „Südwest Presse“ ...*

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Oi! – Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Was? – Weitere Zurufe)

Angesichts dieser Bewertung, Herr Nemeth, wundert es mich, wieso Sie dann wiederum Abstand genommen haben

(Abg. Peter Hauk CDU: Es stimmt!)

von dem gemeinsamen Antrag, auf den sich die vier Fraktionen dieses Hauses ursprünglich verständigt hatten. Meines Erachtens wäre das wirklich ein gutes Signal dieses Hauses gewesen.

Schauen wir uns einmal an, Herr Kollege Nemeth, was der wesentliche Unterschied zu dem Antrag ist, den Sie jetzt vorgelegt haben.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nemeth?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Sobald ich meine Ausführungen beendet habe, gern.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Aha, gut.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Der wesentliche Unterschied ist folgender: In dem Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP steht folgender Satz – ich zitiere –:

*Der Landtag von Baden-Württemberg ...*

*stellt fest, dass zentrale Netzausbauprojekte schon heute – nicht zuletzt aufgrund der vonseiten der bayerischen Landesregierung verursachten Diskussion – gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan deutlich zurückliegen, ...*

Diesen Satz haben Sie gestrichen. Das heißt, die Kritik, die Ihr eigener Fraktionsvorsitzender in der letzten Woche noch öffentlich geübt hat, wollen Sie relativieren. Da frage ich mich schon: Welche Autorität haben Sie, Herr Kollege Hauk, in Ihrer Fraktion noch, wenn Sie ursprünglich Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag signalisiert haben und gestern Nachmittag um 16:30 Uhr nach der Fraktionssitzung plötzlich Abstand davon nehmen? Das finde ich schon einigermaßen verwunderlich, muss ich sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Warum haben Sie denn heute Ihren Antrag geändert?)

Bitte, die Zwischenfrage.

**Abg. Paul Nemeth CDU:** Herr Minister Untersteller, herzlichen Dank. – Zwei Punkte dazu.

Erstens: Wer trifft sich denn regelmäßig mit den Bayern zu Geheimtreffen,

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

schreibt Manifeste, gibt gemeinsame Presseerklärungen ab und rühmt sich mit der Südschiene? Worüber reden Sie eigentlich mit Frau Aigner und mit Herrn Seehofer, wenn nicht über die Netzleitungen und den Ausbau?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Das würde ich schon gern einmal wissen.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was ist daran geheim? – Weitere Zurufe)

(Paul Nemeth)

Das Zweite: Sie haben einfach schlecht vorbereitet. Ihr Ministerium hat schlecht vorbereitet. Sie haben uns am Freitag einen Antrag vorgelegt.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Was ist die Frage? Welche Frage haben Sie denn?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Ich habe ja schon eine Frage gestellt. – Sie haben uns einen Antrag vorgelegt, dem wir zunächst auch Sympathie entgegengebracht haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha!)

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Aha.

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Dann aber wurde uns – Herr Schmiedel, hören Sie gut zu – ein Schreiben von Bundeswirtschaftsminister Gabriel durch unsere Bundestagsabgeordneten zugespielt.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Zugespielt! – Geheim!)

Die Bundestagsabgeordneten der CDU – – Wissen Sie, wir reden noch miteinander, Herr Schmiedel.

(Zurufe)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Nemeth, Sie haben eine Frage zu stellen und keinen Redebeitrag zu leisten.

(Zuruf von den Grünen: So ist es!)

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Das war eine Kurzintervention. Dann geht es wieder.

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das geht aber auch nicht.

**Abg. Paul Nemeth** CDU: Da muss ich schon sagen – –

(Glocke des Präsidenten)

Ist Ihnen dieses Schreiben bekannt, Herr Minister, und, wenn ja, warum berücksichtigen Sie es dann nicht?

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Kollege Nemeth, wenn es eine Kurzintervention ist, dann können Sie hier keine Frage stellen. Zwischendurch war es eine Kurzintervention, jetzt ist es wieder eine Frage. Das geht nicht.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Das ist halt ein bisschen Wirrwarr! – Zuruf des Abg. Paul Nemeth CDU)

Bitte, Herr Minister.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Ich weiß jetzt nicht, von welchem Schreiben Sie reden.

Zum Ersten will ich einmal sagen: Wenn es darum geht, Versorgungssicherheit in Baden-Württemberg sicherzustellen, ist

der Netzausbau zentral. Das andere ist aber auch die Frage: Wie bekommen wir neue Kapazitäten in den Markt? In dieser Frage gibt es seit den letzten drei Jahren eine grundsätzliche Einigkeit mit Bayern. Diese Einigkeit habe ich mit dem früheren Kollegen Huber gepflegt, und diese Einigkeit pflege ich auch mit der jetzt in Bayern zuständigen Wirtschaftsministerin, Frau Aigner.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Deswegen mache ich auch gemeinsam mit ihr Veranstaltungen dazu. Unabhängig davon habe ich kein Problem damit, dann die Position, die Bayern beim Netzausbau einnimmt, in der Art zu kritisieren, wie ich das gemacht habe. Was denn sonst, bitte schön?

Ich würde mir wünschen, dass Sie dazu fähig gewesen wären – statt sich hier hinzustellen und mich zu kritisieren –, den gemeinsamen Antrag zu unterstützen; das wäre sinnvoll gewesen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Noch einmal: Das Einzige, was Sie herausgenommen haben, ist die – berechtigte – Kritik an Bayern in dieser Frage.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Stober?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Bitte.

**Abg. Johannes Stober** SPD: Herr Minister Untersteller, könnten Sie mir bestätigen, dass der Unterschied zwischen den beiden Anträgen nicht nur in der von der CDU aus dem Abschnitt I gestrichenen Ziffer 3 der Ausgangsfassung besteht, sondern insbesondere darin, dass in Abschnitt I Ziffer 1 des CDU-Antrags nur noch allgemein auf einen Ausbau des Übertragungsnetzes Bezug genommen wird, aber nicht mehr auf die Beschlüsse des Bundesrats und des Bundestags,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das kommt hinzu!)

die im Augenblick die Grundlage des Ausbaus sind?

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Frage ist: Können Sie lesen?)

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Genau das kann ich Ihnen bestätigen. Denn der Beschluss des Bundesrats ist so zustande gekommen, dass das Land Bayern mit sechs Stimmen dem Bundesbedarfsplan und seinen über 30 Projekten und auch das Land Baden-Württemberg mit sechs Stimmen dem Bundesbedarfsplan zugestimmt haben. Aber im Gegensatz zu den Repräsentanten aus Bayern steht diese Landesregierung auch dann, wenn sie nach der Bundesratssitzung die Landesgrenzen überschreitet, noch zu den Beschlüssen, statt sich davon zu distanzieren.

Für mich ist das Verhalten Bayerns nicht nachvollziehbar. Daher, Herr Hauk, verstehe ich Ihre Haltung, die Sie in der letzten Woche eingenommen haben, sehr, sehr gut. Ich hätte mir, wie gesagt, gewünscht, dass Sie vor dem Hintergrund Ihrer

(Minister Franz Untersteller)

Äußerungen dann auch diesem gemeinsamen Antrag beigetreten wären.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Zweitens: Herr Kollege Nemeth, Sie haben vorhin angemahnt – Herr Haußmann hat das auch gesagt –, dass hier eine regelmäßige Überprüfung der Projekte stattfinden soll. Ich muss Ihnen einmal sagen: Nichts anderes wird gemacht. In jedem Jahr wird der Netzentwicklungsplan überprüft im Hinblick darauf, wie es für die kommenden zehn Jahre aussieht. Wir haben heute den Netzentwicklungsplan 2013, der bis 2023 gültig ist. Wir sind derzeit bei der Erarbeitung des Netzentwicklungsplans 2014/2015, der dann wiederum für zehn Jahre fortgeschrieben wird.

Es kann durchaus sein, dass sich im Rahmen dieser Überprüfung das eine oder andere Projekt anschließend auch noch einmal – wie soll ich sagen? – etwas anders darstellt. Was aber mit Sicherheit nicht passieren wird – das ist meine Prophezeiung –, ist, dass die großen Trassen, die großen HGÜ-Leitungen – sei es Ultratnet nach Philippsburg, sei es SuedLink nach Großgartach – infrage gestellt werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das macht doch niemand!)

Ich meine, das ist nun wirklich ein ganz zentrales Projekt zur Umsetzung der Energiewende. Genau dies hat aber der bayerische Ministerpräsident in der letzten, vorletzten Woche infrage gestellt. Ich meine – Herr Hauk, da sind wir uns, glaube ich, einig –,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

dass damit natürlich eine ganz wesentliche Komponente der Energiewende infrage gestellt ist.

Ich will einmal versuchen, das auch mit ein paar Zahlen zu unterfüttern.

Der Stromverbrauch in Baden-Württemberg liegt in etwa bei 80 TWh, 80 Milliarden KWh, pro Jahr. Die Erzeugung in Baden-Württemberg liegt gegenwärtig aber bei plus/minus 60 TWh, 60 Milliarden KWh, pro Jahr. Kollege Nemeth hat es vorhin schon angesprochen: Baden-Württemberg war schon immer ein Stromimportland. Aber das Land wird dies in den nächsten Jahren vermutlich eher noch in verstärktem Maß werden. Warum? Die beiden großen Blöcke gehen noch vom Netz: Philippsburg 2 im Jahr 2019, Neckarwestheim II im Jahr 2022. Das macht insgesamt 2,6 GW.

Es kommt aber noch hinzu, dass konventionelle Kraftwerke vom Netz gehen. Die EnBW hat eine Reihe von Kraftwerken zur Stilllegung angemeldet, die bislang von der Bundesnetzagentur als systemrelevant eingestuft werden, weil sie für die Versorgungssicherheit notwendig sind. Auch aus Altersgründen werden noch Kraftwerke herausgenommen werden.

Das heißt, 2020 werden wir unter Berücksichtigung der Zahlen der Bundesnetzagentur insgesamt – Zubau und Weggang eingerechnet – ein Delta in einer Größenordnung von 7 000 bis 8 000 MW in Süddeutschland haben. Das heißt, die Notwendigkeit, Zugriff auf Kapazitäten außerhalb von Baden-Württemberg bzw. außerhalb von Bayern zu haben, nimmt nicht ab, sondern nimmt zu.

Im Leitszenario des Netzentwicklungsplans 2013 ist ausgeführt, dass im Jahr 2023 in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern noch einmal Onshorewindenergiekapazitäten mit einer Leistung von 6,8 GW bzw. 4,1 GW zusätzlich installiert werden. Bis 2023 kommen weitere ca. 6,5 GW an Offshorekapazitäten hinzu.

Der letzte Punkt, den ich schließlich noch erwähnen will: Die im Bundesbedarfsplan enthaltenen Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen, sprich die HGÜ-Verbindungen, wiederum schaffen nun zukünftig die notwendigen Übertragungskapazitäten, um auf die in den letzten Jahren aufgebauten Kapazitäten in Norddeutschland und die weiter im Aufbau befindlichen Kapazitäten, die im Übrigen sehr kostengünstig sind, bei uns in Süddeutschland in den Lastzentren – dem Münchener Raum, dem Stuttgarter Raum, dem Raum Mannheim/Ludwigshafen; da, wo die Industrie den Bedarf hat – tatsächlich auch Zugriff zu haben. Dafür benötigen wir solche Projekte wie SuedLink. Dafür benötigen wir aber auch das Projekt Ultralink.

Ich denke, die Zahlen, die ich präsentiert habe, zeigen deutlich, dass ohne den Netzausbau die Energiewende für Süddeutschland nicht funktionieren kann. Die Bundesnetzagentur hat die im Bundesbedarfsplan aufgeführten Maßnahmen unter Beteiligung von unabhängigen Experten – das will ich an dieser Stelle betonen – auf ihre Notwendigkeit geprüft. Es gibt überhaupt keinen Grund dafür, dieses Verfahren, das hier gewählt wurde, das in dieser Art und Weise bis dahin einmalig war – nämlich die Entwicklung des Szenariorahmens und auch die Entwicklung des Netzentwicklungsplans bis hin zum Bundesbedarfsplan, dem, wie gesagt, Bayern und Baden-Württemberg zugestimmt haben –, ohne Begründung in dieser Art in Zweifel zu ziehen, wie es seitens der führenden Repräsentanten der Bayerischen Staatsregierung, insbesondere des dortigen Ministerpräsidenten, gemacht worden ist. Noch einmal: Damit gefährdet man meines Erachtens die Versorgungssicherheit in Süddeutschland.

Ich fordere deshalb die Bundesregierung auf, den 2013 gemeinsam von Bundestag und Bundesrat – wie gesagt: auch mit den Stimmen der CSU – beschlossenen Bundesbedarfsplan zügig umzusetzen und die hierfür erforderlichen Rahmenbedingungen unverzüglich auf den Weg zu bringen.

Herr Haußmann, Sie haben noch einmal auf die Herangehensweise in Schleswig-Holstein hingewiesen, auch unter Hinzuziehung der DUH, was das dortige Netzausbauprojekt betrifft, um frühzeitig auch die Öffentlichkeit mitzunehmen. Ganz klar: Nichts anderes machen wir hier in Baden-Württemberg. Auch ich habe die DUH mit ins Boot geholt. Wir hatten vor etwa vier Wochen in Neckarsulm ein Auftakttreffen mit den Vertretern der kommunalen Landesverbände, der Wirtschaft, des Bauernverbands, der Umweltverbände, aber auch der DUH und anderer, bei dem wir uns über eine gemeinsame Zielvereinbarung und darauf aufbauend über einen Prozess unterhalten haben, der Stück für Stück zunächst die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der betroffenen Regionen und dann natürlich auch die Bürgerinnen und Bürger der betroffenen Regionen frühzeitig mitnimmt und frühzeitig informiert. Gerade weil Schleswig-Holstein hier erfolgreich war, habe ich gesagt: Wir schauen einmal, ob wir hier ähnlich vorgehen. Ich denke, da sind wir uns mit Ihnen vollkommen einig.



(Minister Franz Untersteller)

Wichtig ist mir – das hat vorhin Kollege Renkonen angesprochen –, dass wir in Bezug auf die Akzeptanz dem Thema Erdverkabelung einen größeren Stellenwert beimessen. Ich glaube, dass gerade eine Erdverkabelung bei diesen Projekten einiges an Diskussionen entschärfen und einiges zur Akzeptanzverbesserung beitragen kann.

Herr Kollege Haußmann, es ist aber nicht notwendig, die gesetzlichen Grundlagen dafür zu schaffen. Vielmehr wurden die gesetzlichen Grundlagen dafür mit der Novelle des EEG geschaffen, die im Frühsommer dieses Jahres verabschiedet wurde. Sie können dort sehen, dass extra ein Artikel eingefügt worden ist, der vorsieht, dass man bei den HGÜ-Projekten, die von Nord nach Süd gehen, zukünftig das Thema Erdverkabelung entsprechend berücksichtigen kann und dies dann seitens der Bundesnetzagentur im Zuge der Frage, welche Preise und Kosten anrechenbar sind, auch berücksichtigt werden kann.

Die Landesregierung – Sie sehen es an meinen Ausführungen in Bezug auf das Projekt SuedLink – unterstützt den Netzausbau bereits nach Kräften. Wir haben, wie gesagt, auch hier in Baden-Württemberg ein Dialogverfahren auf den Weg gebracht.

Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass als Reaktion auf die Äußerungen, die der bayerische Ministerpräsident gemacht hat, am 8. Oktober auf Energieministerebene von den Kollegen aus Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie von mir eine Erklärung verabschiedet wurde, in der wir uns deutlich gegen die Haltung des bayerischen Ministerpräsidenten positionieren und uns für den Bau des Energiewendeprojekts – das will ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen –, der SuedLink, einsetzen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Lusche?

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Wenn es nicht auf meine Redezeit angerechnet wird, gern.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die ist sowieso schon lange überschritten!)

– Ja, ich bin fertig. Keine Bange.

**Abg. Ulrich Lusche** CDU: Das wollen wir in jedem Fall vermeiden, Herr Minister.

(Heiterkeit)

Vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Ich möchte Sie zur Klarstellung Folgendes fragen:

Erstens: Stimmen Sie mir zu, dass sich sowohl der Antrag der anderen drei Fraktionen als auch unser Änderungsantrag gerade nicht ausschließlich auf SuedLink, sondern auf sämtliche beschlossenen Maßnahmen beziehen?

Zweitens: Können Sie mir noch einmal bestätigen – Sie haben den Netzentwicklungsplan angesprochen –, dass es gerade in diesen Gesetzen angelegt ist – wobei der Netzentwick-

lungsplan die Grundlage z. B. für den Bundesbedarfsplan ist –, dass notwendigerweise einer dauernden Überprüfung unterliegen muss, wie die Bedarfe tatsächlich gelagert sind?

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, wie Sie folgendes Zitat bewerten:

*In der breiten Konsultation zum Netzentwicklungsplan 2014 sind bei den Netzbetreibern zahlreiche Hinweise zum Netzausbaubedarf eingegangen. Ich würde es begrüßen, wenn die Übertragungsnetzbetreiber beim ... vorzulegenden 2. Entwurf ... die Konsultation ... konstruktiv aufnehmen und fundierten Hinweisen bei ihrer weiteren Planung Rechnung tragen.*

Weiter heißt es:

*Auf der Basis des reformierten EEG ist zu erwarten, dass sich die regionale Verteilung ... anders über das Bundesgebiet verteilen dürfte als noch im 1. Entwurf ... angenommen.*

Der zitierte Mann heißt Baake, ist Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium und, wie ich glaube, Ihrer Partei in Zuneigung zugetan.

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Mitglied.

**Abg. Ulrich Lusche** CDU: Würden Sie mir bestätigen, dass es zwangsläufig im System angelegt ist, dass solche Bedarfe überprüft werden müssen? Würden Sie vor diesem Hintergrund akzeptieren, dass dies wichtig ist, falls wir in Baden-Württemberg Leitungsverläufe haben, bei denen sich die Bedarfe nicht so darstellen wie ursprünglich angenommen, und dass selbstverständlich ein Minister, der gerade ein Umweltinformationsgesetz mit breiterer Öffentlichkeitsbeteiligung vorlegt, öffentliche Anregungen und Kritik aufnehmen muss?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller:** Herr Kollege Lusche, ich verstehe Ihre Frage beim besten Willen nicht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist ja das Problem!)

Warum verstehe ich sie nicht? Kollege Stober, aber auch andere sind vorhin ausdrücklich darauf eingegangen, dass in dem gemeinsamen Antrag das Thema, das Sie ansprechen, nämlich das Projekt Bünzwangen–Goldshöfe, ausdrücklich aufgenommen ist. Es handelt sich in diesem Fall nicht um ein Projekt des Bundesbedarfsplans – das hat Herr Abg. Stober ausgeführt –, sondern es handelt sich um ein Projekt des EnLAG aus dem Jahr 2009.

(Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Da gibt es ein klares Verfahren, wie damit umgegangen wird.

Was den Bundesbedarfsplan betrifft, braucht es zur Überprüfung nicht den Antrag der CDU, sondern diese Überprüfung ist im Verfahren des Bundesbedarfsplans von vornherein angelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

(Minister Franz Untersteller)

Wozu es aber Bedarf gegeben hätte, wäre, in einem gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen ein klares Signal auszusenden und deutlich zu machen, welchen Stellenwert der Ausbau der Netze von Nord nach Süd hat.

(Abg. Winfried Mack CDU: Sie wollen es nicht karpieren!)

Ich bedaure es ausdrücklich, dass sich Ihre Fraktion nicht dazu durchringen konnte.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Renkonen das Wort.

**Abg. Daniel Renkonen GRÜNE:** Die Argumente sind ausgetauscht.

(Vereinzelte Beifall)

Meine Damen und Herren von der CDU, es ist noch nicht zu spät. Geben Sie sich jetzt einen Ruck. Wir brauchen ein starkes Signal aus Baden-Württemberg für den Netzausbau. Sagen Sie sich von der Netzausbaubremse Seehofer los.

Deshalb unser Petition an Sie: Schließen Sie sich dem Antrag an. Es ist alles noch einmal erläutert worden. Es gibt eine regelmäßige Evaluierung der gesamten Maßnahme. Deshalb gibt es keinen Grund, eine Extrawurst zu braten. – Mensch Uli, das haben wir in den letzten Tagen doch alles schon besprochen. Das verstehe ich nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich sage Ihnen im Gegenzug zu, dass es bei allen verschiedenen Planungsabschnitten eine frühzeitige Bürgerbeteiligung geben wird. Es werden hier nicht über die Köpfe hinweg irgendwelche Freileitungen gebaut.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Das ist ganz klar, und das wollen wir hier noch einmal betonen. Deshalb bedarf es auch da keiner Sorgen und Nöte der CDU-Fraktion. Deshalb würde ich sagen: Wir machen einen gemeinsamen Antrag daraus.

(Abg. Winfried Mack CDU: Stimmen Sie unserem zu!)

Ansonsten sehen wir, die Fraktion GRÜNE – ich denke, auch die Kollegen –, uns gezwungen, den Ziffern 1 und 3 von Abschnitt II Ihres Antrags nicht zuzustimmen.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir liegen keine weiteren – –

(Abg. Paul Nemeth CDU: Der Minister hat doch überzogen! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Der überzieht immer! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das lässt sich aber digital messen!)

– Er hat die Redezeit um zwei Minuten 32 Sekunden überschritten.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das haben wir gefühlt!)

Ich könnte jetzt den Fraktionen zusätzliche Redezeit geben. Das mache ich in diesem Fall auch: Jede Fraktion bekommt eine Minute Zusatzredezeit.

(Zuruf: Mensch Franz! – Abg. Volker Schebesta CDU: Wir stellen einmal eine Stoppuhr! – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Bitte, Herr Kollege Nemeth.

**Abg. Paul Nemeth CDU:** Vielen Dank, Herr Präsident. Ich muss einfach noch zwei Punkte loswerden.

Der Minister hat die Debatte hauptsächlich dazu genutzt, Herrn Seehofer zu kritisieren. So weit, so gut.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Auch wir haben Herrn Seehofer kritisiert. Aber, Herr Untersteller, was ist denn mit dem BUND, Ihren „Fußtruppen“?

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

Die hätten Sie doch auch einmal kritisieren können. Sie hätten sagen können: „Jungs, ihr macht da einen riesigen Fehler. Durch die Leitungen geht nicht nur Energie aus Kohle, sondern auch Energie aus Windkraft.“ Das wäre Ihre Hausaufgabe gewesen. Diese Hausaufgabe haben Sie nicht gemacht. Sie sollten Herrn Seehofer daher keinen Populismus vorwerfen; denn Sie haben selbiges getan.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir hätten Ihrem Antrag liebend gern zugestimmt. Er ist aber handwerklich schlecht gemacht. Das ist daran zu erkennen, dass Sie binnen 24 Stunden einen zweiten Antrag nachgelegt haben. – Mensch Daniel!

(Heiterkeit – Beifall der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr schön!)

Deswegen haben wir einen Änderungsantrag eingebracht. Wir wollen nämlich konstruktiv sein. Wir haben die Energiewende immer auch als unser Projekt gesehen und sehen das auch in Zukunft so.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: „Immer“ ist übertrieben!)

– Aber selbstverständlich!

(Unruhe)

Deswegen bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jawohl! Mensch Paul!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Will jetzt jede Fraktion zusätzliche Redezeit? – Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Stober.

**Abg. Johannes Stober** SPD: Herr Kollege Nemeth, wenn wir in Abschnitt I Ziffer 3 auch noch die liebe Frau Dahlbender vom BUND analog zu Herrn Seehofer würdigen sollen, hätten wir nichts gegen eine solche Ergänzung.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Ich habe kein Problem damit – wir haben das ja gemeinsam gemacht –, neben der CSU auch manche Umweltverbände und den BUND für ihre Haltung zu kritisieren, die mit ihren Äußerungen an dieser Stelle die Energiewende infrage stellen.

Was aber nicht geht – das ist aus meiner Sicht der Knackpunkt –, ist, dass Sie in Ziffer 1 jede Bezugnahme zu dem, was in den letzten Jahren im Netzausbau für die Energiewende geleistet wurde, herausgestrichen haben und sich hier aus dem Staub machen. Das ist das, was nicht geht.

(Abg. Winfried Mack CDU: Stimmt nicht!)

Wir wollen hier ein Zeichen setzen, Herr Kollege Mack. Wir wollen hier ein Zeichen setzen, dass wir den Netzausbau auf der Basis dessen, was wir in unseren Gesetzen – Energiewirtschaftsgesetz, EnLAG, Bundesbedarfsplangesetz – geregelt haben, umsetzen. Wir wollen ein Zeichen setzen, dass das so kommt und auf dieser Grundlage gebaut wird und auf dieser Grundlage auch überprüft wird, wie Kollege Untersteller gerade eben noch einmal gesagt hat. Das ist das, was wir wollen. Diesen entscheidenden Satz haben Sie herausgenommen. Das ist der Punkt, den wir Ihnen auch vorwerfen, weil Sie sich an dieser Stelle beim Thema Netzausbau aus dem Staub machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Weil wir schon weiter sind als Sie!)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Es gibt keinen Kompromiss mehr bei der Redezeit.

(Heiterkeit des Abg. Winfried Mack CDU)

Wir kommen jetzt zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags. Zum Antrag Drucksache 15/5863 (Geänderte Fassung) liegt der Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/5875, vor. – Sie sind damit einverstanden, dass ich die Abschnitte I und II zusammen zur Abstimmung stelle. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/5875, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Wir kommen jetzt zum Antrag Drucksache 15/5863 (Geänderte Fassung). Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Antrag mehrheitlich angenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Somit ist Tagesordnungspunkt 4 beendet.

Zum Tagesordnungspunkt 5 gibt es die Besonderheit, dass sich die Fraktionen offensichtlich darauf verständigt haben, dass es nur drei Minuten Redezeit pro Fraktion geben soll. Ich hoffe, dass sich alle daran halten.

(Heiterkeit der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD – Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes – Drucksache 15/5363**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Innenausschusses – Drucksache 15/5758**

**Berichterstatter: Abg. Karl Klein**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hatte für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt; Sie haben sie jetzt auf drei Minuten je Fraktion reduziert. Ich gehe davon aus, dass Sie das einhalten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Hollenbach.

**Abg. Manfred Hollenbach** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach so komplizierten und strittigen Themen geht es jetzt etwas einfacher zu. Das Gesetz, das zur Beratung und Entscheidung ansteht, hat nur auf eine kleine Personengruppe von kommunalen Wahlbeamten Auswirkungen. Diesem stimmen wir, die CDU-Fraktion, zu.

Wir bedauern es zwar und sind auch etwas enttäuscht, dass unser Änderungsantrag mit dem Begehren, die Zulage ab der dritten Amtszeit auch Beigeordneten zu gewähren, keine Mehrheit gefunden hat – das ist tatsächlich bedauerlich –, aber wir nehmen es hin. Wir werden deshalb keine separate Abstimmung verlangen und diesen Änderungsantrag nicht nochmals einbringen.

Nicht zustimmen werden wir allerdings dem Antrag der Fraktion der FDP/DVP die Direktwahl der Landräte betreffend. Wir sind der Meinung: Solange Landräte Leiter umfangreicher unterer Verwaltungsbehörden sind, solange Landräte Genehmigungen, Versagungen und Verfügungen streng nach den Vorgaben von Gesetzen zu entscheiden haben, solange die Landkreise überwiegend durch Bundesmittel, Landesmittel und Umlagen der Kommunen finanziert werden und solange das Aufgabenfeld der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaft Landkreis so klar umrissen und begrenzt ist, so lange macht eine Volkswahl keinen Sinn. Deshalb lehnen wir dies ab.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Schwarz.

**Abg. Andreas Schwarz** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der zweiten Lesung noch ein paar Worte zu unserem Gesetzentwurf: Er fügt sich gut ein in die kommunalfreundliche Haltung, die wir gegenüber den Landkreisen sowie Städten und Gemeinden pflegen. Wir freuen uns



(Andreas Schwarz)

über die positive Zustimmung zu unserem Gesetzentwurf. Bei der Anhörung haben alle beteiligten Verbände zu erkennen gegeben, dass sie unser Ziel teilen, die Besoldung der Oberbürgermeister der Großen Kreisstädte und der Landräte um eine Stufe anzupassen.

Im Innenausschuss war ferner in der Diskussion, ob man die Besoldung der Beigeordneten anheben sollte. Wir machen das mit diesem Gesetzentwurf, aber den Zuschlag ab der dritten Periode wollen wir für die Beigeordneten nicht einführen. Es gibt eben einen Unterschied zwischen einem direkt gewählten Bürgermeister, einem direkt gewählten Oberbürgermeister, der die volle Verantwortung für eine Stadt trägt, und Beigeordneten. Deshalb nehmen wir die Beigeordneten bei diesem Zuschlag aus.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Landräte sind doch auch nicht direkt gewählt!)

– Jetzt sprechen Sie die Landräte an. Bei den Landräten sind wir, was die Volkswahl angeht, noch in der Diskussion.

(Lachen der Abg. Dr. Ulrich Goll und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dieses Thema, Herr Kollege, ist ganz klar im Koalitionsvertrag verankert. Deshalb haben sich die Parteien auf diesen Weg gemacht. Wir sehen aber: Es gibt Themen, die wir zuerst abarbeiten müssen. Dazu hat die Änderung des Kommunalwahlrechts gehört, dazu hat die interfraktionelle Arbeitsgruppe zur Bürgerbeteiligung gehört, auch die Änderung der Gemeindeordnung. Über die Direktwahl der Landrätinnen und Landräte wird man noch zu entscheiden haben.

Was die Besoldung der Landräte angeht, sage ich ganz klar: Die Aufgabenvielfalt bei den Landrätinnen und Landräten hat in den letzten Jahren zugenommen. Deshalb halten wir es für sachgerecht, hier um eine Stufe nach oben zu gehen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die kriegen den Zuschlag!)

Kurzum: Wir meinen, auch die Chefs in den Rathäusern und Landratsämtern müssen adäquat bezahlt werden, damit die Stellen attraktiv sind. Wir freuen uns über eine breite Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Sakellariou.

**Abg. Nikolaos Sakellariou SPD:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist eine kleine Gruppe, die von dem Gesetz, das wir heute beschließen werden, profitieren wird, aber es ist eine wichtige Gruppe. Denn für das Lebensgefühl und ein gutes Funktionieren hier in Baden-Württemberg sind die Landräte, die Oberbürgermeister von Gemeinden ab 30 000 Einwohnern sowie die Beigeordneten eine entscheidende Größe. Die Besoldung für die Landräte ist seit dem Jahr 1979 nicht mehr angehoben worden. Die Oberbürgermeister von Städten ab 30 000 Einwohnern sind seit dem Jahr 2000 nicht mehr in der Symmetrie, in der sie vorher waren. Dasselbe gilt für die Beigeordneten.

Es ist im Grunde alles gesagt worden. Auf die streitigen Punkte will ich aber doch noch kurz eingehen:

Dass die Besoldung der Landräte jetzt angehoben wird, hat natürlich nicht nur mit dem Abstand zu tun, der seit 1979 entstanden ist. Entscheidend ist der Aufgabenzuwachs in dieser Zeit, einschließlich der letzten Verwaltungsreform, die zu einem erheblichen Aufgabenzuwachs geführt hat. Welche Bedeutung die Landräte in den staatlichen Aufgabenfeldern haben, sieht man ganz aktuell bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik, bei der die Landräte staatliche Aufgaben in einem Umfang erledigen müssen – in unserem Auftrag, im Auftrag des Landes –, der nicht von Pappe ist; diese Aufgaben sind von erheblicher Bedeutung. Insofern ist die Anhebung der Besoldung schon aus diesem Grund gerechtfertigt.

Die Zulage für die dritte Amtszeit sowohl für Oberbürgermeister als auch für Landräte ist eine gute Entscheidung, die auch aus der kommunalen Familie angeregt wurde. Sie wird zunächst zwar Mehrkosten verursachen, wird aber auf lange Sicht die Kommunen entlasten und für Kontinuität sorgen. Dass wir das bei den Beigeordneten nicht vorgesehen haben, ist aus meiner Sicht auch absolut nachvollziehbar; denn wenn wir dies auch noch 1 : 1 übertragen würden, wäre aus unserer Sicht der Abstand zwischen Beigeordnetem und Bürgermeister bzw. Oberbürgermeister bei der Besoldung nicht mehr gewährleistet.

Den anderen Vorschlag, der noch in der Diskussion war, die Vordienstzeiten anzurechnen und dann ab 16 Jahren diese Amtszulage zu bezahlen, haben wir im Verfahren abgelehnt, weil sich in der Regel diejenigen Amtsinhaber, die sich im Laufe der Zeit um eine andere Position bewerben – jedenfalls kenne ich es nicht anders –, für eine höher dotierte Stelle bewerben. Insofern wäre dies aus meiner Sicht ein Fehlanreiz. Wir wollen ja die Leute auf der Stelle halten.

Was die aufgeworfene Frage der Direktwahl der Landräte angeht, so fällt mir hierzu ein Zitat des Fußballers Jens Jeremies ein:

*Das ist Schnee von morgen.*

Diese Frage steht im Moment nun wirklich nicht an und hat eine ganz andere Funktion in dieser Debatte. Heute ist der Tag, an dem wir alle gemeinsam als Landtag dafür sorgen sollten,

(Glocke des Präsidenten)

dass die kommunale Familie ihre Wünsche erfüllt bekommt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Zickzack!)

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Professor Dr. Goll.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir gönnen allen eine leistungsgerechte Bezahlung. Aber bei dem Vorschlag, der jetzt vorliegt, fehlt uns die logische Geschlossenheit. Die Argumente werden sozusagen nur bruchstückhaft vorgezeigt, und wenn man genau hinschaut, werden sie nirgendwo durchgehalten.

(Dr. Ulrich Goll)

Nehmen wir das Argument „Probleme mit der Kandidatensuche“ oder das Argument, es gebe ein Problem hinsichtlich des Aufwands für den Wahlkampf. Verzeihung, das gilt halt nur für Bürgermeister und Oberbürgermeister, es gilt nicht für Landräte. Aber auf Landräte wird es auch angewendet. Es hieß eben, die Besoldung der Landräte sei seit 1979 nicht mehr angehoben worden. Lieber Herr Sakellariou, das ist natürlich blanker Unsinn. Die Sätze sind wahrscheinlich jedes Jahr angehoben worden. Aber wenn Sie Anhebung so verstehen, dass sie jedes Jahr in eine höhere Besoldungsgruppe kommen, dann wären sie heute in B 42 – so ungefähr.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau!)

Der Mangel bei den Landräten könnte leicht behoben werden, aber dem verweigern Sie sich. Sie schreiben die Direktwahl, die logisch wäre, die auch Ihren Entwurf schlüssig machen würde, in den Koalitionsvertrag, machen es aber nicht. Dann wird sozusagen wieder in schwarz-scher Logik gesagt: „Wir machen erst Bezahlung, dann die Direktwahl.“ Aber das empfinden wir jedenfalls an dieser Stelle als eine falsche Reihenfolge.

Dann kommt das Argument „8 % mehr für die dritte Wahlperiode“. Das Argument ist richtig, endet aber seltsamerweise wieder vor den Beigeordneten, die nicht einbezogen werden. Dafür gibt es wiederum kein eigentliches Argument. Da hilft man sich dann – Verzeihung – mit schwarz-scher Logik wieder mit dem Verweis auf die Bürgermeister und sagt, dass die Beigeordneten nicht direkt gewählt werden. Aber das werden die Landräte auch nicht. Also stimmt es da auch nicht.

Übrigens, was die Besoldung angeht: Was den Abstand bei der Besoldung zwischen den Beigeordneten, dem Ersten Beigeordneten beispielsweise, und dem Oberbürgermeister betrifft, so hat uns heute hierzu – mich jedenfalls, Sie vielleicht auch – ein interessantes Berechnungsbeispiel erreicht. Dass der Abstand nach Ihrer Reform 2 000 € beträgt, das kann ich Ihnen schwarz auf weiß zeigen. Dieser Abstand hinterher ist zu groß. Die Logik fehlt; das haben wir festgestellt.

Ich ziehe daher das Fazit: Es riecht, meine Damen und Herren, ein bisschen nach Wahlgeschenk,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wie so vieles!)

teilweise auch auf Kosten anderer. Wir sind der Meinung, dass dieses Wahlgeschenk grundsätzlich nicht die Falschen trifft; deshalb werden wir den Gesetzentwurf auch nicht ablehnen. Wir werden aber – weil die Begründung nicht überzeugt, gerade angesichts der anhaltenden Verweigerung bei der Frage der Direktwahl der Landräte – auch nicht dafür stimmen. Wir werden uns also ausnahmsweise einmal enthalten.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5363.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Innenausschusses, Drucksache 15/5758. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen. Hierzu liegt der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/5865, vor, den ich nach der Schlussabstimmung aufrufen werde.

Ich rufe auf

#### Artikel 1

##### Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes

mit den Nummern 1 und 2. Sind Sie damit einverstanden, dass ich den Artikel insgesamt zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall.

Wer dem Artikel 1 mit den Nummern 1 und 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei mehreren Enthaltungen ist Artikel 1 mit Mehrheit angenommen.

Ich rufe auf

#### Artikel 2

##### Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei mehreren Enthaltungen ist Artikel 2 angenommen.

##### Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 15. Oktober 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

##### Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landeskommunalbesoldungsgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

#### Schlussabstimmung

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Bei mehreren Stimmenthaltungen ist das Gesetz damit beschlossen worden.

Wir haben nun noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/5865, abzustimmen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP mehrheitlich abgelehnt.

Somit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 6:**

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes – Drucksache 15/5444**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/5723**

**Berichterstatter: Abg. Klaus Herrmann**

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Sie selbst haben diese auf drei Minuten reduziert.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ein „Amen“ würde genügen! – Vereinzelt Heiterkeit)

Ich bitte um Beachtung.

Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Kößler.

**Abg. Joachim Kößler** CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der Änderung des Landeskirchensteuergesetzes geht es um eine Umsetzung von bundesrechtlichen Regelungen. Zum einen geht es darum, dass die Einführung eines automatischen Verfahrens zum Kirchensteuerabzug bei Kapitaleinkünften geordnet wird, zum anderen geht es um die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften mit Ehegatten im Kirchensteuerrecht.

Lassen Sie mich ganz kurz etwas zum Verfahren sagen. Seit 2009 führen Banken – z. B. Sparkassen – und Kapitalgesellschaften 25 % Abgeltungssteuer plus Soli an das Finanzamt ab. Die Kirchensteuer wurde bisher nur dann abgeführt, wenn der Kunde seiner Bank die Religionszugehörigkeit mitgeteilt hat. Tat er das nicht, musste er in der Vergangenheit seine Kapitalerträge in der Einkommensteuererklärung deklarieren, und diese Abgaben wurden dann eingezogen. Allerdings haben das manche nicht gemacht, und es kam daher zu Steuerausfällen größeren Ausmaßes. Man spricht von Hunderten von Millionen Euro.

Das ändert sich jetzt. Sowohl Banken – z. B. Sparkassen – als auch Kapitalgesellschaften und Genossenschaften führen künftig Steuern auf Kapitalerträge automatisch ab. Dazu ist ein besonderes Verfahren notwendig. Sie müssen beim Bundeszentralamt für Steuern die Religionszugehörigkeit anfragen und bekommen von dort einen sechsstelligen Schlüssel. Diesem Schlüssel können die Banken allerdings nicht entnehmen, welcher Religion ihr Kunde angehört.

Der Steuerzahler kann allerdings beim Bundeszentralamt für Steuern einen Sperrvermerk beantragen. Dann wird seine Religionszugehörigkeit nicht bekannt gegeben. Für Kirchensteuerzahler, die diesen Sperrvermerk beantragen, ist es allerdings auch künftig notwendig, dass sie bei ihrer Einkommensteuererklärung die Kapitalerträge zur Ermittlung der festzusetzenden Kirchensteuer deklarieren. Das zuständige Finanzamt bekommt vom Bundeszentralamt eine Benachrichtigung über den Sperrvermerk.

Lassen Sie mich ein paar kritische Anmerkungen zu diesem Verfahren machen. Etwa 600 000 Kapitalgesellschaften müssen nachfragen, welche Religionszugehörigkeit jeweils der einzelne Gesellschafter hat. Diese Abfragen kosten viel Energie und viel Zeit und sind natürlich sehr bürokratisch. – Ich versuche, gleich zum Ende zu kommen.

Diese Abfrage muss auch für Einmanngesellschaften durchgeführt werden, und zwar jedes Jahr.

Fazit des ganzen Verfahrens: Für den Steuerzahler wird es einfacher. Für viele Steuerzahler, insbesondere für diejenigen, die ihrer Bank einen Freistellungsauftrag erteilt haben, wird

alles gleich bleiben. Die Banken klagen über erheblichen bürokratischen Aufwand. Das hängt auch damit zusammen, dass das Bundeszentralamt nicht gut vorbereitet ist, was die Datenbank betrifft.

Der automatische Steuerabzug führt insgesamt zu mehr Steuergerechtigkeit und natürlich zu höheren Steuereinnahmen bei den Kirchen. Verschiedenen Presseberichten zufolge hat das neue Verfahren auch zu Kirchenaustritten geführt.

Ich gehe davon aus, dass noch Berichtigungen erfolgen. Mehr Öffentlichkeitsarbeit ist notwendig. Denn teilweise ist der Eindruck entstanden, dass es sich um eine neue Steuer handle.

Die Kirchen werden mehr Geld einnehmen. Das ist gut so. Denn dadurch können sie mehr soziale und seelsorgerische Projekte durchführen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Halder.

**Abg. Wilhelm Halder** GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Der Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Kirchensteuergesetzes steht heute zur Zweiten Beratung an. Das Änderungsgesetz führt zu einer Vereinfachung der Zahlung von Kirchensteuer auf Kapitalerträge, also zum Bürokratieabbau durch den direkten Einbehalt der Kirchensteuer auf Kapitalerträge durch Versicherungen und Banken. Schließlich soll derjenige, der Erträge hat, auch seinen Anteil an die Kirche leisten, so er dort Mitglied ist.

Diese Änderung ist eine Maßnahme zur Sicherung des Kirchensteueraufkommens für die Kirchen und Religionsgemeinschaften. Schon bisher gab es die Pflicht zur Abführung von Kirchensteuer auf Kapitalerträge oberhalb des Steuerfreibetrags von 801 € für Ledige und 1 602 € für Verheiratete. Geändert hat sich nur das Verfahren.

Datenschutzrechtlich bestehen keine Bedenken, da man durch die Möglichkeit eines Sperrvermerks auch eine nachträgliche Versteuerung über die Einkommensteuererklärung vornehmen kann.

Durch die Verwaltungskostenvergütung ist die Gesetzesänderung für das Land kostenneutral. Sie dient der Harmonisierung der Kirchensteuergesetze der Länder.

Ein wesentlicher Punkt der Gesetzesänderung ist die steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften mit Ehen. Dies ist überfällig. Diese Gleichstellung hat das Bundesverfassungsgericht bereits 2013 beschlossen.

Lassen Sie mich diesen Punkt näher betrachten: Die Gleichstellung von Lebenspartnerschaften und Ehen aus steuerlicher Sicht wurde von den Kirchen in der Anhörung nicht beanstandet. Somit ist Homosexualität ein selbstverständlicher Teil des Kirchensteuerrechts, und dies ist gut so.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen – Lachen des Abg. Dieter Hillebrand CDU)



**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Maier.

**Abg. Klaus Maier** SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man Kapitalerträge hat, werden diese von den Banken oder den Versicherungen automatisch den Finanzämtern gemeldet und wird ein entsprechender Anteil als Steuerzahlung abgeführt. Das trägt zur Steuergerechtigkeit bei. Es ist ein Beitrag zum Bürokratieabbau, und es sichert auch die Steuereinnahmen. Es ist deshalb folgerichtig, dass man das Gleiche auch bei der Kirchensteuer macht, indem man zum 1. Januar 2015 ein automatisiertes Verfahren einführt, um die Kirchensteuer gleich mit abzuziehen.

Es erfolgen Benachrichtigungen. Man bekommt als Steuerpflichtiger eine Menge Papier. Das hat natürlich bei vielen zu Verunsicherung geführt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sind Sie bei der Kreissparkasse?)

Viele denken – der Kollege hat es gesagt –, sie müssten eine neue Steuer oder mehr Steuern zahlen. Das ist nicht so. Es handelt sich um die ganz normale Abwicklung eines Steuerfalls.

Es wäre vielleicht sinnvoll, diese Abwicklung, bei der praktisch jährlich die Religionszugehörigkeit abgefragt wird, ein bisschen zu vereinfachen. Die Religionszugehörigkeit wechselt man ja nicht oft. Es wäre sinnvoll, dass man diese einmal abfragt und diese Angabe für längere Zeit bzw. bis auf Weiteres gilt.

Insgesamt ist dieses Verfahren nicht schlecht. Es führt zu weniger Bürokratie und bringt mehr Steuergerechtigkeit. Für die Kirchen führt es zu ein paar Kirchaustritten – das ist bedauerlich –, aber auch zu einem höheren Steueraufkommen.

Wir haben den Gesetzentwurf im Finanz- und Wirtschaftsausschuss beraten und geben die einstimmige Empfehlung ab, diesem Entwurf zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Kern.

(Abg. Georg Wacker CDU: Komm auf den Kern!)

**Abg. Dr. Timm Kern** FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Kirchensteuergesetzes vollzieht zunächst einmal Gesetzesbeschlüsse des Bundes auf der Ebene landesrechtlicher Regelungen nach. Ziel der Neuregelung ist, auch den Kirchensteueranteil an der Abgeltungsteuer weitestgehend an der Quelle zu erheben. Das neue Verfahren ist zweifellos für alle Beteiligten einfacher – für die Banken, für den Fiskus, aber auch für die betroffenen Bürger selbst.

Gleichwohl ist darauf hinzuweisen und für einen Liberalen von besonderer Bedeutung, dass es sich bei der Religionszugehörigkeit um ein personenbezogenes Datum handelt, das einem besonderen datenschutzrechtlichen Schutz unterliegt.

Elementare Voraussetzung dafür, diese Regelungen treffen zu können, ist deshalb, dass der Bürger das Recht hat, beim Bundeszentralamt für Steuern der Übermittlung der Information über seine Religionszugehörigkeit an Banken und Versicherungen zu widersprechen. An Banken und Versicherungen werden dann aufgrund eines Sperrvermerks keine Daten zur Religionszugehörigkeit des Kunden übermittelt. An den kirchensteuerlichen Verpflichtungen ändert der Sperrvermerk jedoch nichts. Es unterbleibt lediglich der Abzug direkt an der Quelle.

Ebenfalls um eine Anpassung an Gesetzesbeschlüsse des Bundes handelt es sich beim zweiten Punkt dieser Gesetzesnovelle. Das Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes übernimmt die bundesrechtlichen Vorgaben zur Gleichstellung von Ehegatten und Lebenspartnern, die mit Gesetz vom 15. Juli 2013 ins Einkommensteuerrecht aufgenommen worden waren.

Drittens schließlich besteht zwischen den Bundesländern ein Einvernehmen, die heute teils sehr unterschiedlich ausgestalteten Kirchensteuergesetze der Länder zu harmonisieren. Wenn sich eine gemeinsame Arbeitsgruppe von Vertretern der obersten Finanzbehörden der Länder sowie Vertretern der Kirchen und Religionsgemeinschaften einmütig auf Harmonisierungsvorschläge verständigen können, wollen wir uns dem gern anschließen.

Wir wissen, dass das Verfahren, das sich in den Regelungen der §§ 51 a und 52 a des Einkommensteuergesetzes niederschlagen hat, durchaus strittig war. Es gab eine intensive datenschutzrechtliche Debatte, und es gab auch Stimmen, die diesen Anlass dazu genutzt haben, den Kirchensteuereinzug durch den Staat wieder einmal generell infrage zu stellen. Das sind aber nach unserer Auffassung Debatten von gestern. Es sind insofern Debatten von gestern, als sie mit den Gesetzesbeschlüssen des Deutschen Bundestags erledigt sind. Denn wir könnten diese Regeln nicht anders fassen, als sie gefasst sind. Wir könnten uns nur ihrer Übernahme ins Kirchensteuerrecht des Landes verweigern, was aber offenkundiger Unfug wäre.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Es sind auch insofern Debatten von gestern, als sie nichts spüren lassen von dem Grundverständnis eines partnerschaftlichen Verhältnisses von Kirche und Staat, das für die Bundesrepublik Deutschland prägend ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Herr Staatssekretär Rust hat namens der Landesregierung auf einen Redebeitrag verzichtet.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen jetzt in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 15/5444. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5723. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Artikel 1 und 2 insgesamt zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall.

Wer den Artikeln 1 und 2 insgesamt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Artikeln einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 15. Oktober 2014 das folgende Gesetz beschlossen.“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt.

Somit ist Tagesordnungspunkt 6 erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/24/EU über die Ausübung der Patientenrechte in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg (Baden-Württembergisches Patiententmobilitätsgesetz – BWPatMobG) – Drucksache 15/5757**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Fraktionen haben vereinbart, in der Ersten Beratung keine Aussprache zu führen. Die Landesregierung verzichtet auf eine mündliche Begründung des Gesetzentwurfs.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/5757 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir kommen zu **Punkt 8** der Tagesordnung:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen aus Anlass der Grundbuchamts- und Notariatsreform – Drucksache 15/5790**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/5846**

**Berichterstatter: Abg. Bernd Hitzler**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Interne Absprache: drei Minuten.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold das Wort.

**Abg. Dr. Stefan Scheffold** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Notariatsreform ist eine große Reform und hat weitreichende Auswirkungen. Sie betrifft insbesondere sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Vor diesem Hintergrund halten wir die Regelungen im Härtefallbereich für zwingend notwendig. Die vorgesehenen Gelder sind richtig eingesetzt. Deswegen stimmen wir dem Gesetzentwurf zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Filius das Wort.

**Abg. Jürgen Filius** GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ziel dieses Gesetzentwurfs, der uns heute zur Zweiten Beratung vorliegt, ist, bei der strukturellen Veränderung aus Anlass der Grundbuchamts- und Notariatsreform Härtefälle zu vermeiden.

Fakt ist – das ist einfach die größte Reform in der Geschichte der Justiz von Baden-Württemberg –, dass 654 kommunale und auch staatlich geführte Grundbuchämter in 13 neuen Abteilungen zusammengeführt werden und es ab 2018 ausschließlich Nur-Notariate gibt, also Einrichtungen außerhalb des staatlichen Bereichs.

Es war eine Zusage in unserem Koalitionsvertrag, dass diese Reform sozial verträglich ausgestaltet wird. Dies ist jetzt ein wichtiger Baustein, der hier umgesetzt wird. Die Finanzierung kommt aus dem Justizhaushalt selbst: für 2015 bis 2018 jeweils ca. 250 000 €. Es besteht eine Quergerechtigkeit zu den anderen Regelungen wie zur Polizeistrukturreform und zum Justizvollzug, wo es zur Schließung kleinerer Einrichtungen kommt.

Aus diesem Grund wird unsere Fraktion in Zweiter Beratung dem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

**Abg. Sascha Binder** SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beim Titel dieses Gesetzes ist es schon schwierig, die Redezeit noch mehr zu verkürzen.

(Abg. Walter Heiler SPD: Weil eine Abkürzung fehlt!)

Allerdings haben wir festgestellt, dass es nicht einmal eine Abkürzung für dieses Gesetz gibt.

(Abg. Walter Heiler SPD: Genau! Sehr gut!)

Da danke ich Herrn Kollegen Heiler. Aber vielleicht kommen wir nachher noch darauf.

(Sascha Binder)

Es geht darum, Härtefälle abzufedern. Aufgrund der Notariats- und Grundbuchamtsreform findet eine Aufgabenverlagerung statt. Diese Aufgabenverlagerung führt auch zur Versetzung von Personal. Diese Härtefälle wollen wir abfedern. Deshalb wird die SPD-Fraktion diesem Gesetzentwurf zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Professor Dr. Goll das Wort.

**Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum es in diesem Gesetzentwurf geht, wissen nur einige Eingeweihte. Man muss jemandem erst einmal erklären, warum man einem Beamten keinen Nachteil zufügt, wenn man ihm keine Umzugskostenvergütung zugesteht. Aber lassen wir das. Das wissen also nur wenige Eingeweihte, und diese Eingeweihten empfehlen Zustimmung.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Justizminister Stickelberger das Wort.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ist er eingeweiht?)

– Er gehört offensichtlich zu den Eingeweihten.

(Heiterkeit)

**Justizminister Rainer Stickelberger:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die Zustimmung aller Fraktionen. Damit haben wir einen wichtigen Schritt getan zur verträglichen Umsetzung der Notariats- und Grundbuchamtsreform für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** In der Allgemeinen Aussprache liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf

(Abg. Walter Heiler SPD: Zu welchem Gesetz? – Vereinzelt Heiterkeit)

Drucksache 15/5790. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/5846. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Sind Sie damit einverstanden, über alle Paragraphen des Gesetzentwurfs – § 1 bis § 10 – gemeinsam abzustimmen? –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das müssen Sie die Eingeweihten fragen!)

Dies ist der Fall. Alle Eingeweihten nicken.

Ich rufe also

§ 1 bis § 10

gemeinsam auf. Wer all diesen Paragraphen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit sind die §§ 1 bis 10 einstimmig so beschlossen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 15. Oktober 2014 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über das Absehen von der Zusage der Umzugskostenvergütung in besonderen Härtefällen aus Anlass der Grundbuchamts- und Notariatsreform“.

(Abg. Walter Heiler SPD: Abkürzung?)

– Es gibt keine Abkürzung. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

**S c h l u s s a b s t i m m u n g**

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Gesetz einstimmig zugestimmt worden. Vielen Dank.

Somit ist Tagesordnungspunkt 8 beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 30. Mai 2014 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2012 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 25: Kostenerstattung der Universität Heidelberg an die Klinikum Mannheim GmbH – Drucksachen 15/5288, 15/5440**

**Berichterstatter: Abg. Claus Paal**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Die gilt hier jetzt. Es gibt keine interne Absprache über eine Verkürzung dieser Redezeit.

Ich darf für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Wacker das Wort erteilen.

**Abg. Georg Wacker CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über das Ergebnis des Beitrags Nummer 25 der Denkschrift 2012 des Landesrechnungshofs. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat sich mit diesem Denkschriftbeitrag sehr eingehend beschäftigt.

Wir schließen uns der Beschlussempfehlung des Ausschusses an und sind gespannt auf die Beratende Äußerung des Landesrechnungshofs, in der auf die Fragestellungen in dem Denkschriftbeitrag noch einmal vertieft Bezug genommen wird. Wir gehen davon aus, dass wir uns Anfang des nächsten Jahres in den jeweiligen Ausschüssen mit den Ergebnis-



(Georg Wacker)

sen, den Befunden und den Handlungsempfehlungen eingehend auseinandersetzen werden.

Wir sagen seitens der CDU-Fraktion eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Ergebnissen zu. Wir sagen klar: Neben der Medizinischen Fakultät der Universität Heidelberg stehen wir zu ihrer zweiten Medizinischen Fakultät am Standort Mannheim, weil wir auch wissen, dass der Wissenschaftsrat im Zuge der Vorlage der Denkschrift einen Bericht vorgelegt hat, in dem er die Arbeit der Fakultät eindeutig positiv bewertet hat. Er sprach sogar von einem sehr hohen Niveau.

Gleichzeitig hat der Wissenschaftsrat klare Empfehlungen abgegeben, die für uns ebenfalls nachvollziehbar sind. Zum einen müssen an der Führungsstruktur klare Veränderungen vorgenommen werden. Wir wissen – darüber hat das Wissenschaftsministerium auch im Wissenschaftsausschuss mehrfach berichtet –, dass die Schiedsstelle im Moment verhandelt. Wir sind gespannt, welches Ergebnis letztlich auch dem Parlament vorgelegt wird.

Der Knackpunkt ist die Finanzbeziehung bzw. die neue Kostenvereinbarung. Der Rechnungshof bringt in seinem Denkschriftbeitrag deutlich zum Ausdruck, dass seitens der Universität Heidelberg zukünftig 4,8 Millionen € weniger an das Klinikum Mannheim zu erstatten sind. Da muss es jetzt zu einer neuen Kostenvereinbarung kommen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, um nicht zu sehr ins Detail einzusteigen, sage ich nur Folgendes: Wenn wir, der Landtag von Baden-Württemberg – ich hoffe, dass der Landtag insgesamt diese Position zum Ausdruck bringt –, auch in Zukunft die zweite Medizinische Fakultät am Standort Mannheim wollen, brauchen wir eine Kostenvereinbarung, mit der die Zukunft des Standorts Mannheim auch gesichert werden kann. Deswegen brauchen wir auch im Rahmen der Bewertung des Rechnungshofbeitrags ein Ergebnis, das dies ermöglicht. Zu hohe Kostenhürden können nicht bewältigbar sein. Deswegen brauchen wir ein maßvolles Ergebnis, das neben der Medizinischen Fakultät in Heidelberg auch der eigenständigen Medizinischen Fakultät in Mannheim eine Zukunft gewährleistet.

Ich möchte zum Abschluss sagen – das ist jetzt ein Lob, und ich füge hinzu, Herr Kollege Fulst-Blei: das ist kein vergiftetes, sondern ein ehrliches und offenes Lob –: Ich bin dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, dem Kollegen Schmiedel, dankbar, der erst vor wenigen Wochen eine klare Position vertreten hat. Ich hoffe, dass diese Position in die gesamte Landesregierung hineinwirkt. Denn die Verhandlungen in der Schiedsstelle müssen ja zum Ziel haben, dass die eigenständige Medizinische Fakultät auch eine Zukunft hat. Nur so machen die Verhandlungen Sinn.

Leider vermissen wir noch immer eine klare Fürsprache seitens des grünen Teils dieser Landesregierung für den eigenständigen Standort Mannheim. Insofern wäre es sehr schön, Herr Staatssekretär Walter, wenn Sie heute ein gleiches Bekenntnis abgeben würden, wie es die SPD-Fraktion durch ihren Fraktionsvorsitzenden erst vor wenigen Wochen in Mannheim getan hat.

Wir stimmen der Beschlussempfehlung zu und werden uns kritisch, aber auch konstruktiv mit der Vorlage des Landes-

rechnungshofs zu Beginn des nächsten Jahres parlamentarisch auseinandersetzen.

Danke.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Frau Abg. Häffner das Wort.

**Abg. Petra Häffner GRÜNE:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir reden über den Beitrag Nummer 25 der Denkschrift 2012 des Rechnungshofs. Darin stellte der Rechnungshof fest, dass die Kostenerstattung zwischen der Klinikum Mannheim GmbH und der Universität Heidelberg – hier der Medizinischen Fakultät Mannheim der Universität Heidelberg – nicht so geregelt war, wie sie hätte geregelt sein sollen.

Dass der Rechnungshof hierbei auf ein Einsparpotenzial von perspektivisch 3 Millionen € jährlich hingewiesen hat, entspricht dem, was ich mir unter guter Arbeit eines Rechnungshofs vorstelle: nicht politische Einflussnahme, sondern wirtschaftliche Betrachtung der Wirklichkeit und Verweis auf Optimierungsmöglichkeiten.

Ich will jetzt gar nicht damit anfangen, wer wann diese Kostenerstattungsvereinbarungen ausgehandelt und genehmigt hat. Wissenschaftsministerin Bauer hat nach Bekanntwerden der Denkschrift 2012 jedenfalls schnell und konsequent gehandelt, und das war richtig so.

Dass die Verhandlungen zwischen den verschiedenen beteiligten Parteien – dem Klinikum, der Stadt, dem Wissenschaftsministerium, der Fakultät – nicht so reibungslos und zügig verlaufen, wie sie im Idealfall hätten verlaufen können, liegt für mich in der Natur der Sache, den Verhandlungen über Finanzströme, begründet. Zugleich wird deutlich, wie wichtig ein transparentes und klar nachvollziehbares Rechnungswesen auch in diesem Bereich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Der Rechnungshof hat der Wissenschaftsministerin dafür gedankt, dass sie hier im Sinne der Sache verhandelt und klar und konsequent auf eine Umsetzung der Einsparvorschläge hinarbeitet. Diesem Dank schließe ich mich gern an.

Wir alle wissen, dass Finanzverhandlungen nicht einfach sind, dass Kompromisse notwendig sind. Insofern sehe ich das bisher in zwei Schlichtungsrunden Erreichte als sehr gut an. Ich bin zuversichtlich, dass mit einem eigenen Berechnungs- und Buchungssystem und mit klaren Absprachen die Grundsteine dafür gelegt werden, dass es auf Dauer ein gutes Miteinander zwischen Fakultät und Klinikum gibt, ohne dass die eine Seite die andere übervorteilt.

Die Umsetzung des Beitrags Nummer 25 der Denkschrift 2012 ist auf einem guten Weg. Über all die anderen Themen, die im Zusammenhang mit dem innovativen Vorhaben Universität Mannheim verbunden sind, reden wir ein anderes Mal.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

(Zuruf: Schon wieder?)

**Abg. Johannes Stober SPD:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten über den Rechnungshofbeitrag diskutiert. Wir sind – das ist von meinen beiden Vorrednern schon angesprochen worden – dabei sehr weit gekommen.

In der betreffenden Finanzausschusssitzung war noch ein Punkt offen, weil der erste Schiedsstellenspruch unterschiedlich interpretiert wurde. Am 30. Juni gab es eine weitere Entscheidung der Schiedsstelle. Damit ist das Ganze, glaube ich, auch nahezu vollständig zu einem guten Ende gebracht worden.

Wir haben letztlich erhebliche Einsparungen auf der Landesseite zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund kann man, glaube ich, auch in einem positiven Sinn sagen, dass sich der Bericht des Rechnungshofs gelohnt hat und jetzt eine gute Struktur vorhanden ist.

Beim Personal – das Thema wurde schon genannt – schaffen wir jetzt nicht 1,8 Millionen, sondern nur 1,5 Millionen € Entlastung. Andere Aufgaben wandern sozusagen vom Klinikum an die Fakultät. Damit ist auch die Abgrenzung klar. In diesem Punkt ist alles geklärt.

In Richtung Rechnungshof will ich aber auch offen sagen: Schon verwundert hat mich, dass ein Bericht angekündigt wurde – das war nicht am Ende der Sitzung, sondern nach der Sitzung; damit unterliegt das auch nicht mehr der Vertraulichkeit, sondern es erfolgte sozusagen in offener Runde – nach dem Motto „Wir machen die Medizinische Fakultät Mannheim platt“ – jetzt einmal zugespitzt gesagt. Das gehört sich in meinen Augen nicht.

Der Rechnungshof hat das Recht, alle möglichen Vorschläge zu machen. Wir setzen uns damit auseinander. Aber ich kann schon nachvollziehen, und ich kann das auch absolut teilen – Seitens der CDU-Fraktion ist es passiert, seitens des Mannheimer Oberbürgermeisters ist es passiert, auch seitens der SPD-Fraktion ist es passiert. Ich erwarte schon, dass der Rechnungshof nicht einfach Berichte ankündigt, die in der Presse auch breit diskutiert werden, sondern dass diese uns als Abgeordneten, die zuständig sind, dann auch vorgelegt werden. Denn nur dann können wir uns mit diesen Berichten auch auseinandersetzen.

Ich fand das nicht gut. Ich hielte es für sehr sinnvoll, wenn wir da auch noch einmal in den Dialog über den Umgang miteinander eintreten würden.

Ich habe das ganze Thema – sozusagen die Struktur des Klinikums Mannheim – auch immer nur als die Frage gesehen: Wie stellt man diese Leitungsstruktur letztlich auch wissenschaftsadäquat auf? Da gibt es verschiedene Vorschläge, sowohl von der Stadt als auch vom Ministerium. Möglicherweise kann Staatssekretär Walter dazu noch etwas sagen.

Ich möchte zum Abschluss nur noch einmal bestätigen, was unser Fraktionsvorsitzender Claus Schmiedel gegenüber den Medien klar gesagt hat. Die Strukturdebatte ist klar, aber

die Medizinische Fakultät Mannheim ist so in das Cluster in Mannheim – mit Fraunhofer usw. – eingebunden, dass das Ganze auch für die Wirtschaft in Mannheim ein massiver Schlag war. Daher ist es ganz klar: Wir diskutieren über Strukturveränderungen, aber der Erhalt der Medizinischen Fakultät Mannheim ist für uns unstrittig – genau so, wie es auch Kollege Wacker gesagt hat. Dieser Pflock steht, und über alles andere außen herum können wir gern diskutieren.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der Grünen)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

**Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Drei Vorbemerkungen. Erstens: Wir werden der Beschlussempfehlung zustimmen. Zweitens: Heute werden wir nicht inhaltlich in die Tiefe gehen. Auch ich werde nicht inhaltlich in die Tiefe gehen. Drittens: Der Standort Mannheim ist ohne Zweifel unstrittig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Rechnungshof hat aufgedeckt, dass sich die städtisch getragene Klinikum Mannheim GmbH aufgrund ihres für sie sehr vorteilhaften Vertrags mit der Universität Heidelberg über Jahre hinweg Kosten für Leistungen erstatten ließ, die in der Arbeitsteilung zwischen Land und Stadt Mannheim eindeutig nicht in die Zuständigkeit des Landes fallen. Dies gilt z. B. für medizinisch-technisches Personal, das in der Krankenversorgung eingesetzt wird.

Der Rechnungshof machte in seinem Bericht daraufhin Einsparvorschläge. Es ist Aufgabe des Rechnungshofs, nicht nur zu kritisieren, sondern auch konstruktive Vorschläge zu unterbreiten. Auch wenn diese Vorschläge auf den ersten Blick vielleicht sehr unangenehm sind, halte ich sie trotzdem für richtig. Über diese muss man diskutieren können.

Im Januar 2014 gab der Wissenschaftsrat eine Stellungnahme ab. Die Entwicklung des Klinikums Mannheim lobt das Gremium als positiv. Allerdings müssten Forschung und Lehre in den Leitungsstrukturen gestärkt werden. Ich glaube, auch dabei sind wir uns weitgehend einig.

Die SPD – der Kollege Stober soeben wieder – äußerte sich zu Vorschlägen, die der Rechnungshof vielleicht sehr zugespitzt und alternativlos vorgebracht hat. Meine Damen und Herren, es ist Aufgabe des Rechnungshofs, auch unangenehme Dinge anzusprechen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Dann muss er es aber auch vorlegen und nicht nur darüber reden!)

Ich habe es als Leiter einer Behörde auch als richtig empfunden, dass ich kritisiert werde. Bei kritischen Äußerungen darf man nicht sofort empfindlich sein.

Ich halte es übrigens auch für richtig, Ministerien zu überprüfen, auch wenn gleich wieder gesagt wird, dass eine solche Prüfung nur politisch vorgenommen würde. Deswegen ist das, was diesbezüglich in der „Südwest Presse“ zu lesen war, auch richtig. Frau Ministerin Öney hat jedoch sofort gesagt, dass

(Dr. Friedrich Bullinger)

es nicht in Ordnung sei, dass man ihr Ministerium wie auch das Finanz- und Wirtschaftsministerium überprüft. Meines Erachtens hat der Rechnungshof diese Freiheit und sollte auch konstruktive Vorschläge machen, meine Damen und Herren.

Der Rechnungshof ist in diesem Zusammenhang ausdrücklich zu loben. Er hat die überhöhten Kostenerstattungen der Medizinischen Fakultät an das Mannheimer Klinikum aufgedeckt, kritisch durchleuchtet und Verbesserungsvorschläge vorgelegt. Sein Bericht bildet die Grundlage für die Verhandlungen, die die Wissenschaftsministerin geführt hat bzw. führt mit dem Ziel, eine tragfähige und korrekte Kostenvereinbarung zwischen Klinikum und Medizinischer Fakultät abzuschließen. Dies ist notwendig für die Sicherung der Zukunft des Universitätsklinikums Mannheim mit seiner besonderen Konstruktion.

Meine Damen und Herren, es ist unbestritten das Ziel der FDP/DVP-Fraktion wie offenbar auch aller anderen im Landtag vertretenen Fraktionen, Mannheim als fünftes Universitätsklinikum ohne Wenn und Aber zu erhalten. Das heißt ja nicht, dass man nicht kooperieren und dass man sich nicht um mehr Effizienz bei der Kooperation mit Heidelberg bemühen würde. Wie gesagt, dazu stehen wir.

Die grüne Wissenschaftsministerin und der Herr Staatssekretär wissen, dass wir es den Landesuniversitätskliniken nicht verweigern können, die auf Fakultät und Klinikum verteilten Leistungen und Aufgaben in einer Hand zusammenzuführen. Das wäre aus Sicht der FDP/DVP-Fraktion eine wichtige Voraussetzung, um ihre Handlungsfähigkeit insgesamt und damit auch ihre Eigenständigkeit zu stärken.

Von der angekündigten Reform der Universitätsmedizin hat man in letzter Zeit auffällig wenig gehört – dies sicherlich deshalb, weil Verhandlungen laufen. Es wäre hilfreich, von Herrn Staatssekretär Walter eine Aussage dazu zu erhalten, ob noch in dieser Legislaturperiode mit dieser Reform zu rechnen ist und bis wann der Abschluss geplant ist.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatssekretär Walter das Wort.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt darf er offiziell reden!)

**Staatssekretär Jürgen Walter:** Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kollegin Gurr-Hirsch!

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Medizinische Fakultät Mannheim einen Sonderstatus genießt. Sie gehört als zweite Medizinische Fakultät zur Universität Heidelberg. Anders als in Heidelberg selbst und an den anderen Standorten in Baden-Württemberg arbeitet die Fakultät in Mannheim aber nicht mit einem Klinikum des Landes bzw. mit einer Universität zusammen, sondern mit dem Klinikum der Stadt Mannheim, das ebenfalls die Bezeichnung „Universitätsklinikum“ führt. Dies als Vorbemerkung.

Die Trennung zwischen den Kosten der Wissenschaft und den Kosten der Krankenversorgung ist daher in Mannheim unmittelbar eine Frage der Finanzierung durch das Land oder die Stadt bzw. das Klinikum der Stadt.

Medizinische Forschung und Lehre sind ohne eine enge Zusammenarbeit mit einem leistungsstarken Klinikum nicht möglich, weil nur dort die praktische Anwendung erlernt und weiterentwickelt werden kann. Bei Forschung und Lehre geht es um die Patientinnen und Patienten. Patientinnen und Patienten profitieren von der Innovationskraft der Wissenschaft vor Ort.

Dass in dieser sehr engen Kooperation gegenseitig Leistungen erbracht werden und diese auch vergütet werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Leistungen und Gegenleistungen müssen unter dem Strich aber natürlich ausgeglichen sein.

In der Denkschrift 2012 hat der Rechnungshof kritisiert, dass die von der Medizinischen Fakultät Mannheim an das Klinikum gezahlte Kostenerstattung um jährlich 4,8 Millionen € zu hoch sei. Daraufhin wurde die geltende Vereinbarung über die Kostenerstattung, die zum 30. Juni 2012 auslief, nicht verlängert. Der Leistungsaustausch wurde aber fortgesetzt. Die Fakultät behielt einen Abschlag ihrer Zahlungen ein.

Da auf einem anderen Weg keine Einigung erzielt werden konnte, verständigte sich Frau Ministerin Bauer mit dem Oberbürgermeister der Stadt Mannheim und dem Rektor der Universität vor einem Jahr auf Eckpunkte für eine neue Kostenregelung.

Wie bereits im Sommer im Finanzausschuss berichtet wurde, verhinderten aber zahlreiche Streitige Detailfragen eine Einigung zwischen Fakultät und Klinikum. Am 27. Juni dieses Jahres konnten bei einem erneuten Treffen mit OB und Rektor weitere Konkretisierungen abgesprochen werden. Ich hoffe, dass Klinikum und Fakultät damit in die Lage versetzt werden, eine neue Kostenerstattungsvereinbarung zu schließen.

Mit dieser werden nach der Einigung in der sogenannten Schiedsstelle wesentliche Forderungen des Rechnungshofs umgesetzt. Ich glaube, dabei waren sich hier alle Rednerinnen und Redner einig. Einige Kostenpunkte konnten stufenweise so reduziert werden, dass bis 2016 mit der Umsetzung der Eckpunkte und einer neuen Vereinbarung eine Reduktion in Höhe von ca. 3 Millionen € erreicht wird.

Zugleich sollen die Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten der Fakultät insbesondere im Hinblick auf die Drittmittelverwaltung verbessert werden. Dass die Fakultät Transparenz über aktuelle Finanzbewegungen benötigt, liegt auf der Hand. Dies lässt sich mit der Software des Klinikums derzeit wohl nicht entsprechend umsetzen.

Der Finanzausschuss hat beschlossen, sich Mitte nächsten Jahres zu diesem Thema erneut berichten zu lassen. Dies ist Ihnen auch bekannt.

Neben der Kostenerstattung stellt sich auch die Frage – auch darauf wurde schon eingegangen –, ob bzw. in welchem Umfang die Struktur der Zusammenarbeit zwischen der Medizinischen Fakultät und dem Klinikum einer Überarbeitung bedarf.



(Staatssekretär Jürgen Walter)

Im Januar hat der Wissenschaftsrat eine umfassende Stellungnahme zur Universitätsmedizin in Mannheim abgegeben. Wir sind stolz darauf, dass diese Einrichtung des Landes in den wenigen Jahren seit ihrem Ausbau zur Vollfakultät eine so gute Entwicklung genommen hat und vor allem einen modernen Medizinstudiengang anbieten kann.

Trotzdem hat der Wissenschaftsrat – der Kollege Wacker hat bereits darauf hingewiesen – klaren Handlungsbedarf benannt, der vor allem in der Leitungsstruktur des Klinikums umzusetzen ist. Ich denke, auch dabei sind wir uns alle einig. Auch wenn die Stadt alleinige Gesellschafterin des Klinikums ist, müssen Forschung und Lehre klare Ziele eines Universitätsklinikums sein. Die Bedeutung der Wissenschaft muss sich in den Strukturen wiederfinden. Dies bezieht sich insbesondere auf die Struktur der Geschäftsführung und die zu geringe Bedeutung der Wissenschaft im Aufsichtsrat des Klinikums.

Derzeit ist in der Geschäftsführung kein medizinisch-wissenschaftlicher Sachverstand vertreten. Im Aufsichtsrat geben vor allem Gemeinderatsmitglieder und Stadtverwaltung den Ton an. Mit einem Vertreter aus dem Wissenschaftsministerium und dem Rektor der Universität sind nur zwei der 18 Vertreter unmittelbar den Interessen der Wissenschaft verpflichtet.

Der Rechnungshof hat im November 2013 eine vertrauliche Prüfungsmitteilung übersandt. Diese ging an das Wissenschaftsministerium, an das Finanzministerium, an die Universität und an die Medizinische Fakultät. Darin kritisiert der Rechnungshof neben den Strukturen vor allem, dass die Ausbildung für Medizinerinnen und Mediziner in Mannheim teurer sei als an anderen Standorten. Darüber hat die Presse in den vergangenen Wochen ausführlich berichtet. Darüber sind alle informiert.

Dass der Rechnungshof darüber hinaus Verfehlungen von Einzelpersonen angesprochen und auch bei der Staatsanwaltschaft Mannheim zur Anzeige gebracht hat, steht in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit diesen strukturellen Fragen. Dennoch ist es natürlich wichtig, dass auch diesen Einzelfällen konsequent nachgegangen wird. Nach den vom Rechnungshof erstatteten Strafanzeigen sowie den nun erfolgten Durchsuchungen bleibt zunächst allerdings abzuwarten, zu welchen Ergebnissen die zuständigen Strafverfolgungsbehörden kommen werden.

Das Wissenschaftsministerium und die Medizinische Fakultät Mannheim haben zu den strukturellen Ergebnissen der Prüfungsmitteilung des Rechnungshofs Stellung genommen. Wie der Rechnungshof nun diese Stellungnahme berücksichtigt und welche Empfehlungen er gegenüber dem Landtag tatsächlich konkret geben wird, bleibt allerdings dem Rechnungshof im Rahmen seiner Unabhängigkeit überlassen. Nach meinen Informationen plant der Rechnungshof eine Beratende Äußerung gegenüber dem Landtag, die wir dann hier an dieser Stelle und auch im Ausschuss ausführlich werden beraten müssen.

Auf der Grundlage der Empfehlung des Wissenschaftsrats wurden und werden jedenfalls Gespräche mit der Stadt Mannheim geführt. Diese Gespräche sind aber bisher noch nicht zum Abschluss gekommen. Ich hoffe aber sehr, dass wir auch

in dieser Frage zu einer Einigung im Sinne aller Beteiligten kommen werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

**Stellv. Präsident Wolfgang Drexler:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/5440. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft schlägt Ihnen in Ziffer 1 vor, von der Mitteilung der Landesregierung Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Ziffer 2 der Beschlussempfehlung beinhaltet ein Handlungsersuchen an die Landesregierung. Wer Ziffer 2 dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Einstimmig zugestimmt.

Damit ist Tagesordnungspunkt 9 erledigt.

Ich rufe die **Punkte 10 und 11** der Tagesordnung gemeinsam auf:

**Punkt 10:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Juni 2014, Az.: 1 BvL 5/13, 1 BvL 3/14, 1 BvL 4/14 und 1 BvL 5/14 – Normenkontrollverfahren gegen die §§ 31, 32 des Hochschulrahmengesetzes und die einschlägigen landesrechtlichen Vorschriften über die zentrale Vergabe von Studienplätzen im Auswahlverfahren – Drucksache 15/5847**

**Berichterstatter: Abg. Sascha Binder**

**Punkt 11:**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 2014, Az.: 1 BvR 1782/09, 1 BvR 2795/09 und 1 BvR 3187/10 – Verfassungsbeschwerden gegen landesrechtliche Vorschriften zur Erfassung und zum Abgleich von Kfz-Kennzeichen (Art. 33 und 38 BayPAG, § 22 a PolG BW, §§ 14 a, 22 HSOG) – Drucksache 15/5848**

**Berichterstatter: Abg. Jürgen Filius**

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten im Ständigen Ausschuss fest. – Es ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, 16. Oktober 2014, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen einen schönen Abend und schließe die Sitzung.

**Schluss: 17:42 Uhr**